

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 10. Mai 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur Eröffnung der Hygieneausstellung in Dresden.

Die bürgerliche Presse begrüßt die Eröffnung der Hygieneausstellung in Dresden als eine großartige Kulturthat, entsprungen dem geläuterten sozialen Gewissen, der erwachten Volksfreundlichkeit der herrschenden Gesellschaft. Wir wollen und können heute über den absoluten Wert der Ausstellung noch kein Urteil abgeben; das aber kann doch schon mit allem Nachdruck gesagt werden: die kritiklosen Lobpreisreden machen sich einer Irreführung der öffentlichen Meinung schuldig!

Wir müssen einen starken Tropfen Bitterkeit in den Freudenbecher der Enthusiasten träufeln durch die Feststellung, daß die Ausstellung nicht das ist, was sie hätte sein können, nämlich eine wahre Kulturthat, ein Hebel zur Förderung der Volksgesundheit, des Arbeiterschutzes und der Gewerkschaften. Das hätte sie werden können, wenn die kapitalistischen Interessenten nicht die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Ausstellung verhindert hätten. Sollte sie dem Volkswohl dienen, dann wären die Gewerkschaften die berufenen Organe, die Schäden und Gefahren der Berufsarbeit, die Mängel des Arbeiterschutzes darzustellen und die Wege zu zeigen, die im Interesse der einzelnen und der Allgemeinheit eingeschlagen werden müssen.

Die Unternehmer begründeten ihre Quertreibereien mit dem durchaus unberechtigten Vorwurf: die Gewerkschaften wollten einseitig ausstellen, nur das Elend in seiner nackten Fährlichkeit, nicht aber auch die „Lichtseiten“ zur Geltung kommen lassen!

Die Gewerkschaften haben allerdings kein Interesse daran, eine Ausstellung zu fördern, die vielleicht den sportmäßigen Ausstellungsbesuchern einen ästhetischen Genuß bereiten, nicht aber die Wahrheit zeigen sollte. Für die Unternehmer war nicht das Betreiben, dem Gesundheitsschutz zu dienen, die Triebkraft des Handelns, sie wollten vielmehr mit der Ausstellung nur für ihre sogenannten Wohlfahrtsvereine Reklame machen, die Fortschritte, speziell der theoretischen Sozialhygiene, bengalisch beleuchten, dadurch und besonders auch durch eine sensationell übertriebene Darstellung der sozialen Lasten das öffentliche Gewissen beruhigen. Die Ausstellung sollte gewissermaßen als ein Halbesignal wirken, das weitergehende gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes verhindert. Also, nicht das Volkswohl zu fördern, sondern es zu schädigen, war die Ausstellung berufen. Und nur darum wurde die Mitarbeit der Gewerkschaften hintertrieben.

Gerade weil man befürchtete, daß durch die Ausstellung der Gewerkschaften der Öffentlichkeit gezeigt werde, wie man durch entsprechenden Arbeiterschutz, durch Anwendung erprobter Mittel dem Vernichten von Arbeiterleben eine bessere Schranke ziehen könne, deshalb die Scheu vor der von den Gewerkschaften vorbereiteten Ausstellung.

Das Aufsehen, das die Verhinderung dieser Ausstellung hervorrief, hat die Unternehmer jedenfalls wohl etwas vorsichtig gemacht und die Objektivität der Aufmachung gewinnen lassen, aber das Bild bleibt darum doch gefärbt.

An die erwähnten Vorgänge erinnert eine Schrift*), die der Verband der Fabrikarbeiter erst am Tage der Eröffnung der Ausstellung herausgegeben hat. Er liefert damit ein eigenartiges Begrüßungsdokument. Der Verfasser, Genosse Schneider, Redakteur des „Proletariats“, hat selbst ein Jahrzehnt in chemischen Fabriken die „Freuden“ eines Arbeiters genossen. In einem Vorwort bemerkt er, der Verband wolle in der vorliegenden Arbeit der Öffentlichkeit wenigstens einen Teil des ursprünglichen für die Ausstellung zusammengestellten Materials unterbreiten. Sie sei daher lediglich als eine Orientierungsschrift zu betrachten, die die Verhältnisse an objektiven Tatsachen schildere, nicht neue Erkenntnisquellen erschließen oder ganz neue Wege weisen wolle. Genosse Schneider hat die gestellte Aufgabe in der auch typographisch sauber ausgeführten und modern ausgestatteten Schrift trefflich gelöst. Den Arbeitern ist sie ein gutes Hülfsmittel im Kampf gegen die beruflichen Gefahren, den Sozialpolitikern, Gewerkschaften und Medizinern eine gute Materialquelle, aus der sie manche Aufklärung und Anregung schöpfen können. Die Unternehmer werden sie zum Objekt ihres Hasses machen. Solcher Anerkennung darf die Publikation sicher sein! Daß die Unternehmer das, was die Schrift enthüllt, am liebsten für immer im Schacht tiefster Dunkelheit verbergen möchten, leuchtet ohne weiteres ein, wenn man sie gelesen hat.

Die chemische Industrie gehört zu den kapitalträchtigsten Großgewerben und sie steht als kapitalistische Produzentin weitans an erster Stelle. Die Aktiengesellschaften der chemischen Industrie erzielen Riesenergebnisse, aber die Arbeiter werden miserabel entlohnt, der Arbeiterschutz wird vernachlässigt; die chemische Industrie vernichtet in erschreckendem Maße Arbeiterleben.

Leider ist es gar nicht möglich, ein genaues Bild der Erkrankungsgefahr in der chemischen Industrie zu geben.

Unternehmerpraktiken verhindern das. Ein paar Beispiele, die Schneider in überwältigender Fülle beibringt, mögen das illustrieren. Bei ganz besonders gefährlichen Arbeiten in Bleikammern usw. werden meistens nicht die ständigen Betriebsarbeiter beschäftigt, sondern Zufallsarbeiter, Handwerksburschen, die man von den Bergen holt, und andere Leute, die für einen verhältnismäßig hohen Lohn schon mal einen oder zwei Tage für jede Arbeit zu haben sind. Mit Gift im Körper wandern sie weiter, belasten andere Klassen, und sehr oft wird die Ursache ihres Siechtums gar nicht bekannt. Den Aufsichtsbearbeitern ist dieser Skandal nicht unbekannt. Der Breslauer Beamte berichtete für 1904, daß eine Fabrik, die im Durchschnitt 67 Arbeiter beschäftigte, in einem Jahre 3959 Arbeiter annehmen mußte. Die schlimmsten der gesundheitlichen Arbeiten läßt man von Passanten verrichten, damit die ständige Arbeiterschaft zum Teil von den Gefahren verschont bleibt. So verbietet man eine starke Belastung der eigenen Klassen, verhindert schärfere Kontrolle der behördlichen Aufsicht und bessere Schutzvorschriften. In manchen Betrieben erhalten die Arbeiter, bei denen sich Krankheitserscheinungen zeigen, die Kündigung. Das ist der Dank für treue Dienste und für die Frechheit, krank zu werden! Ein Unternehmer ist sogar so vorsichtig, formell jeden Arbeiter zu entlassen, der an irgendeinem Tage nicht zur Arbeit erscheint. Auf diese Weise schützt man sich vor hohen Erkrankungsziffern, und die Unternehmer weisen nach, daß die chemische Industrie eigentlich ein Gesundheitseldorado für die Arbeiter sei.

Schneider veröffentlicht u. a. eine Zusammenstellung, aus der hervorgeht, daß die Belegschaft eines Unternehmens im Jahre 13 mal wechselte. Und trotz der durch solche Praktiken sehr stark korrigierten Wirklichkeit ragt die chemische Industrie mit der Erkrankungsziffer weit über den Durchschnitt aller Gewerbe hinaus. Wir entnehmen dem reichhaltigen Material die nachfolgenden Angaben. Die Ergebnisse aller gewerblichen Betriebskrankenkassen sind mit solchen aus der chemischen Industrie zusammengestellt. Auf 100 Mitglieder entfallen für die Zeit von 1905 bis 1907 pro Jahr:

	Erkrankungsfälle	Krankentage
alle Gewerbe zusammen	47	885
Gummifabriken	56,98	1088
Anilin- und Anilinfarbenfabriken	70,63	1212
Leinwandfabriken	76,63	1430

Diese Zahlen, berücksichtigt man dazu die erwähnten schönfärblichen Umstände, enthüllen mehr über industrielles Menschenverächtnis, als das dickbändige theoretische Erörterungen vermöchten. Werden sie endlich die Gesetzgebung aufwecken, um dem verbrecherischen Morden in der chemischen Industrie etwas mehr Einhalt zu tun? Daß das geschehen kann, beweist der Verfasser an verschiedenen Beispielen. Wo die Vorschriften beachtet werden, ist die Erkrankungsziffer bedeutend geringer als dort, wo man ihr mit souveräner Rücksichtslosigkeit begegnet. In einem Falle sank die Krankenziffer ganz rapid, nachdem der Unternehmer durch das Eingreifen des Verbandes bessere Arbeitsbedingungen zustande brachte. Will man an solchen Tatsachen achtlos vorbeigehen, nur weil es der heilige Geldsack so gebietet?

Grauenhaft sind die Zerstörungen, die Giftdämpfe und Stoffe sowie Säuren an den menschlichen Organen hervorgerufen. Teilweise hat Schneider das durch Photographien veranschaulicht. Da sieht man durch Bleibergiftung verkrüppelte Hände, die fast wie Klumpfüße aussehen, durch Säuren und ätzende Stoffe scheinbar entstellte Gesichter, der Zähne beraubte Mundhöhlen, zerfressene Riefer, durch Chlor, Chrom, Chinin und Phosphor hervorgerufene ekelhaftige Geschwüre, kurzum: eine ganze Galerie des Jammers und des Elends! In Teerfarbenfabriken werden die Arbeiter vielfach von krebsartigen Erkrankungen der Geschlechtsorgane befallen, die oft eine Entfernung der Hoden notwendig machen, um das Leben zu retten. Aber das gelingt selten.

Der Verfasser läßt einen Blick tun in grauenhafte Menschenvernichtung! Empörung muß den Leser packen, denn zu einem großen Teile ist das Morden und Schänden eine Folge kapitalistischer Skrupellosigkeit. In den chemischen Werken wird vielfach noch in 12-Stunden- und in Wechselrhythmen gearbeitet; Ueberzeitung ist dabei an der Tagesordnung; 24-Stundenrhythmen sind keine Seltenheit. Die einfachsten Schutzvorschriften finden keine Beachtung, die gesetzlichen Bestimmungen werden übertreten, und an Schutzmitteln spart mancher Unternehmer in der allerschlimmsten Weise. Die revidierenden Gewerbebeamten werden dupiert und betrogen, man baut ihnen potentielle Vorfälle an das Reichsversicherungsamt lieferte die Berufsgenossenschaft einen Bericht, der den Tatsachenangaben im Verwaltungsbericht widerspricht. Nach den Motiven solcher Praxis braucht man natürlich nicht zu forschen.

Vor der Aufklärung über die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie haben die Unternehmer eine heillose Angst. Abhängigen Ärzten verbieten sie, aufklärende Vorträge zu halten!

Verkrüppelte und entstellte Arbeiter, von körperlichen Leiden gequält, bedroht der Unternehmer mit der Fuchtel der Nahrungserziehung, falls sie sich photographieren lassen. Ein Unternehmer begab sich in höchst eigener Person zu einem Verletzten ins Krankenhaus, schenkte ihm eine Flasche Wein, aber, das war der freundschaftliche Rat, er dürfe sich nicht

photographieren lassen! Einer der einflussreichsten unter den Chemikern, Dr. Quisberg, kämpfte auf der Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrt im Jahre 1905 mit heiligem Eifer gegen die Aufklärung der Arbeiter durch die Arbeiterausschüsse, um eine Flucht der Arbeiter aus der chemischen Industrie zu verhindern, die nach seiner Behauptung sonst unausbleiblich sein würde!

Daß bei solchen Ansichten und Bestrebungen die Unternehmer die Ausstellung nicht als ein Instrument der Aufklärung betrachten und als solches benutzen wollten, ist einleuchtend. Die vom Fabrikarbeiterverbände herausgegebene Schrift wird wenigstens für die chemische Industrie das der Öffentlichkeit übermitteln, was die Unternehmer so gern verschwiegen und verheimlicht haben möchten.

Ein reicher Fürst.

Als die Reichsalgerlei um den lippeischen Thron, um den gut dotierten Fürstenthum in Detmold am heftigsten war — im Oktober 1904 —, da zog gewissermaßen als letzten Trumpf der lippeische Minister Gesehof einen „Geheimvertrag“ aus der Tasche, der in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zwischen den Fürsten von Schaumburg-Lippe (Waldenburg) und Lippe (Detmold) vereinbart worden war. In diesem Geheimvertrage verpflichtete sich der lippeische Fürst, ein Thronfolgesetz zu erlassen, wonach die Thronfolge in Lippe dem Schwager Wilhelm II., dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe, zugesichert wurde. In den höchsten Tönen sittlicher Entrüstung klagte damals der lippeische Minister Gesehof — inzwischen ist er Freiherr geworden — die Schaumburg-Lippeische Regierung an, ihr Bestreben seit mehr als 30 Jahren stupplos darauf gerichtet zu haben, sich die Nachfolge auf den lippeischen Thron zu sichern, und das Organ der rheinisch-westfälischen Schotbarone, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, schrieb über dies Auftreten eines Staatsministers:

„Solange das Deutsche Reich besteht, ist ein solcher Zwischenfall noch nicht vorgekommen. Handelt es sich doch um nichts Geringeres, als daß der erste Minister eines Bundesstaats einer anderen Bundesregierung amlich und öffentlich vorwirft, ihr Verhalten verstoße wider Treu und Glauben.“

Der, gegen den diese Vorwürfe in erster Linie mit gerichtet waren, ist vor 10 Tagen gestorben: der Fürst Georg von Schaumburg-Lippe. Sein Tod läßt die Erinnerung an diesen bekannten Überbütigkeitstheoretiker im Hause Lippe wieder wach werden, an den Streit, in dessen Verlauf einer der Verfechter bielebiger Ansprüche rühmend von sich sagen konnte (nach den Mitteilungen des Reichsgerichtsrats Müller), er habe 7000 Briefe an deutsche Parteien geschrieben, damit der Tauffeld des Kaisers der Kaiserin Königin von Ungarn herbeigeschafft würde. Doch es hat nichts genützt, die Waldenburger Linie wurde mit ihren Ansprüchen auf den lippeischen Thron abgewiesen, und heute wiegt sich im lippeischen Thronstuhle jener frühere Graf Westerfeld, dessen Vater Wilhelm II. seinerzeit durch das schneidige Telegramm überraschte: „Dem Regenten, was dem Regenten zukommt; weiter nichts. Im übrigen will ich mir den Ton, in dem Sie an mich zu schreiben für gut befunden haben, ein für alle mal verbieten.“

Die monarchischen Gegensätze haben sich seitdem freilich abgeschliffen, und das Detmolder Hofgesellschaftenpublikum fragt sich längst, weshalb denn der Kaiser immer noch nicht in Lippe erscheint. Die lippeische Regierung hat sich ja auch längst auf die „Solidarität der monarchischen Interessen“ besonnen, auf die man in Lippe vor sieben Jahren pfeifen zu dürfen glaubte. — In bürgerlichen Zeitungen ist in diesen Tagen dem verstorbenen Schaumburgischen Kronenträger das übliche Loblied gefungen, aber es fehlt auch nicht an der Versicherung, daß es „die Grafen und Fürsten von Schaumburg-Lippe meisterhaft verstanden haben, durch Einfachheit und Sparsamkeit, gepaart mit bemerkenswerter kaufmännischer Begabung, ihr Haus zu dem wohl reichsten regierenden Fürstenhause zu machen.“ Das ist richtig. Genauere Angaben darüber, auf welche Summe dieser Reichthum angelauten sei, liegen zwar nicht vor, aber man wird wohl kaum fehlgehen, wenn man das Vermögen auf mehrere hundert Millionen Mark beziffert. Denn diese fürstlichen Herren stellten schon vor 50, 75 Jahren schwer im Gelde. Dr. Hesse wußte in seiner vor 50 Jahren erschienenen Schrift: „Geschichte des Hauses Lippe und Schaumburg-Lippe“ darüber folgende Angaben zu machen:

„Gegenwärtig ist Fürst Georg der Regierungszeit nach der älteste unter allen Regenten Europas. Er hat die von seiner Mutter gepflanzten Reime der Landeswohlfahrt gehörig zu seinem Vorteil ausgebeutet, er ist ein par excellence industrieller und ein sehr reicher Herr geworden. Neben dem Streben nach Wahrung der Staatsinteressen kennt er kein anderes als das, Geld zu machen. Deshalb ist er die eigentliche Seele der Rentkammer, die ihm das geringste Detail vorlegen muß. Sie hat unter sich die Verwaltung der Domänen, der Forsten, der Kohlenbergwerke, welche Schaumburg-Lippe gemeinschaftlich mit Hessen besitzt, und der Brennereien des Landes, welche, sowie die Brauereien, sogar Wäldereien früher, vollständig monopol des Fürsten waren. Die Rentkammer verpachtet ferner die Einkünfte des Landes; diese gehören dem Fürsten kraft Vertrages mit den Ständen, nach welchem er die auf dem Lande lastende Kriegsschuld aus den Jahren der französischen Herrschaft im Betrage von 250 000 Talern übernahm, unter der Bedingung, daß er die Nebenlinien des Landes einziehe und verwalte, wohngegen er nun auch Sorge trug für Unterhaltung der Schulen, Wege, Bauten, Gehalte der Beamten und alles dahin Einschlagende. Dieses Arrangement der Landesrenten wurde für den Fürsten eine bedeutende Quelle für die Verbesserung seiner Finanzen; es setzte ihn in den Stand, jene ansehnliche

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Kolonelle aber deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerbliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt die erste Zeile des ersten Wortes 30 Pfg. (zweite Zeile des ersten Wortes 20 Pfg., dritte Zeile des ersten Wortes 10 Pfg., vierte Zeile des ersten Wortes 5 Pfg., fünfte Zeile des ersten Wortes 2 Pfg.). Die ersten 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: Adressat „Sozialdemokrat Berlin“.

*) Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie. Herausgegeben vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Reihe von Käuferrufen in den österreichischen Staaten, in Westfalen, Oldenburg, Bremen und in der Schweiz zu machen, durch welche er das Hausvermögen auf einen glänzenden Stand gebracht hat.

Seine berechnete schon damals allein den österreichischen Besitz des Fürsten auf 31 Quadratmeilen (= etwa 1600 Quadratkilometer = 160 000 Hektar). Aber auch im Schaumburgischen Staat haben sich diese gekrönten Häupter die Einkünfte aus dem Domanium zu sichern verstanden, und gar so gering sind auch die nicht, denn allein die Waldungen umfassen mehr als 7000 Hektar. Da ist es freilich kein Wunder, wenn auf die Dauer bei jener „kaufmännischen Begabung“, die ein bürgerlicher Schriftsteller diesen Fürsten nachrühmt, ein Vermögen zu Kauf kam, auf das in den verschiedenen Residenzen Deutschlands mit Reid gesehen werden mag: ein Vermögen, an dessen Wachstum fortwährend tausende fleißiger Arbeiterhände wirken, ohne anders entlohnt zu werden als die Masse der Proletarier überhaupt. Bei solch einem Vermögen ist es allerdings auch leicht, in dem Rändchen Schaumburg, dessen 45 000 Bewohner kaum ausreichen, eine mittlere Stadt zu füllen, den sogenannten „Wohlthäter“ zu spielen.

Die Verhandlungen über die elsass-lothringische Verfassungsreform

wurden am Dienstag in der Kommission wieder aufgenommen. In den letzten Tagen hatte der Staatssekretär Delbrück mit den Kommissionsmitgliedern der verschiedenen Parteien über die strittigen Fragen verhandelt, um eine Mehrheit für die Regierungsvorschläge zustande zu bringen. Am Montag nachmittag fand eine Besprechung statt, zu der die Vertreter aller Parteien eingeladen und mit Ausnahme der Vertreter der Konservativen und der Wirtschaftlichen Vereinigung auch erschienen waren. Die erhoffte Einigung kam jedoch nicht zustande; die Sozialdemokraten erklärten bei verschiedenen Punkten, daß sie nicht mitmachen könnten, und das Zentrum vermißte eine klare Stellungnahme.

Zu Beginn der Kommissionsitzung erklärten sich die Konservativen und die Wirtschaftliche Vereinigung gegen die ganze Reform. Herr v. Oldenburg, der plötzlich in der Kommission auftrat, sah in der Verleihung von Bundesratsstimmen an Elsass-Lothringen eine Demütigung Preußens. Trotzdem wurden die Bundesratsstimmen mit 23 gegen 5 Stimmen beschlossen. Darauf wurden die fünf ersten Paragraphen des Gesetzes über die Verfassung angenommen. Dann folgte § 6. Dieser enthält die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Ersten Kammer, die in der zweiten Lesung abgelehnt wurden. Ein Antrag Wassermann verlangte die Wiederherstellung des Entwurfs. Das Zentrum beantragte, daß eine Vertretung der Landkreise geschaffen und die Zahl der durch den Kaiser zu ernennenden Mitglieder auf höchstens zwölf festgesetzt werde. Die Anträge des Zentrums wurden abgelehnt, und darauf der ganze § 6. Damit ist die Erste Kammer gefallen.

Als zum § 24 stieß die Beratung auf keine Schwierigkeiten; aber bei diesem brachten die Freikonservativen ihren Sprachenparagraphen wieder ein, der nach kurzer Debatte abgelehnt wurde. Nun erklärte v. Dirksen, jetzt könne seine Partei nicht mehr für die Vorlage eintreten. Die Regierung war ratlos, stieß aber die Schlußparagraphen des Gesetzes annehmen, ohne irgend eine Erklärung abzugeben.

Aus der Mitte der Kommission wurde ein Antrag auf Verzögerung gestellt, der gegen den konservativen Einspruch angenommen wurde.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt.

Ist die Vorlage gescheitert? Wenn man den bisher von der Regierung abgegebenen Erklärungen glauben darf, ja. Das Zentrum hätte dann die Vorlage zum Scheitern gebracht, nicht weil es Gegner der Ersten Kammer ist, sondern weil es in der Ersten Kammer nicht genügend Einfluß erlangt. Wahrscheinlich werden es die Zentrumsdiplomaten nicht zum äußersten kommen lassen. Ist die dritte Lesung auch beendet, kann ja eine vierte vorgenommen werden.

Die Eisenbahnerbewegung.

Paris, 7. Mai. (Eig. Ber.)

Ein Meeting in Paris und 114 Versammlungen in der Provinz — damit hat gestern die Aktion der organisierten Eisenbahner zugunsten ihrer gemäßigten Kameraden angefangen. Sie ist bestimmt, die Regierung zur Ausführung ihrer Zusage, die Wiedereinstellung durchzuführen, voranzutreiben und, falls sie versagen sollte, dieses Ziel mit Entlastung aller Kräfte der Arbeiterklasse selbst zu erreichen. Die gestrige Pariser Versammlung hat sich insbesondere auch für den vom Sekretär des Lokomotivführer- und Heizerverbandes Tassin empfohlenen 24 stündigen Demonstrationsstreik ausgesprochen. Erwähnt sei, daß Anatole France den Bestrebungen der Eisenbahner in einem schönen Brief seine Sympathie ausdrückte. Desgleichen Camille Pelletan. Der christlichsoziale Graf de Mun dagegen, der im „Echo de Paris“ die Sache der Eisenbahner mit schlagenden Argumenten verfochten hat, enttäuschte durch ein jesuitisch gewundenes, feige ausweichendes Schreiben. Von den Reden sei insbesondere die des Deputierten Gen. Albert Thomas hervorgehoben, der darlegte, daß die Regierung nach den „Waffen“, die sie ihrer Erklärung gemäß nach der neuerlichen endgültigen Weigerung der Eisenbahngesellschaften von der Kammer fordern müßte, nicht erst zu suchen habe. Denn das Gesetz vom 27. März 1882, das der Regierung das Recht gebe, die Entlassung jedes Angestellten von den Bahnen zu fordern, sei auf die Direktoren ebenso anwendbar, wie auf die Arbeiter, gegen die man es im Herbst ausgespielt habe.

Wird es zu dem großen Kampf zwischen dem Staat und den Gesellschaften kommen? Es ist nicht gut abzusehen, wie er hintangehalten werden könnte, wenn sich die Regierung nicht behauptet. Um dieses Kampfes willen, von dem er sich gewaltige Antriebe zur sozialen Reform verspricht, hat Jaurès in St. Quentin die Unterstützung des Ministeriums gerechtfertigt und namentlich auch — gegen den Widerstand der Querslisten — die Resolution für die Verstaatlichung der Bahnen betrieben. Die Lebensfähigkeit des Ministeriums ist freilich durch verschiedene Umstände in Frage gestellt: vor allem durch die Ereignisse in Marokko, dann auch

durch das unlegbare Fiasko der Altersversicherung; weiter tauchen allerhand neue Skandalaffären auf, die in der Kammer eine für die Agenten des Eisenbahnkapitals nützliche Verwirrung herbeibringen können. Gelingt es der Regierung nicht, alle diese Klippen zu umschiffen, so wird die Sache der Gemäßigten auf die Kraft der Eisenbahner selbst und die der sie unterstützenden organisierten Arbeiterklasse gestellt sein.

Unter diesen Umständen aber sind die Reibungen, die zwischen den Revolutionärspendulanten und den Reformisten in der, übrigens mit überraschender Lebenskraft auferstandenen Eisenbahnerorganisation mit erhöhter Schärfe weitergehen, nichts weniger als erfreulich.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Mai 1911.

Familienversicherung und Rassenzerspaltung.

Aus dem Reichstag, 9. Mai. Auch die heutigen Verhandlungen über die Versicherungsordnung ergaben das nämliche Bild wie die bisherigen: Sozialdemokratische Anträge in Fälle, sozialdemokratische Begründungen in aller Gründlichkeit, vereinzelte Erwiderungen bürgerlicher Politiker und dann Ablehnung aller Anträge. In der Vertretung der sozialdemokratischen Anträge fiel auch diesmal wieder den Genossen Soch, Wolkenbühr und Schmidt der Löwenanteil zu. Als Mitglieder der Kommission beherrschen sie die Materie in allen ihren Verzweigungen und wenn sie auch wertvolle Unterstützung von den übrigen Fraktionsmitgliedern erhalten, die es übernommen haben, sich zur Vertretung einzelner Anträge in gewisse Spezialfragen einzuarbeiten, sind die drei Kommissionsmitglieder doch genötigt, die Hauptarbeit zu leisten und beständig auf dem Sprunge zu stehen, um in die Debatte einzugreifen.

Die Frage der Mutterschaftsversicherung hatte eine Anzahl bürgerlicher Politiker herausgelockt. Diese Redeverjüde ließen indes keineswegs gut ab. Der konservative Abg. Husnagel debütierte damit, daß er einen am Tage vorher von ihm selbst in Gemeinschaft mit dem Abg. Zrl (Z.) eingereichten Antrag zurückzog, weil es scheinbar, daß der Antrag nicht ganz klar sei. Ein großer Selbsterfolg war der Lohn für dieses Eingeständnis. Der nationalliberale Herr Hausmann gab dann seiner Verwunderung Ausdruck, daß man überhaupt noch debattieren wolle, da doch die Sache eigentlich erledigt sei. Danach denkt dieser sonderbare Parlamentarier, den Reichstag einfach in Kommissionen aufzulösen und die Plenarsitzungen zu bloßen Registriermaschinen zu machen.

Herr v. Camp behauptete dann, die Mutterschaftsänderung sei deshalb unmöglich, da ja die Herabsetzung der Arbeiterbeiträge bei den Krankenkassen von $\frac{2}{3}$ auf $\frac{1}{3}$ abgelehnt worden sei auf Betreiben der Arbeiter.

Ihm wurde gründlich heimgeleuchtet von dem Genossen Soch, indem er das traurige Spiel der bürgerlichen Parteien aufdeckte. War doch der Plan der, mit der Reduktion der Beiträge auch den Einfluß der Arbeiter auf die Verwaltung entsprechend zu verringern. Weil die Arbeiter ihre Rechte nicht für ein Linsengericht verkaufen wollen, hat man dann ihre Beiträge in aller Höhe belassen, aber ihre Rechte doch auf Umwegen gekürzt. Auch Genosse Stolle legte sich kräftig für unsere Anträge ins Zeug. Die Freisinnigen und Polen trafen für einen beschränkten Teil der sozialdemokratischen Anträge ein. Als es zur Abstimmung kam, wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Dafür stimmten nur außer den Sozialdemokraten die Polen und der freisinnige Abg. Träger. Der freisinnige Antrag erhielt dann außerdem die Stimmen der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen.

Nicht besser ging es dann mit den Anträgen auf Verbesserung der Familienversicherung und dem Sterbegeld, für die die Genossen Koste, Büchner und Kunert redeten. Kunert geriet dabei mit dem Vizepräsidenten Schulz in Konflikt, da er die Argumente der Regierung als „nichts würdig“ bezeichnete.

Schließlich wurde auch noch die Frage der Rassengliederung in Angriff genommen. Die Sozialdemokraten traten für die Zentralisation der Krankenkassen in einheitlichen Ortskrankenkassen ein, während Regierung und Mehrheit sich auf die Beibehaltung der Zerspaltung in Ortskrankenkassen für Industriearbeiter, Landkrankenkassen für Landarbeiter und Gesinde sowie die ganz unorganisch daneben möglichen Betriebs- und Innungskassen geeinigt hatten. Vergeblich wiesen die Genossen Schmidt und Wolkenbühr nach, daß alle Arbeiter die Vereinheitlichung der Rassen wünschen. Der Reaktionsblock stimmte auch diese Arbeiterforderung nieder.

Um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde vertagt. Morgen Fortsetzung.

Die Sekundärbahndebatte glücklich zu Ende.

Wie soll ich dich, unendliche Natur des Dreiklassenhauses, dessen edelste Gaben erlebter Redelust die Sekundärbahndebatte entfesselt? Wo fang ich an, dich zu preisen? Bei Diederich Hahn, der verkündet, daß er nächstes Jahr, also wohl nach seiner Ablehnung vom Parlamentarismus des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, Waare kultivieren will, nachdem er solange Agrarierhirne gebügelt und der alsdann in einem gleichfalls austrangierten Eisenbahnwagen hausen will inmitten von Essen und Waldgeistern, die ihn hoffentlich wegen seiner Kollartise und Finanzreformünden nicht, wie in den „Lustigen Weibern“, pladen werden? Oder soll erzählt werden von dem einzigen Zuhörer, der stundenlang auf der Tribüne ausharrt und anhört, was es in Preußen noch an möglichen Ortskombinationen durch Schienenstränge gibt, von Nordhausen nach Volkrothausen, bis von Mantuffelsburg nach Ströbershausen? So auffallend wirkt das Beharrungsvermögen des Zuhörers, daß schon die Vermutung bange laut wird, der Mann müsse Gründe haben, die polizeifreie Parlamentaristik aufzusuchen. Ist es der von Lichtenberg oder der von Blumenthalstraße? Oder ist es gar ein Kusse, der durch Mathematikstudium in Berlin den Staat Fredericus Rex erschüttern will? In Ostpreußen, da ist die wahre Königstreue noch zu Hause, da ist noch eine Bevölkerung, die sich schon seit Jahrzehnten als Königstreue bis in die Knochen erwiesen hat und die daher auch verlangen darf, daß unter Wegnahme je eines überflüssigen Wagens von den Jügen der Straße Wolpa-Anstertung ein neuer Zug eingeleitet werde! Welcher Ministerialdirektor oder vortragende Rat könnte sich solch einbreitender Begründung versagen? Gestern, Dienstag, den 9. Mai, hörte man sie, laut und deutlich, von der Rednerbühne der preussischen Volksvertretung erschallen. ... Mit schönen Pathos sprach aber auch der freisinnige Herr Biemes von der in

seinem Wahlbezirk aufblühenden Kaliindustrie, die vielleicht neue Bahnen nötig macht, und sein politischer Freund Dr. Krüger-Hagen von der Eisenbahnot Hagen-Sawelms, das er gern im Reichstag vertreten möchte. Solange übrigens jeder in seinem Kreise bleibt, wird er nicht angefochten. Ein Kreis — ein Abgeordneter — eine Lokalbahn! Aber als Herr Schupp-Berlin mit langen Fortschrittsbeinen über das anfängliche Pantow hinaus schritt nach Bielefeld, nach Trebbin und gar nach dem Siegerland — da fand der konservative Pastor Hedenroth das charakteristische, ja geradezu erschöpfende Wort: „Ist das auch Ihr Wahlkreis?“ Womit diese drei- oder vierstündige Debatte in ihrer ganzen allgemeinen politischen, nationalen und wirtschaftlichen Bedeutung erfaßt ist!

Die Sozialdemokraten, die angeblich die kostbare Zeit des Dreiklassenhauses „über Gebühr“ in Anspruch nehmen, hatten sich an der ganzen dreitägigen Debatte nicht beteiligt. Erst gegen Schluß machte Genosse Hoffmann einige kurze Bemerkungen.

Mittwoch: Gesetz über Entlastung des Oberverwaltungsgerichts und kleinere Vorlagen.

Vergebliches Abfeuern.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses führen zurzeit die Konservativen eine lustige Pötte auf. Sie wollen von der Fortsetzung der Ansiedelungspolitik nichts mehr wissen und höchstens noch eine Anzahl von Tagelöhnern in der Ostmark anständig gemacht haben, und billigen deshalb durchaus die Erklärung der Regierung, die die Anwendung des Enteignungsgesetzes bis zur geeigneten Zeit, das heißt bis zum St. Nimmerleinstag, verschoben wissen will, müssen aber der Öffentlichkeit gegenüber die nationalen Draufgänger markieren und die Regierung zu forcierterem Vorgehen gegen die Polen aufpeitschen. Aber so abgefemte Heuchler auch unsere Junker sind, so verschiebt sich ihnen doch zuweilen die Maske. So geschah in der letzten Sitzung der Budgetkommission ein freikonservativer Redner, daß es in der Tat in dem bisherigen Tempo der Siedelungspolitik nicht weitergehen könne und daß auch nicht mehr so viel Bauern, sondern an ihrer Stelle Landproletarier angesiedelt werden müssen.

Das gleiche Pöttenspiel treibt auch die Regierung. Sie läßt heute durch das offiziöse Depeschensureau einen Bericht verbreiten, der neuerliche Erklärungen des Landwirtschaftsministers ausführlich wiedergibt. Es lohnt nicht, das breitspurige Gerede ausführlich wiederzugeben. Der langen Verlegenheitsphrasen kurzer Sinn ist der, daß die Regierung ihren Standpunkt in der Ostmarkenpolitik keineswegs geändert habe. Wenn sie bereits 1908 das Enteignungsgesetz gefordert, aber bis heute nicht angewendet habe und zunächst auch nicht anwenden wolle, so erkläre sich das daraus, daß die Regierung seinerzeit nicht habe warten wollen, bis der Ansiedelungskommission nicht mehr genügend Stellenland zur Verfügung stehe, sondern daß sie in weiser Voraussicht auch in die fernere Zukunft Vorsorge getroffen habe. Die Regierung habe auch keineswegs die Absicht ausgesprochen, die Enteignung nach Möglichkeit hinauszuschieben, sondern nur erklärt, daß von dem Enteignungsgesetz erst dann Gebrauch gemacht werde, wenn die Voraussetzungen der Enteignung vorlägen. Welche Voraussetzungen die Regierung eigentlich meint, verrät sie natürlich vorsichtshalber nicht. Sie würde sich ja dann festlegen und über Jahr und Tag von neuem in die Skalamität versetzt werden, eine abermalige Änderung ihres Standpunktes durch verzweifelte Ausflüchte hinozulegen.

Auch die Erklärung des Landwirtschaftsministers, daß er an dem Ostmarkenverein keineswegs allgemeine Kritik habe üben und dessen nationale Verdienste nicht habe in Zweifel ziehen wollen, sondern die Regierung lediglich gegen die grundlosen Verdächtigungen der Leitung des Ostmarkenvereins verteidigt habe, vermag der derben Abrüstung des Galatzistenvereins ihre Schärfe nicht zu nehmen.

Die Antwort der „Abgeschüttelten“.

Der preussische Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer hat in der Budgetkommission des preussischen Landtages in einer Form, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, jede Einwirkung des Ostmarkenvereins in die Polenpolitik der preussischen Regierung abgelehnt. Es war voranzuziehen, daß der Ostmarkenverein diese Abkühlung nicht ruhig hinnehmen werde. Die Antwort liegt jetzt vor. Der Vorstand des Ostmarkenvereins erklärt, daß er der preussischen Polenpolitik kein Vertrauen mehr entgegenbringen könne und kündigt an:

„Der Verein wird schon in den nächsten Tagen zu dieser Rundgebung von Seiten der Regierung in einer Sitzung des Vorstandes Stellung nehmen und die weiter zu ergreifenden Schritte nebst einer zu veröffentlichenden Entschädigung festlegen. In den leitenden Kreisen des Deutschen Ostmarkenvereins hat man bisher stets großen Wert darauf gelegt, daß die für die Erhaltung des Deutschtums im Osten so segensreiche Tätigkeit des Vereins sich stets möglichst unter engem Anschluß an die Regierung und Fühlungnahme mit den maßgebenden Persönlichkeiten abwickelte. Um so bedauerlicher ist die jüngste Wendung, denn es ist klar, daß die Stellungnahme des Landwirtschaftsministers diesen bisher gepflogenen Beziehungen nicht förderlich sein kann. Wenn der Deutsche Ostmarkenverein dennoch immer dahinstreben wird, mit der Regierung Hand in Hand zu gehen und die Fühlung aufrechtzuerhalten, so ist darunter aber nicht zu verstehen, daß der Verein auch nur im geringsten in Zukunft von den Grundfragen und Richtlinien abweicht, die er für die Erhaltung des Deutschtums in der Ostmark als notwendig und heilsam erkannt hat.“

Schließlich läßt die Rundgebung durchblicken, daß die treibenden Kräfte für das Verhalten der preussischen Regierung in der Polenpolitik nicht in Deutschland, sondern in Oesterreich zu finden seien.

Verlechte Eitelkeit.

Die großen politischen Kapazitäten des „Berl. Tagebl.“ sind seit einiger Zeit über den „Vorwärts“ höchst aufgebracht, und wie das bei Genies von ihrer temperamentvollen Eigenart öfter vorkommt, machen sie ihrem Gefühl verletzter Eitelkeit durch albernem Beschimpf über den „Vorwärts“ Luft, der, wie sie in den letzten Tagen nach gründlichen Studien entdeckt haben, sogar die vorigen Reichstagswahlen ruinert hat. Wir finden diese kindlichen Wutausbrüche des „Tageblattes“ ganz begreiflich. Wie konnten wir auch dem großen Paragoleten des „Berl. Tagebl.“, dem Herrn Schulze-Gavernitz nachweisen, daß er weisheitsvoll über die materialistische Geschichtsauffassung dogmatisiert hat, ohne von dieser die geringste Ahnung zu haben, wie konnten wir ferner über die komische Ehrfurcht der „Tageblatt“-Größen vor Königsposten und Monarchenreden lachen, und wie konnten wir endlich gestern — das schämte von allem — ohne Rücksicht auf Herrn Theodor Wolffs Selbsteinschätzung und sehr zartes Mimosengefühl seine schöne Epistel an den sympathischen Kronprinzen verspotten, anstatt in dieser sonntäglichen Anbiederung eine journalistische Leistung ersten Ranges zu erblicken!

Solche Verleumdung mag für die davon Betroffenen schmerzhaft sein, aber wir können nun mal unsere politische Kritik nicht nach der Empfindsamkeit der Leiter des Wölfischen Weltblattes einrichten. Sollten die Herren das nicht einsehen können, gestatten wir ihnen mit Vergnügen, weiterzuschimpfen.

Das Todesopfer der Berliner Polizei.

Die russischen Zeitungen bringen immer neue Einzelheiten, die das Vorgehen der Unübersichtsbefehle und der Kriminalpolizei gegen den Studenten Dubrowsky in noch krasserem Lichte als bisher erscheinen lassen. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß das infame Verhörverfahren der preussischen Behörden gerade einen Angehörigen der höheren russischen Bureaucratie in den Tod getrieben hat. Wie aus dem Nachruf des früheren Direktors der Petersburger Unübersicht, Prof. J. Borgmann, hervorgeht, ist Dubrowskys Vater Mitglied der obersten Kirchenverwaltung des hl. Synods, wirklicher Staatsrat, Eggelsen, also ein angesehenes Mitglied der russischen Bureaucratie. Daß diese Tatsache den Sohn nicht gerade zum Schwarzhundertler stempeln mußte, ist um so begreiflicher, als er von seinen wissenschaftlichen Interessen voll und ganz in Anspruch genommen war. Aber schon seine Weigerung, in den „Votivkaffee-Verein“ — die Berliner Filiale der „echtrussischen“ Studenteneinigungen — einzutreten, eine Handlung, die von dem politischen Meinungsgefäß Dubrowskys und seinem Wunsche zeugt, sich von jeglicher Politik, also auch von der reaktionären, fernzuhalten, genügt, um ihn der Berliner politischen Polizei als „verdächtig“ erscheinen zu lassen. Offenbar sorgt diese nicht nur dafür, die dem von allen unabhängigen, anständigen Menschen verachteten „Verein“ neue Mitglieder zu pressen, sondern hält es auch für ihre Pflicht, etwaige neuereintretende Studenten in den Verein hineinzubugeln, um für den blutigen neuen ergebene Diener heranzuzüchten.

Die Offizien, die nach den ersten verunglückten Verhaftungsversuchen wie vor den Mund geschlagen waren, haben nun die Sprache bereits wieder gefunden. Die „Kölnische Zeitung“ nimmt die Berliner Unübersicht in Schutz, deren schmächtige Handlangerdienste sie vollkommen in Ordnung findet. Knuten-Dertel aber geht auf Ganze. Er stellt auch der Berliner Polizei ein glänzendes Zeugnis aus und faßt — ohne natürlich die Spur eines Beweises anzuführen — von einer „Aenderung der politischen Haltung“ Dubrowskys. Schon diese „Beweisführung“ charakterisiert das Niveau unserer „maßgebenden Kreise“, die sich nicht auf die Verhöhnung der Lebensweise der russischen Studierenden beschränken, sondern, wie in den seligen Zeiten der Demagogieerheiter in Deutschland, auch ihre innersten Gedanken zu ergründen suchen. Wie herrlich weit haben wir's doch gebracht!

Ueber die Person des Verstorbenen teilt Prof. Borgmann in seinem Nachruf noch folgende Einzelheiten mit:

In Erlangen arbeitete Dubrowsky in dem Laboratorium von Prof. Wiedemann, der ihn so lieb gewann, daß er ihn mehrfach hat, im nächsten Jahre nach Erlangen zurückzuführen und seine Arbeit bei ihm fortzusetzen. Im Sommer 1910 arbeitete er im optischen Laboratorium von Professor Lummer in Breslau, der ihn noch im vergangenen Winter einlud, wieder nach Breslau zu kommen. In Petersburg arbeitete er im physikalischen Seminar von Prof. Borgmann, der ihm das Zeugnis eines erstaunlich begabten, kenntnisreichen Studenten ausstellt. „Der Tod — so schreibt er — raubte uns das würdigste Mitglied der an Zahl kleinen Schar der russischen Physiker.“ Diesen Tod hat die preussische Kriminalpolizei auf dem Gewissen, die mit ihren Kojatenstiefeln das Leben eines Gelehrten zertrat.

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung

fällte das Breslauer Oberlandesgericht. Die Polizeiverwaltung in Langenans sah das dortige Gewerkschaftskartell als einen politischen Verein an und verlangte von dem Vorsitzenden die Anmeldung der Vorstandsmitglieder. Da dies verweigert wurde, wurde Anklage gegen den Vorsitzenden erhoben. Nachdem alle Instanzen in der Angelegenheit gesprochen, entschied das Breslauer Oberlandesgericht, daß Gewerkschaftskartelle keine politischen Vereine sind. Infolgedessen wurde auf Freisprechung erkannt.

Erhaltung der Betriebskrankenkassen.

Triumphierend teilt die „Post“ mit, aus parlamentarischen Kreisen werde ihr geschrieben, daß begründete Aussicht auf eine den Wünschen der Industrie mehr entsprechende Gestaltung der Bestimmungen über die Betriebskrankenkassen in der zweiten Lesung im Plenum vorhanden sei, und zwar liege es in der Absicht, die mit Recht bemängelte Bestimmung, wonach Betriebskrankenkassen nur zugelassen werden sollen, wenn sie den Bestand der Ortskrankenkasse nicht gefährden, auf künftig neu zu errichtende Betriebskrankenkassen zu beschränken. Auf die jetzt bestehenden Betriebskrankenkassen solle dementsprechend diese Bestimmung nicht Anwendung finden, ebenso wenig auf neu errichtete Krankenkassen, sobald ihre behördliche Zulassung einmal ausgesprochen sei. Endlich solle auch eine nähere Bestimmung darüber zugelassen werden, unter welchen Voraussetzungen eine Geschäftsführung einer bestehenden Ortskrankenkasse anzunehmen sei. Würden, wie bestimmt zu hoffen sei, Bestimmungen dieser Art besch. so würden wenigstens in dem einen Punkte die schwereren Bedenken, die innerhalb der Industrie gegen einen Teil der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung beständen, in der Hauptsache beseitigt werden.

Herr Abgeordneter Hausmann.

Wir entnehmen kürzlich unserem hannoverschen Parteiblatt, dem „Volkswillen“, einen kurzen Bericht über eine Unterredung, die der nationalliberale Abgeordnete Hausmann (Hamelns) mit einer Abordnung des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Hameln gehabt hat. Die Wichtigkeit dieses Berichtes, in welchem allerlei seltsame Äußerungen des Herrn Hausmann über die Reichsversicherungsordnung mitgeteilt wurden, ist von der „Nationallib. Korresp.“ bestritten worden, ohne daß unsere von uns mehrfach genannte Quelle erwähnt wurde. Die „Nationallib. Korresp.“

schrieb: „Wichtig ist in dem „Vorwärts“-Artikel nur die Mitteilung, daß Abgeordneter Hausmann die Herren Lohde und Müller in seiner Wohnung empfangen hat. Das übrige aber ist unrichtig und in entstellter Form wiedergegeben. Abg. Hausmann hat zugegeben, daß ihm Klagen über Mißwirtschaft in den Krankenkassen aus seinem Wahlkreise nicht zugegangen seien. Der Behauptung des Herrn Müller, daß auch anderweit Mißstände nicht zu beklagen wären, hat Abg. Hausmann jedoch entgegengehalten, daß in der Kommission zur Vorberatung der Reichsversicherungsordnung schwere Anschuldigungen gegen eine Reihe von Krankenkassenverwaltungen erhoben seien. Abg. Hausmann hat dann wiederholt erklärt, daß er den dringenden Wunsch habe, daß die Reichsversicherungsordnung jetzt zur Verabschiedung gelange; er sei, um die Fertigstellung des Gesetzes zu erreichen, selbst zu Konzeptionen in einzelnen Streitfragen bereit. Zur Erörterung kamen dann ausgiebig die Gründe für und gegen die Wenderung des Wahlrechts in den Krankenkassen.“

Somit entfallen alle Schlussfolgerungen, welche mit gewohnter Freundlichkeit der „Vorwärts“ aus der Unterredung zieht. Außerdem sei bemerkt, daß der eine der vom Abg. Hausmann empfangenen Herren, Herr Lohde, im Reichstage anwesend war und vor Zeugen erklärte, der Bericht des „Vorwärts“ über die Unterredung sei völlig unrichtig, und die in Obigem gegebenen Verhöhnung entsprechende Tatsachen.“

Darauf schreibt uns ein Mitglied der Abordnung, der Genosse Karl Müller:

Ich erkläre, daß der Bericht des „Vorwärts“ durchaus objektiv und der Wahrheit entsprechend ist. Es ist im ganzen daselbe, was ich in der Versammlung in Hameln vorgetragen habe. Das Zeugnis des Herrn Lohde wird dadurch völlig wertlos, daß er selbst in dieser Versammlung anwesend war und als zweiter Vorsitzender die Pflicht gehabt hätte, falls ich falsch berichtete, meine falsche Berichterstattung zu widerlegen. Der Bericht ist so gar noch besonders schonend für Herrn Hausmann. Herr Hausmann hat in der fraglichen Unterredung eine solche Unkenntnis der Dinge bewiesen, daß, wenn seine Äußerungen als veröffentlicht würden, sein Ansehen sehr darunter leiden würde.

Karl Müller
Hamelns, Kreuzstraße 1.

Schweiz.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Basel.

Basel, 8. Mai. (Fig. Ber.) Bei den gestern und vorgestern im Kanton Baselstadt stattgefundenen Regierungs- und Grossratswahlen hat unsere Partei einen prächtigen Sieg errungen. Es wurden nämlich 47 Sozialdemokraten in den Grossen Rat gewählt, vier mehr als demselben bisher angehört hatten. Die Freisinnigen dagegen verloren vier von ihren 39 Sitzen und die Liberalen fünf von ihren 29. Die Demokraten verloren den bisherigen Sitz; die Katholiken behaupteten ihre 17 Mandate. Bedauerlich ist nur der Erfolg der neuen reaktionären Bürgerpartei, die im ersten Ansturm sechs Mandate eroberte.

Die sozialdemokratische Vertretung bildet überragend die stärkste Fraktion im neuen Parlament und von grossem Interesse ist dabei die fortschreitende Erstarkung unserer Partei. 1905 hatte sie 38, 1908 43 und nun 1911 hat sie 47 Vertreter. Seht die Entwicklung so weiter in der Zukunft, so besteht die Aussicht, daß die sozialdemokratische Partei noch die absolute Mehrheit (66) im Grossen Rat erreichen wird.

In die Regierung wurden unsere bisherigen beiden Vertreter, die Genossen Bullshleger und Dr. Blocher mit 8916 bzw. 8421 und der unserer Partei nahestehende Dr. Mangold mit 10694 Stimmen wiedergewählt, ebenso die Liberalen Speiser und Burckhardt, während die beiden Freisinnigen das absolute Mehr nicht erreichten und noch in der Stichwahl für ihre Ministerstellen ringen müssen mit einem Katholiken und einem Demokraten, die 2386 bzw. 2438 gegen 7111 bzw. 5508 freisinnige Stimmen erhielten. Die ehemals herrschende freisinnige Partei ist in unaufhaltsamem Niedergang begriffen.

Spanien.

Der Protest der Sozialdemokraten.

Madrid, 8. Mai. In der Deputiertenkammer tadelte heute der Sozialist Iglesias die militärischen Operationen in Ceuta und erklärte, Spanien müsse seine afrikanischen Besitzungen aufgeben, wenn es sie nicht ohne nachherige Gebietsverweiterungen und ohne Kriege und beständige Kämpfe sich erhalten könne. (Lärm.) Ministerpräsident Canalejas wies unter Weisfall aus dem ganzen Hause die Ausführungen Iglesias entschieden zurück.

Türkei.

Die Ministerkrise.

Konstantinopel, 9. Mai. Die Demission des Finanzministers Dschawid Bey und des Unterrichtsministers Hakkı Babansadeh ist angenommen worden. „Tanin“ bezeichnet den Sturz dieser Minister als eine Folge des Erstarkens der Reaktion. Die Lage bleibe im übrigen ungelöst und kritisch. Es verlautete, daß der frühere Unterrichtsminister Senator Rail Bey geneigt sei, das Portefeuille der Finanzen zu übernehmen.

Bei der gestrigen Zeremonie der Eidesleistung der Offiziere hielt der Kriegsminister eine Rede, in welcher er an die vor zwei Jahren den Offizieren erteilten Ratschläge erinnerte, sich in die Politik nicht einzumischen, weil dies den Ruin des Landes bedeute.

China.

Ein verantwortliches Ministerium.

Peking, 8. Mai. Die Reformbewegung hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Die Regierung hat sich zur Einsetzung eines verantwortlichen Kabinetts nach europäischem Muster entschlossen, während der Staatsrat abgeschafft wird. Die Gesetze und kaiserlichen Edikte bedürfen jetzt zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung der Minister. Erster chinesischer Ministerpräsident wird Prinz Ching.

Rußlands Angriffspläne.

Petersburg, 9. Mai. Neuerdings tritt mit großer Bestimmtheit das Gerücht auf, daß, nachdem die Peking-Regierung sich noch immer weigert, ihre in der Antwortnote gemachten Zusagen zu erfüllen, nach der Rückkehr des Kriegsministers Suchomlinow aus dem fernen Osten russische Truppen das Kuldschagebiet besetzen werden.

Marokko.

Das Vorrücken der Spanier.

Tetuan, 9. Mai. Zweihundertfünfzig von spanischen Offizieren befehligte Rifschützen haben Zenidag auf marokkanischem Gebiet besetzt. Zwei andere Punkte, von denen einer etwa fünfzehn Kilometer von Tetuan entfernt liegt, werden ebenfalls besetzt werden. Die Besetzung ist eine vorläufige, sie soll bis zur Bildung der in den Verträgen vorgesehenen Polizei aufrechterhalten werden.

Neue Zusammenstöße.

Paris, 9. Mai. Nach den neuesten Meldungen ist es bereits zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Kolonne Boulard und den Stämmen der Beni-Haden und der Zemmoura gekommen, wobei ein französischer Kavallerieunteroffizier getötet und ein Traincutnant und zwei Mann verwundet sein sollen. Der Anlauf und der Anfang für den Marsch nach Jedd von Ojien und von Westen ist somit gegeben.

Mexiko.

Der Kampf um Juarez.

London, 9. Mai. Das Neutische Bureau meldet aus El Paso von heute: Ungehört in den Reihen Maderos veranlaßt, daß am Montag 150 Aufständische zu einem heftigen Angriff auf Juarez schritten. Sie nahmen nicht nur mehrere wichtige Vorposten, sondern trugen das Gesicht auch in die Stadt hinein, in der es zu ersten Straßenkämpfen kam. Man nimmt an, daß auf beiden Seiten dreißig Mann gefallen und sechzig verwundet worden sind. In El Paso wurden fünf Mann getötet und wenigstens zwölf verwundet. Ein Teil der Rebellen zieht nach Juarez, um die Übergabe der Stadt zu verlangen. Falls diese verweigert wird, steht ein neuer Angriff bevor. Wie erklärt wird, wurden die Vorposten der Bundesstruppen vollständig in die Flucht geschlagen. Sie erwarten jetzt in der Stadt Verstärkungen. Madero ist infolge seiner vergeblichen Versuche, den Kampf zu verhindern, niedergeschlagen.

Am Montag-abend galoppierten wiederholt Reiter zwischen den Linien der Kämpfenden hin und her und bemühten sich, einen Waffenstillstand zustande zu bringen, damit die Friedensunterhandlungen weiter fortschreiten könnten. Die Bundesstruppen haben während des Kampfes ein wohlgezieltes Feuer abgegeben und überschütteten nicht nur die Vorhut der Revolutionäre mit Granaten, sondern auch die weiter draussen befindlichen Streitkräfte in der Nähe des Friedensgrabens, wo die Friedensunterhändler versammelt waren. Den Rebellen gelang es jedoch, gebet durch die Uferböschungen des Flusses, die Bundesstruppen nach Juarez zu treiben. Dann drangen sie selbst in die Stadt, wobei sie vier Stunden lang ein ununterbrochenes Feuergefecht führten.

New York, 9. Mai. Die Associated Press meldet aus El Paso: Die Aufständischen haben heute früh um 4 Uhr 40 Minuten den allgemeinen Angriff auf Juarez begonnen.

Bei dem gestrigen Angriff der Aufständischen auf Juarez sind durch abtrende Geschosse in El Paso vier Personen getötet und neun verwundet worden. Die Aufständischen haben sich in den Zollgebäuden von Juarez festgesetzt. Die Arena sowie die Brücken und Straßen von Juarez sind mit Toten und Verwundeten bedeckt. Madero erklärt, der Angriff der Aufständischen sei ohne seine Ermächtigung erfolgt.

Kopflosgkeit der Regierung.

Mexiko, 9. Mai. (Meldung des Neutischen Bureaus.) Die Regierung hat infolge der stets wechselnden Vorgänge bei Juarez vollständig den Kopf verloren. Präsident Diaz beriet gestern abend mit den Mitgliedern des Kabinetts über die neue Wendung, welche die Dinge genommen haben. In amtlichen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Madero das bewiesen hat, was Diaz und die Regierung stets behaupteten, daß er nämlich nicht in der Lage ist, seine Armee in der Hand zu behalten, und daß jetzt große Gefahr besteht, daß Anarchie an die Stelle des Bürgerkrieges tritt. Diese Anarchie habe Diaz vorausgesehen und habe sie abwenden wollen, als sich weigerte, sofort abzutreten.

Friede!

Hamburg, 9. Mai. Nach einem bei der Hamburg-Amerika-Linie eingegangenen Telegramm aus Mexiko ist dort der Friede erklärt worden.

Aus der Partei.

Zur Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart.

Am Montagabend sprach der sozialdemokratische Stadtvorstandslidat Genosse Lindemann vor einer Versammlung von etwa 4000 Besuchern. Alle Bevölkerungsschichten waren vertreten. Genosse Lindemann entwickelte sein Programm in einer großen Rede; besonders wirkten die Parteien, die sich mit dem Wohnungswesen, dem städtischen Schulwesen, der Stadt als Unternehmern, der städtischen Arbeitslosenfürsorge und der Mitwirkung der Frauen in der Gemeinde beschäftigten. Am Schluß wendete sich Lindemann gegen die Angriffe auf die Parteikandidatur und führte aus: „Ich man der Meinung, daß ein Parteimann stets jede Objektivität des Urteils fehlen lassen müsse; glaubt man, daß er als Parteimann alle Dinge in die Schablone einiger weniger Gedanken angreifen müsse? Will man damit sagen, daß ein Mann, der sich zur Realisierung seiner Ansichten anderen Gleichgesinnten angeschlossen hat, damit jede Fähigkeit verliere, sich seine eigene Meinung zu bilden? Es wäre denn doch zu traurig, wenn das wahr wäre. Es ist eine lächerliche Behauptung, im Hinblick auf die vielen Tausende von Parteimännern aller Schattierungen, die in Stadt und Gemeinde wichtige Arbeit leisten. Nein, das meint man auch gar nicht. Man meint nur, ein Mann von einer gewissen Partei soll nicht aufs Rathaus.“ Genosse Lindemann schloß: „Ich darf für meine Partei wohl in Anspruch nehmen, daß sie jederzeit in ihrer Gemeinbearbeit das allgemeine Wohl höher gestellt hat, als die Interessen der einzelnen oder kleineren Berufsstände und Klauen. Schon in dem Worte Sozialismus liegt der Gedanke der Hingabe des Einzelnen an das Ganze, und die treue, opfervolle Arbeit der vielen Hunderte von Gemeinbedienten unserer Partei hat den Sinn dieses Wortes noch nie Lügen gestraft. Das Wohl der Allgemeinheit muß für jeden Sozialdemokraten der Reiz seines Wirkens sein. Wird nun diese Auffassung getragen nicht nur von der Treue des Mannes, sondern empfängt sie die Wärme und Kraft von der Überzeugung, die das ganze Leben erfüllt, die den Mann auch zum Anschluß an seine Partei getrieben hat: glauben Sie, daß ein solcher Mann deshalb ein weniger guter Führer der ihm anvertrauten Gemeinde sein werde? Wenn ich das dachte, würden Sie mich heute nicht an dieser Stelle sehen. Gerade weil ich fest glaube, daß der wahre Geist des Sozialismus die Arbeit des Ortsvorsitzenden, die unangeseht auf das allgemeine Wohl gerichtet sein muß, in höherem Maße fördert und erleichtert, habe ich mich entschlossen, als Bewerber vor Sie hinzutreten, und sollten sich die Stuttgarter Bürger entscheiden, mich zu wählen, so können Sie überzeugt sein, daß Sie die Leitung Ihrer Stadt einem Manne anvertrauen, der in der Schule des Lebens gelehrt hat, stets das Ganze über die Teile zu stellen und der sich bei diesem Streben durch nichts beirren lassen wird.“

Die Ausführungen Lindemanns wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Aussichten für seine Kandidatur sind auch dadurch noch gemächert, daß die Einigung der bürgerlichen Parteien jetzt als endgültig abgelehrt betrachtet werden kann. Die Volkspartei stimmte am Montag in einer geheimen Versammlung einer Resolution zu, die mit einem Angriff auf unsern Kandidaten Lindemann beginnt, dann aber bedauert, daß die national-liberale Partei die Vorschläge der Volkspartei nicht akzeptiert habe. Die national-liberale Partei habe durch die einseitige Auffassung eines ihrer Parteigenossen die Solidarität des Gesamtliberalismus außer Acht gelassen. Als Staatsbeamter sei der national-liberale Kandidat nicht geeignet, die Selbstverwaltung wirksam gegen die Aufsichtsbehörde zu vertreten. Die Volkspartei ist darum entschlossen, die Kandidatur des Oberbürgermeisters Red-Göppingen zu unterstützen. Außer Lindemann kandidieren jetzt also noch Lautenschlager und Red.

Internationale Sozialistenzusammenkunft in Arden in der Schweiz. Für diese auf den 26. Juli 1911 von den deutschen und österreichischen Sozialisten in der Schweiz in Aussicht genommene Zusammenkunft sind als Redner bestimmt die Genossen Dr. Karl Liebknecht-Berlin, Dr. Adolf Braun-Wien, Hermann Greulich-Berlin und ein italienischer Referent.

Der Geist der Unzufriedenheit. Unter diesem Titel bringt, wie bereits mitgeteilt, der Verlag Buchhandlung Vorwärts soeben ein Bilderbuch heraus, das in köstlicher Weise in Bildern, Reden und Versen den Kampf der Polizei gegen den Geist der Unzufriedenheit durch eine „nicht vorhandene“ Volksmenge geistelt. Der bekannte Zeichner G. Brandt hat es trefflich verstanden, den mit „geistigen“ und anderen Waffen kämpfenden Schutzmännern in vollendeter Naturtreue darzustellen. Wer Sinn hat für eine gute Karikatur und politische Satire, dem wird der Geist der Unzufriedenheit einige heitere Stunden bereiten. Das Buch ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen und kostet 250 M.

Jugendbewegung.

Bom Kampf gegen die Arbeiterjugend.

In der Bürgermeisterei Benrath bei Düsseldorf hat es der Behörde gefallen, eine nichtbestehende Jugendorganisation für politisch zu erklären und sie aufzulösen. Selbstverständlich wurde der Bürgermeister mitgeteilt, sie habe in diesem Falle arg daneben gehauen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Baukumpner.

Wie wir gestern schon mitteilten, haben die Baukumpner gegen eine einzige Stimme den Schiedspruch des Einigungsamtes abgelehnt und die allgemeine Arbeitsniederlegung beschlossen, die nun gestern vormittag einmütig durchgeführt worden ist. Die allgemeine Baukumpnerversammlung, die am Montagabend den großen Saal der Brauerei Königstadt bis auf den letzten Stechplatz füllte, ließ schon von Anfang an, als der Bevollmächtigte Cohen über die Einigungsverhandlungen berichtete, erkennen, daß keinerlei Reizung bestand, sich mit dem allzu mageren Schiedspruch zufriedenzugeben. Abgesehen davon, daß die Mindestlöhne als viel zu niedrig erschienen mußten, hatten die Arbeitgeber es auch hartnäckig abgelehnt, die halbe Stunde, die Sonnabends, und die zwei Stunden, die am Tage vor den hohen Festen weniger gearbeitet wird, zu bezahlen, und das Einigungsamt hatte dem Rechnung getragen, denn es heißt im Schiedspruch, daß nur wirklich geleistete Arbeitszeit zu bezahlen ist. Uebrigens soll die verkürzte Arbeitszeit, so weit es sich um die gewöhnlichen Sonnabende handelt, nicht einmal zwingendes Recht der Arbeiter sein, denn der Schiedspruch besagt, dem Vorschlag der Arbeitgeber gemäß: „Sonnabends kann die Arbeitszeit eine halbe Stunde weniger als an anderen Tagen betragen“, und nicht, wie die Arbeitnehmer forderten: „Sonnabends beträgt“ usw. Zu alledem kommen die den Arbeitern ebenfalls als allzu ungünstig erscheinenden Bestimmungen über die Vergütung von Fahrgehl., von Fahr- oder Laufzeit sowie für Montagetage. Alles in allem genommen, war es nicht zu verwundern, daß die massenhaft besuchte Versammlung den Schiedspruch rundweg ablehnte und die allgemeine Arbeitsniederlegung beschlossen wurde.

Gestern vormittag hielten die Baukumpner im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre erste Streikversammlung ab. Der zahlreiche Besuch bewies, daß der Streikbeschluss mit Einmütigkeit durchgeführt worden ist. Wenn hier und da noch einige wenige Baukumpner arbeiteten, so lag das daran, daß der Streikbeschluss erst um 1 1/2 Uhr nachts vorlag, und einzelne nicht mehr rechtzeitig Kenntnis davon erhalten hatten. In der Streikversammlung gab Cohen einen kurzen Bericht über die Lage, die ja nun so ist, daß die Streikenden eine abwartende Haltung einnehmen und im übrigen alles tun, was notwendig ist, um den Streik mit der Kraft und Einmütigkeit durchzuführen, wie er begonnen wurde, solange er erforderlich ist, um zu einem annehmbaren Tarifvertrag zu kommen und den Forderungen Geltung zu verschaffen. Ferner wurden in der Versammlung die zu ordnungsgemäßer Leitung des Kampfes notwendigen Maßnahmen geschaffen.

Der Streik der Schuhmacher bei den Firmen Müller u. Schligweg, Amgestr. 17, und Hamann, Michaelstr. 15, dauert unverändert fort. Bei der ersten Firma leistet der Sohn eines Schuhmachermeisters Harthe, welcher in Tempelhof, Berliner Str. 110, ein offenes Verkaufsgeschäft betreibt, Arbeitswilligendienste. Die letztere Firma sucht durch anonyme Inserate und durch den Arbeitsnachweis der Schuhfabrikanten Arbeitswillige heranzuziehen. Die Firma ist nicht in der Lage, ihren Betrieb auch nur einigermaßen notdürftig fortzuführen. Uebrigens hatte der Inhaber der Firma für einige Arbeiterkategorien eine Aufbesserung der Löhne selbst als notwendig bezeichnet, er wurde aber durch das Dazwischentreten des Fabrikantenverbandes verhindert, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Die beiden Betriebe sind daher aufs strengste zu meiden. Zentralverband der Schuhmacher.

Ein Opfer des Streikbruchs ist der etwa 20 Jahre alte Arbeiter Jazifinski aus der Rathborstraße 2 geworden.

Bei der Firma M. Abrahamson, Wiener Str. 50, die speziell die Schallplatten „Verby Records“ fertigt, stehen seit Anfang April die Schallplatten- und Isolationspresser im Streik, weil sich die Firma über die im Herbst v. J. mit dem Metallarbeiter-Verbande getroffenen Vereinbarungen, die bis zum 1. November 1912 Gültigkeit haben, hinweggesetzt und auch Lohnreduktionen vorgenommen hat. Die Firma engagierte einige Arbeitswillige. Zu denen zählte auch der 20 Jahre alte Jazifinski, der seit zwei Tagen die Maschinen bedient. Gestern vormittag geriet er mit der Arbeit nicht vertraute Keuling mit der einen Hand zwischen die Walzen, die ihm drei Finger abquetschten. Neben der Ungelehrtheit des Verletzten war es der Mangel jeglicher Anleitung sowie der Mangel an ausreichenden Schutzvorrichtungen an der Maschine, die den Unfall verursachten. Es fehlte im Betriebe auch an dem nötigen Verbandzeug, so daß der Verunglückte mit einem primitiven Verband versehen, nach der nächsten Unfallstation gebracht werden mußte, von wo er nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt wurde. Erst nachdem der Verletzte längst von der Unfallstelle fortgeschafft war, traf ein Bote mit Verbandzeug in der Werkstatt ein. Jeder Arbeiter, dem seine Gesundheit lieb ist, weiß was er zu tun hat.

Deutsches Reich.

In sämtlichen Ziegeleien Köslins haben die Ziegeleiarbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Ziegler fordern die Aufhebung der üblichen fünfprozentigen Mehrleistung auf 1000 Steine; die Ziegler mußten etwa 175 Steine täglich an die Besitzer abliefern, wofür kein Pfennig bezahlt wurde. Die Arbeiter forderten ferner 5 Pf. Lohnzuschlag auf je 1000 Steine, der erst nächstes Jahr in Kraft treten sollte. Die Unternehmer wollten die 5 Pf. Zuschlag zahlen, nicht aber die 5 Proz. Mehrarbeit fallen lassen. Weil keine Einigung erzielt wurde, legten sämtliche Ziegler die Arbeit nieder.

Zur Tarifbewegung der Braunkohlenarbeiter in Mitteldeutschland.

Durch das Beharren der Grubenbesitzer auf dem Herr-im-Hause-Standpunkt hat sich die Lage auch in der Helmstedt-Döhrenleber Mulde bedeutend verschärft. Ähnlich wie im Teich-Weichenfelder Becken haben die Grubenbesitzer auch hier die Ausschuss- und Kommissionsmitglieder mit den Forderungen rundweg abgewiesen. Bezeichnend aber ist es, daß einige Grubenverwaltungen den Kommissionsmitgliedern erklärten, daß, wenn sie auch den Arbeitern entgegenkommen wollten, sie es nicht könnten, da sie sonst hohe Konventionalstrafen zu gewärtigen hätten. Würden die Arbeiter mit ähnlicher Schärfe vorgehen, da könnte man die Grubenbesitzer nicht genug über den Terrorismus der Arbeiterverbände schreien hören. Bei ihnen aber ist es kein Terrorismus, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Am Sonntag, den 7. Mai 1911, fand in Döhrenleben eine Konferenz der Arbeiterausschüsse und Lohnkommissionen statt, in welcher die Empörung der Bergarbeiter deutlich zum Ausdruck kam. Mancher der Delegierten konnte in der Erregung nur mit verhaltener Stimme berichten. Wei allen aber war der Schluss, eine solche Abfertigung haben wir nicht erwartet; wir müssen festhalten, wenn wir etwas haben wollen. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Da auch wir mit den Forderungen der Velegschaften rundweg abgewiesen sind, können wir den Velegschaften in den am 14. Mai einuberufenen Velegschaftsversammlungen nur empfehlen, die Kündigung einzuziehen. Alle friedlichen Wege haben wir erschöpft, ein anderer bleibt nicht. Wir können aber auch nicht unsere bescheidenen Forderungen fallen lassen. Ihr Durchdrücken ist uns bitter nötig, um überhaupt existieren zu können. Wir müssen darum alles versuchen, was menschlich möglich ist, um so mehr, als die Werke sehr wohl eine Lohnhöhung tragen können. Wenn wir trotzdem noch die Vergehörde und das Vergewergerrecht als Vermittlung anrufen, so beweisen wir dadurch, daß wir auch heute noch den Frieden wollen. Nicht wir wollen

den Streit, sondern jene, die uns auch nicht das geringste Zugeständnis machen und von einem brüßlichen Herrenstandpunkt aus uns den Kampf aufdrängen. Den Kameraden aber rufen wir zu: zeigt Disziplin und folgt der ausgegebenen Parole.“

Die bürgerliche Presse und die Grubenbesitzer behaupten stets, daß die gegenwärtige Lohnbewegung nur ein künstliches Werk der Organisationsleiter sei. Daß das nicht der Fall ist, muß eine Grubenverwaltung zu ihrem Leidwesen jetzt schon einsehen. Auf der Grube Glindau und Anna haben nach einem bürgerlichen Bericht 90 Proz. der Belegschaft in den letzten Tagen gekündigt, um sich anderweitig nach Arbeit umzusehen. Diese Massenkündigung ist unter allen Umständen auf das Verhalten der Betriebsverwaltung zurückzuführen.

Wir eruchten alle Gewerkschafts- und Parteigenossen, die vor dem Kampf stehenden, schlechtentlohnerten Bergarbeiter zu unterstützen, indem sie mit aller Kraft jeden Zugzug nach dem Helmstedt-Weichenfelder Braunkohlenbecken fernhalten. Arbeitssuchende wollen, bevor sie Arbeit im dortigen Bezirk annehmen, sich bei dem Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Joseph Briewig in Schöningen, Neutor Nr. 8, Auskunft einholen.

Der Streik der Waldenburger Straßenbahner und Elektrizitätsarbeiter ist am Sonntagmorgen, wie schon telegraphisch gemeldet, zum Ausbruch gekommen, nachdem die Direktion jede Verhandlung mit den Organisationen ablehnte und sogar noch eine weitere Maßregelung eines Heizers vornahm. In einer Sonnabend Nacht stattgefundenen Versammlung aller Straßenbahner und Werksarbeiter wurde einstimmig die sofortige Niederlegung der Arbeit beschlossen. Von Sonntagmorgen ab fierte der Verkehr auf allen Linien im Waldenburger Industriegebiet ganz. Kein einziger Wagen verließ das Depot. Die Polizei erschien anfangs in großer Zahl vor dem Depot, zog sich aber, als es nichts für sie zu tun gab, wieder zurück, um dann später — mit neuen Revolvern bewaffnet — eine bis jetzt für Waldenburg ungewohnte Erscheinung — wieder zu erscheinen. Zu tun gab es natürlich zum Leidwesen der Scharmacher der Direktion nichts. Die Haltung der Streikenden ist musterhaft. Bis Montagmittag hatte die Direktion nur vier Streikbrecher, darunter einen Hirsch-Dunderschen Gewerbetreibler, zur Verbedung der Kessel des Elektrizitätswerkes aufreiben können, obgleich die Streikbrecher ein um 50 Prozent höherer Lohn versprochen wird, als ihn die Ausständigen fordern. Also ein Beweis dafür, daß es sich hier nur um eine Wagtprobe, um die Verweigerung des Koalitionsrechts handelt. Bereits am Sonntagmorgen wurde ein aufläutesendes Flugblatt an die mit den Streikenden sympathisierende Bevölkerung des Waldenburger Reviers verbreitet. Ausständig sind insgesamt 154 Mann, die im Transportarbeiter- und Metallarbeiterverband organisiert sind.

Ausperrung in der weisfällischen Textilindustrie.

Bei der Firma Koll in Coesfeld sind die Textilarbeiter seit Wochen ausständig; es handelt sich in der Hauptsache um christlich organisierte Arbeiter. Der Verband der Textilindustriellen des Münsterlandes hat beschlossen, den organisierten Arbeitern im ganzen Bezirk zu kündigen, wenn die Differenzen bei der Firma nicht beendet werden. Auf den Kündigungscheinen ist extra vermerkt, daß die Kündigung nur dann ausgeführt wird, wenn der Streik bei der Firma Koll nicht beendet ist. Es kämen bei dieser eventuellen Ausperrung 15 000 bis 20 000 Personen in Frage, meist Mitglieder des christlichen Verbandes.

Straßenbahnerstreik in Bremen.

In einer sehr stark besuchten Straßenbahnerversammlung wurde am Sonntag zum Dienstag mit 313 gegen 58 Stimmen der sofortige Streik beschlossen.

Seit Monaten garte es unter den Angestellten bereits und vor 14 Tagen konnte der sofortige Ausbruch eines Streiks nur durch die eindringlichen Ermahnungen des Zentralvorstandes, der die Zeit noch nicht für gekommen erachtete, vermieden werden. Die neueste Provokation hat aber allem die Krone aufgesetzt und den Angestellten den Kampf aufgezwungen. Es handelt sich dabei um den Fall des Fahrers Menze, der entlassen wurde, weil er angeblich in der Endstube während einer Pause die anwesenden christlich organisierten durch das Wort „Streikbrecher“ beleidigt hatte. Menze selbst gab in dem von ihm erstatteten Bericht bekannt, daß er lediglich aus der Zeitung über einen Tischlerstreik etwas vorgelesen habe, darin sei die Rede von Streikbrechern gewesen. Auf eine Beschwerde von 24 christlich organisierten hat nun die Direktion den Menze entlassen. Der Arbeiterausschuss hat dann zweimal versucht, die Direktion zur Zurücknahme zu bewegen, aber erfolglos. Weiter haben die Ausschussmitglieder sich zwecks Vermittelung an die Aufsichtsbehörde gewandt. Aber auch die lehnte, wie sie sagt, nach Einsicht der den Fall behandelnden Protokolle ein Einschreiten ab. Senator Duff betonte vielmehr, daß er der Direktion recht geben müsse. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Senator auf Wunsch der Straßenbahndirektion mit dieser ohne die Anwesenheit der Ausschussmitglieder verhandelte. Es ist also gar nicht zu kontrollieren, wie das Material ausgesehen hat, welches der Aufsichtsbehörde vorlag.

Die Dienstag nachmittag abgehaltene Versammlung ergab 325 Streikende außer den Streikposten. Die Stimmung ist vorzüglich. Die Direktion macht bekannt, daß sie die Streikenden als entlassen betrachtet. Auf den Hauptlinien fuhren heute innerhalb der Stadt zickzack zwanzig Wagen. Um 8 Uhr soll der Betrieb eingestellt werden. Als Arbeitswillige fungieren die im christlichen Verband organisierten. Vor den Depots sind Schutzleute postiert; es kam aber nicht zu Zwischenfällen. Die Streikenden verlangen neben der Wiedereinstellung des gemahregelten Kollegen den Wegfall der Strafgebühren, gleichmäßige Kündigungszeit und Anerkennung des Verbandes als gleichberechtigte Vertretung neben der christlichen Organisation.

Streik der Bäcker und Konditoren von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend.

Nachdem die Innungen die bescheidenen Forderungen der Arbeiter abgelehnt hatten, fand am Sonntag die entscheidende Versammlung der Gesellen, Gehilfen usw. statt. Der Vorsitzende der Hamburger Mitgliedschaft des Verbandes der Bäcker usw., Genosse Lehmann, berichtete eingehend über den Stand der Dinge und konstatierte, daß es mit der noch außen hin ausgesprochenen Einigkeit der Arbeitgeber nicht weit her sei, zumal erfreulicherweise schon ein großer Teil der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe den neuen Tarif anerkannt habe. Nach reger Aussprache wurde beschlossen, sofort überall da die Arbeit einzustellen, wo nicht der Tarif anerkannt werden sollte. Der Beschluss gelangte sofort zur Ausführung. Im Laufe des Sonntags bewilligten noch viele Betriebe, so daß am Montagvormittag von den im Städtelkomplex beschäftigten circa 1800 Gesellen usw. 1300 zu den neuen Bedingungen arbeiten. Von den Großbetrieben stehen nur noch zwei aus.

Die Minimallohne betragen 27—28 M. gegen bislang 26—28 Mark. Die Hauptforderung bildet aber die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Arbeitszeit (neuer Tarif) beträgt in Kleinbetrieben elf Stunden inklusive einer halben Stunde Pause, in Großbetrieben acht Stunden inklusive 30 Minuten Pause. Jedem Beschäftigten ist in der Woche eine ununterbrochene sechsunddreißigstündige Ruhepause zu gewähren. Der Mindestlohn für Konditoren beträgt 30 M.

Die Meisterjöhne und Daleskräuter, die von Winkmann (Vizepräsident der Hamburger Bürgerchaft) und Genossen zur Niederzwingung des Kampfes als Streikbrecher nach Hamburg abgeboten werden sollen, werden also Gelegenheit haben, die Einrichtungen der rüchftigsten und verkommensten Juden kennen zu lernen.

Versammlungen.

Wo bleibt die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe? Mit dieser Frage beschäftigte sich am Montag eine imposante Versammlung von Ladenangestellten, Warenhausangestellten, Verkäuferinnen, Verkäuferinnen usw., die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands nach den „Arminhallen“ einberufen worden war. Der große Saal und die Galerie waren bis zum letzten Platz gefüllt. Auch das weibliche Element war zahlreich vertreten. — Es handelte sich diesmal um das Bestreben der Handelsangestellten in offenen Verkaufsstellen, eine erweiterte Sonntagsruhe auf dem Wege zu erlangen, den § 105b Absatz 2 der Gewerbeordnung weist. Unter anderem heißt es dort: „Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen nicht länger als fünf Stunden beschäftigt werden. Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes (§ 142) kann diese Beschäftigung für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes auf kürzere Zeit eingeschränkt oder ganz unterlag werden.“ Die Frage der weiteren Beschränkung der Sonntagsarbeit in diesem Sinne hat nun Berlin und eine Reihe Vorortsgemeinden beschäftigt, andere wird sie noch beschäftigen. Die Sache geht aber nicht recht vorwärts, woran namentlich, abgesehen von den Bremjern auf seiten der Rückwärtler, die Tatsache wieder mal schuld ist, daß Groß-Berlin trotz irdlichen und wirtschaftlichen Zusammenhanges politisch keine Einheit, sondern eine Vielheit von Gemeinden und Gemeindevölkern ist. Berlin selber ist befangen in der Hauptsache gewillt, die Verkaufszeit an Sonntagen vom 1. Mai bis 30. September auf die Stunden von 8 bis 10 Uhr früh und vom 1. Oktober bis 30. April auf die Zeit von 12 bis 2 Uhr mittags zu beschränken. Auf den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln und auf den Handel mit Blumen soll die Bestimmung keine Anwendung finden. Der Berliner Magistrat hat den betreffenden Beschlüssen der Stadtverordneten zugestimmt, aber mit der Maßgabe, daß die Beschränkung der Sonntagsarbeit erst eintreten soll, wenn die übrigen Gemeinden von Groß-Berlin in dem Sinne beschlossen haben.

Der Referent, Stadtvorordner Ad. Ritter, behandelte eingehend die Materie und legte auch dar, daß man unter Umständen recht lange auf die erweiterte Sonntagsruhe warten könne, wenn die städtischen Behörden die Maßgabe des Magistrats als entscheidend behandeln würden. Wie die Sonntagsruhe des Vorwärts“ ergeht, weichen die Beschlüsse der Vorortsgemeinden, die für erweiterte Sonntagsruhe seien, von den Berliner Beschlüssen zum Teil ab und seien auch unter sich nicht gleich. So sei mit jener Maßgabe des Berliner Magistrats bezüglich der Inkraftsetzung der Gemeindebeschlüsse die schönste Grundlage für eine Verkürzung auf unbestimmte Zeit gegeben. Das zahlreiche Erscheinen der Angestellten in der Versammlung beweise, daß sie protektieren wollten gegen die Hinausjagerung des erweiterten Schutzes. Im übrigen sei Neben der Meinung, daß der Magistrat überhaupt kein Recht habe, den Stadtverordnetenbeschlüssen, denen er zustimme, einseitig eine solche Klausel hinzuzufügen. Er hoffe und wünsche im Interesse der Handlungsgehilfen und Gehilfen und im Interesse des kulturellen Fortschritts, daß das Verlangen der Angestellten nach völliger oder doch erweiterter Sonntagsruhe bald erfüllt werden möge. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion wurde energisch Protest erhoben gegen eine eventuelle Verschleppung des in Aussicht stehenden kleinen Fortschritts.

Ein stimmige Annahme fand dann folgende Resolution: Die Versammlung bedauert, daß die Gemeindebehörden von Groß-Berlin erst jetzt von ihrem Recht, die Sonntagsarbeit in den offenen Verkaufsstellen zu verkürzen, Gebrauch machen. Ueberdies ist das in durchaus ungeeigneter Weise und nur von einigen Gemeinden geschehen. Der Magistrat von Berlin wird dringend ersucht, sich an der bereits vorliegenden Zustimmung von Char-Lottberg, Schöneberg, Rixdorf usw. genügen zu lassen, da es überflüssig ist, das Inkrafttreten des Ortsstatuts bis zum Eintritt des kleinsten Vororts zu verschleppen. Magist jedoch der Berliner Magistrat, daß die vorliegenden Zustimmungen nicht genügen, so wird er aufgefordert, sogleich eine Konferenz der in Betracht kommenden Instanzen einzuberufen, um durch persönliche Besprechung die Regelung der Sonntagsruhe so zu beschleunigen, daß die Verkürzung der Sonntagsarbeit spätestens Pfingsten dieses Jahres eintritt.“

Letzte Nachrichten.

Vom mexikanischen Kriegshaupplak.

El Paso, 9. Mai. (B. T. B.) Bei dem Angriff auf Juarez entwickelten sich verwickelte Straßenkämpfe. Die Aufständischen drangen in die Hauptstraßen von allen Seiten ein, ohne sich um die Verschanzungen zu kümmern. Die Verteidiger feuerten aus Fenstern und Haustüren. Der Kommandant ließ auf den Hauptstraßen und Kreuzungen Maschinengewehre aufpflanzen. Die Verteidiger zogen sich in die hügeligen Teile der Stadt zurück. Die Zahl der Toten wird bereits auf 300 geschätzt, darunter 15 amerikanische Kämpfer. Oberst Steever ist angewiesen, sein Möglichstes zur Durchföhrung der Neutralitätsgesetze zu tun und die Amerikaner von der Feuerzone fernzuhalten. Alle hiesigen Dächer sind mit Zinkblechern angefüllt.

Washington, 9. Mai. (B. T. B.) Der Umstand, daß Modero anscheinend die Kontrolle über sein halborganisiertes Rebellenheer verloren hat, erweckt hier die größte Besorgnis. Wie aus San Diego (Kalifornien) gemeldet wird, haben die Aufständischen einen Teil der eingenommenen mexikanischen Grenzstadt Tia Juana niedergebrannt. Auf beiden Seiten sind schwere Verluste zu verzeichnen.

Eine Familientragödie.

Gablonz, 9. Mai. (B. T. B.) In einem Leich bei Reinetz wurden die zusammengebundenen Leichen des tschechischen Arbeiters Josef Keller, seiner Frau und einer 9jährigen Tochter und bald darauf die ebenfalls zusammengebundenen Leichen eines elfjährigen Sohnes und einer zweijährigen Tochter gefunden. Aus einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß die Familie aus Verzweiflung in den Tod gegangen ist.

Vier Arbeiter verunglückt.

Saarbrücken, 9. Mai. (B. T. B.) Bei einem Kleinbahnunfall in der Nähe von Endorf stürzte heute nachmittags auf einem probierischen Damm eine unter Dampf stehende Lokomotive um, da das Erdreich nachgab, und begrub vier Arbeiter unter sich. Ein Deutscher wurde sofort getötet, ein Italiener wurde tödlich verletzt. Die beiden anderen wurden mit Knochenbrüchen und durch das aus dem Kessel strömende heiße Wasser verbrüht, herangezogen.

Folgschwere Explosion.

Charkow, 9. Mai. (B. T. B.) In einem Lager von Feuerwerkskörpern hat eine Explosion stattgefunden, bei der fünf Personen ums Leben kamen.

Schredliches Brandunglück in China.

Peking, 9. Mai. (Weldung des Reuterschen Bureau.) Nach einer telegraphischen Meldung aus Kizin ist die Hälfte der hauptsächlich aus Holzgebäuden bestehenden Stadt niedergebrannt. Ein großer Verlust an Menschenleben und ein ungeheurer Verlust an Eigentum sind zu verzeichnen.

Die Reichsversicherungsordnung

im Plenum des Reichstages.

Andauernd tragen im Reichstage fast ausschließlich die Sozialdemokraten die Kosten der Debatte. Ebenso andauernd aber werden auch alle Verbesserungsanträge unserer Genossen niedergestimmt. Die gegnerischen Parteien fühlen sich gar nicht verpflichtet, ihre arbeiterfeindliche Haltung auch nur mit einem einzigen Worte zu rechtfertigen. Auch dem indifferentesten Arbeiter dürfte es bei dieser Gelegenheit klar werden, wie es in Wirklichkeit mit der vielgerühmten Arbeiterfürsorge der bürgerlichen Parteien aussieht. Nicht Sozialpolitik, sondern brutale Interessenspolitik ist es, die die Gegner zu ihrem Handeln bestimmt. Wie wenig die Arbeiter von dieser reaktionären Gesellschaft zu erwarten haben, zeigen die nachfolgenden Beschlüsse zur Krankenversicherung.

Der Bundesrat bestimmt, wie weit vorübergehende Dienstleistungen versicherungsfrei sind. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Befreiung nur bei solchen Dienstleistungen eintreten darf, die nicht über eine Woche hinausgehen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Versicherungsfrei sind ferner die in Betrieben oder im Dienste des Reiches usw. Beschäftigten, wenn ihnen gegen ihre Arbeitgeber ein Anspruch zusteht, der den Mindestleistungen der Krankenkassen gleichwertig ist.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Befreiung nur dann eintreten darf, wenn den Beschäftigten die fahungsgemäßen Leistungen der Krankenkassen gewährt werden.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, die Befugnis der obersten Verwaltungsbehörde zu streichen, sogar solche Personen von der Versicherungspflicht zu befreien, die in Betrieben oder im Dienste nicht öffentlicher Körperschaften oder als Lehrer und Erzieher an nicht öffentlichen Schulen oder Anstalten beschäftigt sind.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien,

mit Ausnahme des freisinnigen Abgeordneten Pfundner.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß der nur noch zu einem geringen Teile arbeitsfähige Arbeiter von der Versicherungspflicht befreit wird.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien,

mit Ausnahme der Polen.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, daß die Personen, die bei Arbeitslosigkeit in Arbeiterkolonien oder ähnlichen Wohltätigkeitsanstalten vorübergehend beschäftigt werden, und von der Versicherungspflicht befreit sind, wenigstens Krankenpflege, also Arzt und Medizin, im Falle einer Krankheit erhalten sollen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Handlungsgeldbesitzer und sonstigen Angestellten sowie die kleinen Unternehmer auch dann der Versicherung freiwillig beitreten können, wenn ihr Jahreseinkommen höher als 2000 M. ist.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Durch Satzung der Kasse kann das Recht zum Besitz von einer bestimmten Altersgrenze und von der Vorlegung eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses abhängig gemacht werden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Benachteiligung nur für solche Personen zulässig ist, die nicht unmittelbar vorher einer anderen Krankenkasse angehört haben.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien,

mit Ausnahme der Polen.

Der Schumann-Spekulant.

Herr Walherbe versucht sich zu rechtfertigen. Am Sonnabend haben zwei Pariser Tageszeitungen, „Journal“ und „Paris-Journal“, den Originaltext des vom „Vorwärts“ veröffentlichten Briefes mitgeteilt und am Sonntag brachten beide Blätter sowie die „Comédie“ Interviews mit dem ausgezeichneten — mit dem preussischen Kronenorden ausgezeichneten Mann. Sein Hauptargument ist Folgendes: „Ich lieg' und besitz'“. Die Manuskripte, die man von mir verlangt,“ sagte er dem Redakteur des „Journal“, „sind unstrittig mein Eigentum, so daß ich das Recht hätte — „gebrauchen und mißbrauchen“ sagt das Gesetz — sie zu vernichten, wenn ich wollte.“ Herr Walherbe versichert indes, daß er — was wir übrigens gar nicht bezweifeln — dies nicht zu tun denkt und auch nicht die Absicht hat, sie ewig geheimzubehalten. Will er etwa nur möglichst viel Geld aus ihnen herauszuschlagen? Die deutschen Arbeiterkämpfer hätten ihm gar nichts angeboten, erklärt er ganz wild. In seinem Zorn über ihre vermutete Infolgenz verwickelt sich der Wadere in allerhand Widersprüche. Wenn es wirklich der Wille Schumanns war, der ihm die Mittelung der Kopien verbot — „Die Stimme des Toten ist heilig“, heißt es pathetisch in seinem Brief — wie kommt es dann, daß er „gar nicht die Absicht hat, sie geheimzubehalten“? Ist der Wille des Toten ein Handelsobjekt? Aber die Verantwortung des Herrn Walherbe selbst zeigt, daß die Behauptung von einem auf die Chöre bezüglichen Willen Schumanns ein dreifacher Schwindel ist.

Schumann hat die Chöre 1848 komponiert. Daß er sie in den folgenden Reaktionsjahren nicht veröffentlicht hat, ist nur allzu begründet, aber wo leidet Herr Walherbe die Absicht dauernder Geheimhaltung her? Wäre diese vorhanden gewesen, hätte sich Schumann selbst am besten ihrer Verwirklichung verschließen können — durch die Vernichtung der Manuskripte. Herr Walherbe möge sich begnügen, ein geriebener Autographenhändler und tüchtiger Handelsmann zu sein, die Gemütsseite lasse er lieber unberührt! In seinem Brief schrieb er: „Die Chöre waren in den Händen von Schumanns Familie geblieben, bis sie in die meinen kamen.“ Das möchte glauben machen, Walherbe habe die Manuskripte etwa von pietätvollen Verwandten anvertraut erhalten und hätte ein vor der Welt fromm geborgenes Heiligum. Jetzt erzählt er aber selbst: „Ich habe die Manuskripte etwa vor zehn Jahren in einer Versteigerung gekauft.“ Die Schumannschen Erben haben sie also ohne Bedenken und ohne Bedingungen auf den offenen Markt gebracht. Nein — es ist kein Reliquienhändler, worin sie Herr Walherbe geborgen hat, sondern ein profanes Spinn für Vorkampfpapier.

Ein wenig aber spürt der Gute doch, daß es trotz allen bürgerlichen Codices eine Ungeheuerlichkeit ist, die Werke eines Genies, das sind die kostbarsten Wägen des schaffenden allgemeinen Menschengeistes, der menschlichen Gesamtheit vorzuenthalten, und so jetzt er hinzu, daß die Schumannschen Chöre keinen besonderen künstlerischen Wert repräsentieren. Das klingt freilich schon anders als die Stelle des Briefes, die sagt: „Die Autographen haben einen um so

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die von der Kommission geforderte Befugnis des Gemeindeverbandes und der Krankenkasse, das Recht zum freien Beitritt noch anderen Personen zu gewähren, wieder hergestellt wird.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten forderten, daß die haren Leistungen unter allen Umständen nach dem durchschnittlichen Tagesverdienst der Versicherten berechnet werden sollen (Grundlohn), so daß die im Entwurf vorgeschlagene geringere Bemessung des Geldes ausgeschlossen ist.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, nach der für die Landkrankenkassen noch geringeres Krankengeld als für die Ortskrankenkassen gewährt werden kann.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten forderten, daß den Kranken nicht nur die sogenannten Kleineren, sondern alle Heil- und Hilfsmittel gewährt werden, die erforderlich sind, den Erfolg des Heilverfahrens zu sichern oder die Nachteile der Kranken zu mildern.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten forderten, daß das Krankengeld in der Höhe des vollen Grundlohnes gewährt und nicht so, wie es in der Vorlage vorgeschrieben ist, auf den halben Betrag beschränkt wird.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten forderten, daß das Krankengeld für jeden Tag und nicht nur für den Arbeitstag gewährt wird.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien,

mit Ausnahme der fortschrittlichen Abgeordneten Träger und Fegter.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß das Krankengeld nicht erst vom vierten Tage, sondern bereits vom ersten Tage ab gewährt wird.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Nachdem die vorstehenden Anträge abgelehnt waren, beantragten die Sozialdemokraten, daß das Krankengeld wenigstens im Betrage von drei Vierteln des Arbeitsverdienstes statt des halben Arbeitsverdienstes gewährt wird.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien,

mit Ausnahme der Polen, des freisinnigen Abgeordneten Koberl und des Danen Hansen.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß das Krankengeld vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit wenigstens bei solchen Krankheiten gewährt werden muß, die länger als eine Woche dauern, zum Tode führen oder durch Betriebsunfall verursacht worden sind.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Krankenhauspflüge gewährt werden muß (nicht nur kann), wenn sie nach dem Gutachten des behandelnden Arztes notwendig ist oder wenn der erwerbsunfähige Kranke einen eigenen Haushalt nicht hat und die Krankenhauspflüge verlangt.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Kasse eine Hauspflegerin stellen muß (nicht nur kann), wenn die Leiterin des Haushaltes erkrankt und durch ihre Erkrankung an der ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung des Haushaltes verhindert ist, und diese Leistung von der Kranken und deren Ehemann verlangt wird.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

größerer Wert, als sie ein von niemandem gekanntes Werk darstellen.“

Da die Chöre selbst in die öffentliche Domäne gefallen sind, also die Freiheit ihrer Reproduktion ungewiss ist, stellen sie kein einer ergiebigen buchhändlerischen Ausbeutung fähiges Objekt dar und empfangen ihren Wert hauptsächlich aus ihrer Manuskriptnatur. Voraus hervorgeht, daß Herr Walherbe durch die Abgabe einer Kopie nicht allzu viel verloren hätte, wofür er nicht auf einen Käufer spekuliert, der just das Vergnügen bezahlet will, das Werk eines großen Meisters aus Privatwille unter dauerndem Verschluß zu halten oder zu zerstören. Herr Walherbe will indes gar nicht als ein so schänder Handelsmann gelten. Er erklärt sich entschlossen, seine Autographensammlung dem Pariser Konservatorium zu vermachen. Und dies trotz der Undankbarkeit seines Vaterlandes, das, wie er sagt, zum Unterschied von unterschiedlichen Souveränen, die ihn für seine „stets aus Liebe zur Kunst“ geleisteten Arbeiten ausgezeichnet haben, sein Skopfloch ohne den verdienten Schmutz gelassen hat.

Walherbe erwähnt, daß er die Herausgabe der Chöre auch schon der österreichisch-ungarischen Votschaft, als sie für einen Verein intervenierte, versagt hat — offenbar hat die Votschaft das bei dieser Gelegenheit angezeigte gleichzeitige Ordensangebot unterlassen. Aber er hat die Manuskripte schon früher seinen Freunden, Musikern und Musikwissenschaftlern, gezeigt. Daß Berliner Sozialisten die Chöre singen, paßt ihm nicht. Sie sollen ihn „in Ruhe lassen“, meint er etwas unhöflich und beinahe mit etwas chauvinistischem Akzent. Dieser Beamte der französischen Republik tut keinem Deutschen etwas zu Liebe, außer Wilhelm II., vor dem er in widerlichen byzantinischen Eifer steht. Er will die Chöre auch nicht „revolutionären Truppen geben, die sie ohne Zweifel sehr schlecht singen würden“. Daß Robert Schumann sie just für „revolutionäre Truppen“ und nicht für Krieger vor Königsthronen komponiert hat, geniert den würdigen Tempelwächter nicht.

Es sei übrigens bemerkt, daß Walherbe in der Pariser Presse einen Verteidiger gefunden hat. In „Gil Blas“ schreibt der Musikkritiker Georges Pioch seinem „Kollegen und Freund“ Walherbe zur Liebe einen geistreich tuenden Widsinn zusammen, der schon durch den Titel: „Unerwartete Ehrfurcht“ charakterisiert wird. Herr Walherbe wird als unheimlich und unerbittlicher Hüter eines geweihten Gutes vorgestellt!

Die Interviews geben ein erbärmliches Bild der Persönlichkeit, der der französische Staat die Verwaltung der Schätze der Opernbibliothek anvertraut hat. Sie beweisen auch genau, was wir dargelegt haben: Die Kulturwidrigkeit der bürgerlichen Eigentumsbegriffe, der den Krümmigkeit und subalterne Eitelkeit zu absoluten Herren über ideale Schätze der Menschheit macht. Herr Walherbe besitzt, wie er als rellapies-lundiger Geschäftsmann bei dieser Gelegenheit gratis in der Bourgeoispreß amonciert, noch andere ungedruckte Manuskripte von Autoren wie Mozart, Beethoven, Chopin, Mendelssohn usw. Um so schlimmer. Ein Beethoven hat wirklich nicht darum in tiefsten Welt- und Menschheitsgefühlen leidensvoll Werke geschaffen, damit ein kleiner Bibliothekar, unter dem Schutze eines Paragraphen, Profite erwachtet und Verdendkreuze erzieht.

Die Sozialdemokraten verlangten, daß als Hausgeld für die Angehörigen derjenigen, die in einem Krankenhause untergebracht sind, statt des halben Krankengeldes drei Viertel desselben bezahlt werden soll.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß das Krankengeld gefürzt werden kann, wenn der Kranke mehreren Versicherungen angehört und aus diesen zusammen an Krankengeld mehr als den vollen Betrag seines Arbeitsverdienstes erhält.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Darauf beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens das Krankengeld nicht mitgerechnet wird, auf das der Kranke keinen Rechtsanspruch hat.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien,

mit Ausnahme der Polen und des Zentrumsabgeordneten Giesberts.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Kasse wenigstens die Befugnis zusteht, das Krankengeld nicht nur bis auf drei Viertel, sondern bis auf den vollen Betrag des Grundlohnes zu erhöhen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß es der Krankenkasse wenigstens freigestellt werde, durch Statut das Krankengeld unter allen Umständen bereits vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit an zu gewähren und nicht nur bei solchen Krankheiten, die länger als eine Woche dauern, zum Tode führen oder durch Betriebsunfall verursacht worden sind.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Kranken, die sich ihre Krankheit durch eigene Schuld zugezogen haben, kann in gewissen Fällen das Krankengeld ganz oder teilweise versagt werden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß dann, wenn diese Kranken Angehörige haben, deren Unterhalt sie ganz oder überwiegend bestritten haben, diesen Angehörigen das Krankengeld ausgezahlt werden muß.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien,

mit Ausnahme des Abg. Neumann-Dosser.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß die Krankenkasse zur Befestigung eines höchst betrags für kleinere Heilmittel und zu einem Zuschuß zu kleineren Heilmitteln die Zustimmung des Oberversicherungsamtes haben müsse.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Reichstag.

170. Sitzung. Dienstag, den 9. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt, und zwar bei den §§ 210—213 (Wochenhilfe) und den dazu gestellten Anträgen.

Abg. Aufnagel (L.): Unser gestern von dem Abg. Zyl begründeter Antrag (bei Wöchnerinnen, die in der Landwirtschaft oder als Diensthilfen tätig sind, die Gewährung der Wochenhilfe durch Satzung zu regeln) scheint nicht ganz klar gefaßt zu sein. Wir ziehen ihn deshalb vorläufig zurück. (Geisterleit.)

Abg. Dr. Kudan (Sp.): Der soeben vorläufig zurückgezogene Antrag ist schon deshalb unannehmbar, weil in den Landkrankenkassen die Versicherten selbst gar keine Vertretung haben und auf die Gestaltung der Satzung keinen Einfluß haben. — Unsere Anträge decken sich inhaltlich mit denen der Sozialdemokratie, indem sie die Leistungen der Kassen für die Mütter und Säuglinge obligatorisch machen wollen. Es hat mich geschmerzt, daß der

Humor und Satire.

Studentenstreiche.

Einen Akt des Muts, einen höchst potenten, begingen in Straßburg die Herrn Studenten.

Die waren erschienen zwecks Hurrabruhlung In corpore da zur Denkmalenthüllung.

Mit flatternden Fahnen und bunten Bändern Standen sie stramm an des Platzes Randern.

Nicht hinter dem schneidigen (welche Ehre!) Rings aufmarschierten Stadtmilitäre.

Das aber paßte mit einem Male Schlecht dem gestrengen Herrn Generale.

Der ihnen gebot, dort wegzuspazieren Und mehr sich nach rückwärts zu konzentrieren.

Die Herren Studenten, mit Wändern und Fahnen, Liehen sich nicht vergeblich mahnen.

Sie haten nicht höflich: „Peccavi, pater!“ Sondern schritten zurück zur Alma mater.

Und beschloßen, trotz Rektor und Erzellenzen, Den ganzen Enthüllungstrummel zu schwänzen.

O tapfre Jugend, steifnackig und edel, Du, nicht geschaffen zum Schwefelgewedel!

Du, stark und markig, wie Bodans Eiche: Das nenn' ich wahrre Studentenstreiche!

Doch nach dem Akte, dem rigorosen, Ziel ihnen plötzlich das Herz in die Fosen.

Sie haben drum stürmisch dem Kaiser gehuldigt Und sich devot ob des Vorfalls entschuldigt.

Auch legten sie Kränze am Denkmal nieder; O Musterjugend! Teutisch, frund und bieder!

Wichel.

Notizen.

— Nichts als Poffen. Mit welchen künstlerischen Versprechungen begann vor einigen Jahren das Heibel-Theater! Und was wurde daraus? Auf dem Umwege über das Moderne Theater, das kein Lustspiel fand, ist es nun glücklich zur Dependance des Berliner Theaters geworden. Es will dort den im Hauptbetriebe durch die profillische Poffe „Bummelstudenten“ verdrängen „Lafum“ weiter abgrasen lassen. Auch im Berliner Theater herrscht statt des angefordigten literarischen Programms, das ordigere Kassenstück vor. Unsere Bühnen sind eben nichts als kapitalistische Anstalten. Dem investierten Kapital ist die Kunst natürlich gleichgültig, es sucht Profit, und irgend ein Schmarren ist ihm lieber als alle Kunst, wenn er Repertoirstück wird.

Herr David zwischen der bürgerlichen und proletarischen Frau einen Unterschied machte und die bürgerliche Frau im Gegensatz zur proletarischen als eitel und genussüchtig hinstellte. Das ist nicht richtig. Es geht ein hoher idealer Zug durch die bürgerlichen Frauen; der heftigste Wunsch auch der bürgerlichen Frauen ist es, ihre Kinder selbst zu stillen. Ein ausreichender Mutter- und Säuglingschutz allein kann die Zukunft unseres Volkes sicher stellen. Deshalb darf die Regierung lediglich wegen der Kosten kein entgegenstehendes. Nehmen Sie daher unsere Anträge an. (Bravo! d. d. Wp.)

Herr Hausmann (nat.): Auf die ausführlichen Verhandlungen der Kommission und vor allem auf die Kosten nehmen die Sozialdemokraten keine Rücksicht. Wie können Sie da von uns bei einem Gesetz von mehr als 1700 Paragraphen eine ausführliche Diskussion erwarten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dr. David hat gestern hier einen ausgezeichneten wissenschaftlichen Vortrag gehalten. Aber dazu ist die Tribüne des Reichstages nicht da. (Widerspruch links, Zuruf: Wozu denn?) Was sollen wir denn auf diese Rede antworten? (Große Heiterkeit.) Wir können uns hier doch nicht über die Konstitution der Frau und die Schönheit der Frauenhitze unterhalten. Wenn irgend einer den Wunsch hat, daß für Mutter- und Säuglingschutz alles geschieht, was irgend möglich ist, so sind es meine politischen Freunde. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es darf bloß nichts kosten.) Die Abgg. Mugdan und David machen es sich sehr leicht; sie sagen, was gegen sie vorgebracht wird, bezieht sich lediglich auf die Kosten. Nun, in der Kommission ist festgestellt, daß die Durchführung aller sozialdemokratischen Anträge mehr als eine Milliarde kosten würde. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Die Krankenversicherung müßte bei Annahme des Antrages Albrecht auf eine ganz andere finanzielle Basis gestellt werden. Die Versicherten werden solche unerschöpflichen Forderungen richtig einzuschätzen wissen. Wenn die Versicherungsordnung zustande kommen soll, ist es notwendig, daß möglichst wenig an den Kommissionsbeschlüssen geändert wird. Daher stimmen wir gegen alle Änderungsanträge. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Herr Freiherr v. Camp (Rp.): Auch ich halte es für eine Pflicht der bürgerlichen Gesellschaft, energische Maßnahmen gegen die Säuglingssterblichkeit zu ergreifen. Die freie Liebestätigkeit hat in der letzten Zeit auf diesem Gebiete schon großes geleistet und die Erfolge werden sich bald zeigen. Es wäre ganz unbillig, diese Aufgabe der Krankenversicherung zu überweisen, zu der die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zahlen. Wir halten ebenfalls an den Kommissionsbeschlüssen fest. Der Hinweis auf die geringere Säuglingssterblichkeit in Belgien, Norwegen usw. betrifft gar nichts, denn diese Länder haben ja gar keine soziale Fürsorge. Da muß also die geringere Sterblichkeit an anderen Gründen liegen, vielleicht ist auch die Statistik mangelhaft. Das einzig Annehmbare wäre für uns die Gewährung der Hebammenhilfe bei der Geburt. Das gehört wirklich zur Krankenversicherung. Vielleicht ist darüber bis zur dritten Lesung eine Verständigung möglich.

Herr Hock (Soz.): Unsere Anträge werden ungenügend genannt. Herr v. Camp meinte, die Wöchnerinnenfürsorge sei nicht Sache der Krankenkasse, sondern der ganzen Gesellschaft. Nicht nur die Wöchnerinnenfürsorge, sondern die gesamte Arbeiterversicherung ist Sache der bürgerlichen Gesellschaft. Haben Sie denn Bismarcks Wort von der Verletzung des praktischen Christentums vergessen?

Die Arbeiter werden mit so wenig Lohn abgefunden, daß sie im Falle der Krankheit nicht für sich selbst sorgen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Wöchnerinnenfürsorge kann also von der Krankenkasse nicht abgetrennt werden.

Welche Sicherheit besteht denn, daß auf dem Wege der Wohltätigkeit etwas geschieht. In den Kommunen unterbleibt die unbedingte notwendige Fürsorge für die Wöchnerinnen aus Mangel an Mitteln, als Folgeerscheinung steigen die Krankenziffern, eine schwächliche Generation wird herangezogen und die Krankenkassen werden belastet. Deshalb ist die Fürsorge für die Mutter und das heranwachsende Kind aus engster mit den Krankenkassen verbunden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kosten für diesen Teil unserer Anträge würden nicht eine Milliarde betragen, sondern 70 Millionen Mark jährlich und davon tragen die Arbeiter zwei Drittel. Es ist das eine große Belastung, aber die Arbeiter sträuben sich nicht, dieses große Opfer für Frau und Kind zu bringen. Da müßte doch den Arbeitgebern die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn hier ihre Vertreter auftreten und sagen, sie können die Kosten nicht tragen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen.) Herr v. Camp meint, man könne die Arbeiter um so weniger mit diesen Kosten belasten, als der Antrag auf Häufelung der Beiträge nicht angenommen sei, wir hätten dieses Geschenk für die Arbeiter abgelehnt. Vor solchen Geschenken muß gewarnt werden, das sind

vergiftete Geschenke.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie wollten sie den Arbeitern geben, um ihnen ihre Rechte zu nehmen, und als die Arbeiter zu vornehm waren, um ihre Rechte zu schwächen, da haben Sie ihnen die Kosten gelassen und die Rechte entzogen, das ist Ihre Vornehmheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hausmann meint, die Kosten müßten auf andere Weise aufgebracht werden. Gewiß, man soll sie nicht von dem Arbeitslohn nehmen, sondern von dem Ueberfluß. Der Staatssekretär Dr. Debraud hat auseinandergesetzt, daß das deutsche Volk jedes Jahr vier Milliarden erspart, wovon eine Milliarde auf die kleinen Leute kommt. Es bleiben also noch drei Milliarden übrig bei den Reichen und Reichsten. Nehmen Sie davon nur eine Milliarde und führen Sie einige Verbesserungen durch, so werden viele Kränken getoadet und der Gesamtzustand wird ein Dienst geleistet, ohne daß dazu das Geld der kleinen Leute nötig ist. Aber Sie wollen nichts bewilligen, weil Sie die Reichen und Reichsten nicht belasten wollen.

Herr Hausmann nannte die Rede Davids agitatorisch. (Widerspruch des Abg. Hausmann.) Wenn Sie nichts Unschönes darin gefunden haben, so müssen Sie konsequenterweise für unsere Anträge stimmen. Ich vermahne mich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß unsere Anträge unsachlich sind, sie sind sämtlich im Interesse der Arbeiter gestellt und liegen im Rahmen des Möglichen und Durchführbaren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Hausmann sagt, das Gesetz soll unter allen Umständen durchgebracht werden, die Arbeiter werden lieber den Sperling in der Hand haben wollen, als die Taube auf dem Dache. Nun, die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb, das Gesetz müsse durchgebracht werden, um zu verhindern, daß es vor dem neuen Reichstag kommt, weil dann ein Gesetz zustande kommen würde,

das den Interessen der Arbeiter besser entspricht.

Das Gesetz wird ja nicht einer Partei zuliebe gemacht, sondern das absolute Notwendige wird Ihnen abgerungen und abgezogen. Es schweben ja jetzt noch Verhandlungen zwischen der Regierung und den Konföderierten, und es gibt viele unter Ihnen, die das Gesetz gern noch scheitern lassen möchten. Sehen Sie sich also nicht aufs hohe Pferd. Was hier geschaffen wird, wird unter allen Umständen das Beste sein, was geschaffen werden kann; ob es aber fertig wird, wollen wir noch abwarten. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Stelle (Soz.):

Wer irgend Gelegenheit hat, einen Einblick in das Leben der Arbeiterfamilien zu nehmen, wird mit mir der Ueberzeugung sein, daß in bezug auf den Kinderschutz, die Wöchnerinnen- beihilfe, Säuglingshilfe es notwendig ist, einzugreifen. In erster Linie verlangen wir einen wirksamen Schutz für die Schwangeren, es soll ihnen Geburtsbeihilfe geleistet werden. Niemand kann sagen, daß das nicht im Interesse der Wöchnerinnen und der

Gesamtheit liegt. Nun behauptet man, es sei nicht durchführbar. Aber das sind nur Vorwände. Die Statistik zeigt uns, daß in Industriebezirken in bezug auf die Gesundheit der Säuglinge die aller schlimmsten Verhältnisse herrschen, besonders groß ist die Sterblichkeit unter den unehelichen Säuglingen. Man scheut sich vor den Kosten. Aber wer trägt denn die größten Lasten. Die indirekten Steuern sind von Jahr zu Jahr gestiegen, und diese kommen doch nicht aus den Taschen der Reichen und Reichsten, sondern aus denen der Armen und Notleidenden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Darf man bei Kulturfragen überhaupt einwenden, daß die Kosten zu hoch sind? Bei den Forderungen für das Heer machen Sie diesen Einwand nicht, für das Heer sind seit der Reichsgründung mehr als

23 Milliarden

ausgegeben. Vergleichen Sie doch damit einmal die Summen, die wir für die Notleidenden fordern. Ebenso sind die Ausgaben für die Marine dauernd gestiegen und gedeckt sind alle diese Ausgaben zum großen Teil durch indirekte Steuern. Da haben Sie sich nie vor den Kosten gescheut, nur bei einer solchen Kulturfrage sagen Sie: Nein, die Mittel sind nicht auszubringen. Wer von der Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Forderung überzeugt ist, darf die Einführung der Geburtsbeihilfe nicht den Satzungen der Kasse überlassen, am wenigsten denen der Landkrankenassen, bei denen die Versicherten überhaupt kein Wahlrecht haben. Sie klagen über die Landflucht Ihrer Arbeiter. Diese muß ja noch größer werden, wenn die Arbeiter auf dem Lande auch in bezug auf die Krankenversicherung schlechter gestellt sind wie die in der Stadt. Wer dafür stimmen will, daß das Deutsche Reich weiterhin als Kulturland gelten soll, muß für unsere Anträge stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Kulerstki (Pole) erklärt, daß seine Freunde für den Antrag Albrecht nur insoweit stimmen könnten, als er von der Gewährung der Hebammenhilfe und des Stillgeldes handelt. Damit schließt die Debatte.

Herr David (Soz., persönlich):

Herr Mugdan hat aus meiner gestrigen Rede herausgehört, daß ich den bürgerlichen Frauen den Vortritt gemacht hätte, sie wollten aus Eitelkeit ihre Kinder nicht stillen. Es ist mir nicht eingefallen, den bürgerlichen Frauen im allgemeinen einen solchen Vortritt zu machen, ich habe vielmehr nur auf einen Jurist aus der Mitte des Hauses gesagt, daß es allerdings gewisse Damen gäbe, die aus Eitelkeit ihren Kindern die Brust nicht reichen.

In der Abstimmung wird der Antrag Albrecht abgelehnt. Die Abstimmung über den Teil des Antrages, der Gewährung von Hebammendiensten und ärztlicher Behandlung an Wöchnerinnen sowie Wöchlingen in der Höhe des Krankengeldes während der ersten acht Wochen nach der Niederkunft verlangt, ist eine namentliche. Der Antrag wird abgelehnt mit 240 gegen 63 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

Ebenso wird der Antrag Mugdan (Rp.), der obligatorische Gewährung von Hebammendiensten und ärztlicher Hilfe durch die Krankenkassen wünscht, in namentlicher Abstimmung mit 182 gegen 122 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen von den Nationalliberalen u. a. auch die Abgg. Hund, Thoma, Kochan, Conze, Wachhorst, de Wente, Kiege, Trautmann, sowie der Lothringer Grégoire und der fraktionslose Dr. Boehme.

§ 214 bestimmt: Als Sterbegeld wird beim Tode eines Versicherten das Zwanzigfache des Grundlohnes gezahlt.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will hinzufügen: „mindestens 60 Mark“.

Herr Kocke (Soz.):

Der Zweck der Versicherung soll doch sein, mindestens vor der aller bittersten Not zu schützen. Denn wenn nicht einmal dieser Zweck erreicht wird, wie kann man dann ein solches Aufgeben von unserer Sozialpolitik machen? Geringfügige Almosen lindern nicht die Not, sie wirken nur aufreißend. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen beifolglich Uebernahme der Begräbniskosten auf die Allgemeinheit. So lange dies nicht erreicht ist, müssen wir um so nachdrücklicher ein Sterbegeld in einer solchen Höhe fordern, daß es wenigstens für ein einigermaßen anständiges Begräbnis genügt. In diesem Sinne haben wir unseren Antrag gestellt. Im Interesse zahlreicher armer Familien bitten wir dringend, ihn anzunehmen, und nicht wieder die Kostenfrage vorzuschlagen. Durch Festsetzung eines Minimalbeitrages sind sehr wohl alle Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich der von uns geforderten Festsetzung der Minimalgrenze des Sterbegeldes auf 60 M. entgegenstellen könnten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Herr Doormann (Rp.) erklärt sich gegen den Antrag. Die Debatte schließt.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird der Antrag Albrecht abgelehnt.

§ 215 lautet: Stirbt ein als Mitglied der Kasse Erkrankter binnen einem Jahre nach Ablauf der Krankenhilfe an derselben Krankheit, so wird das Sterbegeld gezahlt, wenn er bis zum Tode arbeitsunfähig gewesen ist.

Herr Bächner (Soz.):

Wir bitten dringend, die Worte „an derselben Krankheit“ zu streichen. Die Aufrechterhaltung der Worte bedeutet eine große Härte. Die oft folgt eine Krankheit auf die andere. Sollen die Angehörigen eines Kranken dafür bestraft werden, weil sich eine neue Krankheit bei ihm eingestellt hat? Wir hoffen, daß wenigstens in diesem Falle die Mehrheit eine Ausnahme von ihrer Abwägungspraxis machen wird. — Wir beantragen ferner die Zufügung eines Abzuges: „Nach Ablauf dieser Frist kann sich der Kranke seinen Anspruch auf das Sterbegeld durch einen Beitrag erhalten, der in der Satzung zu bestimmen ist“. Wir bitten auch um Annahme dieses Antrages. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Doormann (Hörsch., Rp.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, der die Kassen vor „unmöglich“ Aufgaben stelle.

Herr Kollenbaur (Soz.):

Eine eingeschriebene Hilfskasse in Altona hat eine Einrichtung getroffen, die dem entspricht, was wir im zweiten Teil unseres Antrages verlangen. Wenn also die angebliche Unmöglichkeit die Freizinnigen hindert, so fällt dieser Grund weg, nachdem in der Praxis die Möglichkeit erwiesen worden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was unseren Streichungsantrag betrifft, so würde er vielleicht eine wünschenswerte Mehrbelastung von 1 Pfennig (Hört! hört!) pro Kassenmitglied bedeuten, eine Mehrbelastung, die wohl kaum in einer Vertragserhöhung zum Ausdruck kommen würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird in seinen beiden Teilen abgelehnt.

§ 218 handelt von der Familienbeihilfe. Er lautet: Die Satzung kann zubilligen: 1. Krankenpflege an versicherungsfreie Familienmitglieder, 2. Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen der Versicherten, 3. Sterbegeld beim Tode eines Ehegatten oder eines Kindes. Es kann für den Ehegatten bis auf $\frac{1}{2}$, für ein Kind bis auf $\frac{1}{3}$ des Mitglieder-Sterbegeldes bemessen werden und ist um den Betrag des Sterbegeldes zu kürzen, auf das der Verstorbene selbst versichert war.

Herr Kunert (Soz.):

Wir beantragen: 1. Die Familienhilfe obligatorisch zu machen und sie nicht der Satzung der einzelnen Kasse zu überlassen, 2. das Sterbegeld für ein Kind unter 16 Jahren auf die Hälfte, für den Ehegatten auf drei Viertel des Sterbegeldes des Versicherten selbst zu bemessen. — Wir beantragen diese Änderungen, weil wir das, was Entwurf und Kommission vorschlagen, als eine völlig ungenügende Halbheit bezeichnen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was hier den Arbeitern geboten wird, ist in der fortgeschrittenen Praxis des In- und Auslandes längst überholt und wird mit Recht von den hervor-

ragendsten nationalökonomischen Autoritäten als völlig überaltet bezeichnet. Volkswirtschaftlich ist die Familienhilfe längst als völlig unzureichend erkannt; darin stimmen Arbeiter, Wissenschaft und intelligente Unternehmer überein. Nicht die unzureichende „Familienhilfe“, sondern die

Familienversicherung

ist das Motto der fortgeschrittenen Sozialpolitik. Die Vorschläge des Reichskanzlers und der Kommission sind so beschaffen, daß man sich fragen muß, ob sie sich mehr durch soziale Verbündlichkeit oder durch Nichtwürdigkeit auszeichnen. (Unruhe rechts. Glöde des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Sie dürfen dem Reichskanzler und der Kommission nicht Nichtwürdigkeit vorwerfen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Herr Kunert (fortfahrend):

Ich hoffe noch immer, daß das Plenum nicht die, sei es nun verständnislosen, sei es nichts würdigen Vorschläge des Reichskanzlers und der Kommission annehmen wird. (Unruhe bei der Mehrheit. Glöde des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Sie haben den Ausdruck wiederholt, wegen dessen ich Sie zur Ordnung gerufen habe. Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung!

Herr Kunert:

Ich bedauere, daß mir kein schärferer Ausdruck zur Verfügung steht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei der Mehrheit, Glöde des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz (mit erhobener Stimme): Ich bitte dringend, sich nicht meinen Anordnungen zu widersetzen! Ihr Benehmen ist ungehörig! (Bravo! bei der Mehrheit.)

Herr Kunert (Soz.):

Jeder, der diese unsere Anträge mit niederstimmen hilft, setzt sich dem Verdacht aus, daß er sich vom Haß gegen die Arbeiterklasse leiten läßt! (Unruhe bei der Mehrheit, lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Herr Hornmann (Rp.): Wir würden gern die sozialdemokratischen Anträge annehmen, wenn nicht der Kostenpunkt wäre. Wir müssen fürchten, daß namentlich kleine, wenig leistungsfähige Kassen unter diesen Lasten zusammenbrechen würden.

Herr Hock (Soz.):

Herr Hornmann leitet aus der Existenz schwacher, leistungsunfähiger Kassen die Unannehmbarkeit unseres Antrages her. Wir unsererseits sind der Meinung, daß leistungsunfähige Kassen kein Existenzrecht haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Anträge Albrecht werden abgelehnt.

§ 225 bestimmt, daß beim Uebertritt eines Versicherten in eine andere Kasse diese die weitere Leistung nach ihrer Satzung übernimmt. Die Mehrleistungen erhält der Betreffende dann nur, wenn er sich in seiner früheren Kasse Anspruch auf Mehrleistungen erworben hatte.

Ein Antrag Albrecht will hinzufügen: Hatte er nach der Satzung seiner früheren Kasse einen Anspruch auf Mehrleistungen, die die neue Kasse nicht gewährt, so erhält er die Mehrleistungen nach dem Statut seiner früheren Kasse. Diese Leistungen hat seine frühere Kasse der anderen Kasse zu ersetzen.

Herr Kollenbaur (Soz.):

Wenn der Versicherte die Auswahl hätte, jeder beliebigen Kasse beizutreten, wäre der Antrag unbedeutend. Aber soviel Selbstbestimmungsrecht haben ja die Arbeiter nicht. Vielfach müssen sie gegen ihren Willen Mitglied einer Zunft- oder Betriebskrankenkasse werden. Dadurch würden sie in ihrer früheren Kasse erworbenen Rechte auf Mehrleistungen verlieren und das will unser Antrag verhindern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Caspar wendet sich gegen den Antrag.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 226 legt in seinem dritten Absatz:

Der Anspruch fällt weg, wenn der Erwerbstlose sich im Auslande aufhält und die Satzung nichts anderes bestimmt.

Herr Hock (Soz.):

Dieser Absatz ist sehr unklar, wie auch das Zentralblatt für Reichsversicherung“ anerkannt hat. Es wäre doch Pflicht der Mehrheit, wenigstens die wenige wissenschaftliche Kritik, die zu den Kommissionsbeschlüssen erscheint, durchzulesen. Wir müssen jede Verantwortung für die Unklarheiten, die im Entwurf stehen bleiben, bei dieser Art der Beratung ablehnen. Es fragt sich, ob der Ausdruck „fällt weg“ bedeuten soll er „ruht“ oder er „erlischt“. Das letztere wäre eine große Härte. Im ganzen Entwurf ist sonst der Ausdruck „fällt weg“ gestrichen worden.

Geheimrat Caspar: Dieser Absatz entspricht dem geltenden Recht. Die ganze Rechtsprechung konnte nicht in dem Entwurf berücksichtigt werden. Die Tatsache, daß jetzt das Reichsversicherungsamt immer höchste Instanz ist, wird jedenfalls zu einer Vereinfachung führen. In diesem Falle verstehen wir unter „fällt weg“, „erlischt“.

Herr Hock (Soz.):

Dann sollte man doch die Worte „fällt weg“ durch „erlischt“ ersetzen, um Klarheit und Einseitigkeit zu schaffen.

Geheimrat Caspar: Der Ausdruck „fällt weg“ findet sich auch sonst im Gesetz.

§ 226 wird hierauf angenommen.

Nach § 227 kann für diejenigen, die der Versicherung freiwillig beitreten, die Satzung mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes die Kassenleistungen auf Krankenpflege ohne Hausgeld oder deren Ersatz ohne Krankengeld resp. auf das Krankengeld beschränken.

Herr Schmidt (Soz.):

bestätigt einen Antrag auf Streichung dieser Bestimmung. Alle die Herren, die immer vorgeben, für den Mittelstand einzutreten, sollten für diesen unseren Antrag stimmen. Für den kleinen Gewerbetreibenden hat der Beitritt zur Krankenkasse kein Interesse mehr, wenn die Satzung die Handwerker in bezug auf die Rechte schlechter stellen kann als die Arbeiter. Rund $\frac{1}{2}$ Millionen Handwerker würden durch diesen Paragraphen schlechter gestellt. Das ist Ihre Handwerkerfeindschaft! Dabei handelt es sich hier um die Kerne der Handwerker, denn Handwerker mit über 2000 Mark Einkommen können ja der Versicherung gar nicht beitreten. Sie werden keinen Grund anführen können, weshalb Sie die Handwerker, die sozial den Arbeitern völlig gleich stehen, schlechter behandeln. Daß die Kassen, speziell die Landkrankenassen, wo die Versicherten gar keinen Einfluß haben, von dem ihnen hier gegebenen Recht Gebrauch machen würden, ist klar, es werden also gerade die vielen kleinen Handwerker, Schmiede usw. auf dem Lande durch diese Bestimmung benachteiligt. Wenn es ernst ist mit der Handwerkerfreundlichkeit, der muß für unseren Antrag stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Caspar: Erfahrungsgemäß machen von dem Recht der freiwilligen Versicherung gerade die Kleingewerbetreibenden mit schwankender Gesundheit Gebrauch. Um also einen zu großen Zustrom schlechter Risiken zu vermeiden, müssen die Kassen das ihnen hier gewährte Recht erhalten.

Herr Schmidt (Soz.):

Das Recht sich dieser großen Risiken zu erwehren, haben die Krankenkassen schon durch einen anderen Paragraphen erhalten. Können sie doch von allen zur freiwilligen Versicherung Verpflichteten ein ärztliches Gesundheitsattest einfordern. Also sie können sie überhaupt abwenden, wenn sie krank sind oder ein bestimmtes Alter überschritten haben. Aber diejenigen, die dann noch übrig bleiben für die freiwillige Versicherung, sollten wenigstens den übrigen Versicherten gleichgestellt sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 233 spricht von den verschiedenen Arten der Krankenkassen,

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt, daß für den Bezirk eines Versicherungsamts eine Krankenkasse errichtet wird.

Abg. Severing (Soz.):

Die Verfasser des Entwurfs hätten aus der Geschichte der Krankenkassen in den letzten 27 Jahren lernen sollen, daß eine größere Zentralisation der Krankenkassen im Interesse der Versicherten liegt. Auch die Ärzte erkennen das an. Statistische Nachweise, wie sie für die Prophylaxe eine Vorbedingung sind, können nur von großen Krankenkassen geliefert werden. Auch die Leistungen können bei großen Krankenkassen durch Ersparnis der Verwaltungskosten und durch den Ausschluß der Mißfälle gesteigert werden. Aber der Entwurf läßt es bei der gegenwärtigen Zersplitterung bei den rund 24000 Krankenkassen. Auch Ärzte und Hygieniker verlangen eine stärkere Zentralisation der Krankenkassen. Auch in der Kommission ist der Vorteil einer größeren Zentralisation anerkannt worden, und zwar vom Staatssekretär; das hat ihn aber nicht gehindert, für die Beibehaltung der Zersplitterung einzutreten. Nach Gründen dafür habe ich vergeblich gesucht, und komme daher zu dem Schluß, daß es deshalb geschehen ist, weil der rheinisch-westfälische Verband der Betriebskrankenkassen und der Verband der Innungskrankenkassen das Eintreten für eine größere Zentralisation der Krankenkassen nicht wünschen. Der Staatssekretär hat auch offen zugegeben, daß politische Gründe eine größere Zentralisation der Krankenkassen verbieten. Die Landarbeiter sollen eben durch die Landkrankenkassen vor der Verührung mit den Industriearbeitern bewahrt werden. Darin sieht sich nicht nur die Sozialdemokratie, sondern schon mehr Verfolgungswahnsinn. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten haben die Krankenkassen noch nie als Kampfmittel benutzt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien.) Aber wenn Sie jede Reform verhindern aus Furcht, den Arbeitern könnte ein größerer Einfluß eingeräumt werden, so besorgen Sie nur die Geschäfte der Sozialdemokratie. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt (Soz.):

Alle Arbeiter, welcher Richtung sie auch angehören, sind einig in der Verurteilung der Zersplitterung der Krankenkassen. Das beweisen deutlich auch die Auslassungen und Veröffentlichungen der christlichen Gewerkschaften. Trotzdem stimmten die Zentrumsabgeordneten, die christlichen Gewerkschaften angehören, für die Beibehaltung der Betriebskrankenkassen und für die Erleichterung der Gründung neuer Betriebskrankenkassen. Aufschärfte wird auf den christlichen Gewerkschaftslongressen die ganze sozialpolitische Fürsorge der Unternehmer verurteilt. Auch die Christ-Ökonomischen Vereine verurteilen die Betriebskrankenkassen. Ebenso steht es mit den Innungskrankenkassen, die ebenso wie die Betriebskrankenkassen mißbraucht werden, um frant gewordene Arbeiter nicht wieder in eine neue Arbeitsstätte hineinzulassen. So steht die sozialpolitische Fürsorge aus, die bei der Schaffung der Innungskrankenkassen bestätigt wird. Direkt als Mahregelungsbüroaus werden die Innungskrankenkassen eingerichtet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gehört es zu den Aufgaben der Krankenkassen, die Unternehmer vor kranken und invaliden Arbeitern zu warnen, wie es die Innungskrankenkassen tun; haben nicht auch die kranken und invaliden Arbeiter das Recht, ihre Arbeitskraft nach Möglichkeit zu verwerten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hegler (Sp.): Die ganze Einrichtung der Landkrankenkassen schafft Klassen erster und zweiter Ordnung. Das entspricht ja der ganzen Aufspaltung der Klassen, wonach es eine Herrenklasse gibt und eine Klasse derer, die das Recht haben, Steuern zu zahlen. (Sehr gut! links.) Zur Hebung der Landkultur wird dies Stigma einer minderberechtigten Klasse, das den Landarbeitern durch diese Landkrankenkassen aufgedrückt wird, nicht beitragen. Gegen eine solche Gesetzgebung müssen wir protestieren. (Bravo! links.)

Abg. Wehrens (wirtsch. Vg.): Die Ausführungen der christlichen Arbeiter auf dem christlichen Gewerkschaftslongress billigen wir auch heute. Aber nach Ablehnung der Betriebskrankenkassen wäre das ganze Gesetz gefährdet gewesen, und deshalb haben wir für ihre Beibehaltung gestimmt. Hue sagte gestern, die christlichen Arbeiterführer hätten einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung als Sie (Abg. Hue (Soz.): Kein Wort davon!) Darum müssen wir die Durchführbarkeit ernsthafter prüfen, als die Sozialdemokratie, von denen einer ihrer hervorragendsten Führer selbst erklärt hat, sie stellen Anträge nur aus agitatorischen Gründen. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Keiner meiner Freunde hat jemals die Versicherung getan, unsere Anträge wären nicht durchführbar und nur aus prinzipiellen Gründen gestellt. Jeder unserer Anträge ist eingehend auf seine Durchführbarkeit geprüft und sie ist stets im einzelnen nachgewiesen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wehrens sagt, der Umfall des Zentrums sei darauf zurückzuführen, daß die Regierung nicht zu größeren Zugeständnissen zu bewegen war. Wenn die Regierung wirklich die Vorlage an den Betriebskrankenkassen hätte scheitern lassen, hätte sie sich ebenfalls blamiert. Denn dann wäre ungewiss, ob der Beweis geführt, daß die Regierung nur noch von dem Zentralverband deutscher Industrieller abhängt. Die Betriebskrankenkassen sind ein Krebsgeschwür der gesamten Arbeiterversicherung, und wenn es sich darum handelt, sie auszumerken, darf das „Rein“ der Regierung für einen Arbeitervertreter nicht ausschlaggebend sein, um nachzugeben. Da steht das Interesse der Arbeiterklasse höher als der Wille der Regierung. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Auler (Vole): Sympathisch wäre uns die Zentralisation der Krankenkassen gewesen. Auf alle Fälle wenden wir uns gegen die Landkrankenkassen, die eine Entzweiung der Landarbeiter bedeuten.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Zu § 236 hat die Kommission folgende Fassung beschlossen: Orts- und Landkrankenkassen sind in der Regel innerhalb des Bezirks eines Versicherungsamts zu errichten.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will den Entwurf wiederherstellen, wo es statt „innerhalb des Bezirks“ hier „für den Bezirk“.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Der Mehrheit der Kommission ist der Regierungsentwurf zu unserem Punkte nicht reaktionär genug gewesen und so hat sie die beträchtliche Verschlechterung hineingebracht, daß die Klassen nicht für den Bezirk eines Versicherungsamts, sondern innerhalb eines solchen Bezirks zu errichten sind. Aus der Verschlechterung spricht die Abneigung gegen starke leistungsfähige Klassen, die die Mehrheit befeuert. Bei allen Verbesserungen droht die Regierung, das Gesetz scheitern zu lassen. In allen Verschlechterungen gibt sie ihren Segen. Und die Vertreter der christlichen Gewerkschaften erheben keinen Widerspruch. Die christlichen Arbeiterführer haben selbst die Zentralisation der Klassen verlangt, aber das Zentrum tritt diesem Verlangen noch schroffer entgegen, als die Regierung. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weder (Z.): Ich stehe noch immer persönlich auf dem Standpunkt der Zentralisation, aber (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) andere meiner Freunde stehen auf einem anderen Standpunkt (erneute Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und man kann auch diesen Standpunkt verstehen. (Abkl bei den Sozialdemokraten.) Die Zentralisation ist kein Alibi. Wenn das Versicherungsamt für einen großen, ausgedehnten, industriellen Landkreis errichtet ist, so würden sich viele Mißstände ergeben, wenn eine einzige Ortskrankenkasse für den Bezirk des Versicherungsamtes errichtet würde. (Zuruf des Abg. Weder.) Mit aller Ihrer Verantwortlichkeit, Kollege Weder, werden Sie nicht die Sauerländer von der unbedingten Vordringlichkeit der Zentralisation überzeugen. (Lebhafte Weisfall im Zentrum.)

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Wir sind selbstredend dafür, daß geographischen und sonstigen Besonderheiten Rechnung getragen wird; wogegen wir uns wehren, ist, daß die Zersplitterung zur Regel erklärt wird. Je kleiner die Klassen, desto leistungsunfähiger sind sie. Die viele unserer Anträge sind abgelehnt worden im Hinblick auf die kleinen und leistungsunfähigen Klassen. Man tut alles, um die Klassen schwach zu halten, und dann lehnt man alle Verbesserungsanträge unter Hinweis auf die schwachen Klassen ab! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Gegen Sozialdemokraten und Fortschrittler wird der Antrag Albrecht abgelehnt.

Nach § 237 kann die Landesregierung für bestimmte Gebiete bestimmen, daß keine Landkrankenkassen neben den allgemeinen Ortskrankenkassen errichtet werden.

Die Kommission will es statt dessen der Landesregierung überlassen, die Landkrankenkassen für bestimmte Gebiete auszuschließen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will auch hier die Vorlage wiederherstellen.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Auch hier hat die Kommission eine Verschlechterung beschlossen. — Alle diese Bestimmungen würden ja überflüssig, wenn die Landkrankenkassen etwas anderes wären, als eine völlig minderwertige Organisation.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weil die Landkrankenkassen also höchst minderwertig sind, weil sie dem Versicherten jede Teilnahme an der Verwaltung der Klassen versagen, haben wir kein Interesse daran, die Ausschließung dieser Landkrankenkassen zu erschweren. Wir beantragen daher Wiederherstellung der Regierungsvorlage. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen Sozialdemokraten und Fortschrittler wird der Antrag Albrecht abgelehnt.

Durch § 238 wird die Errichtung von Landkrankenkassen mit unter 500 Pflichtmitgliedern ausgeschlossen.

Die Kommission will Landkrankenkassen bis zu 250 Pflichtmitgliedern herunter zulassen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt Wiederherstellung der Vorlage.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Auch hier das selbe Bild. Die Kommission hat die schlechte Regierungsvorlage noch verschlechtert! Durch Herabsetzung der Mindestzahl sollen die schlechten Landkrankenkassen noch leistungsfähiger gemacht werden. Wir beantragen, wenigstens die Verschlechterung zu beseitigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 245 bestimmt, daß Mitglieder der Landkrankenkassen auch die Diensthöfen, die Hausgewerbetreibenden, sowie die in der Gärtnerei, im Friedhofsbetriebe, in der Park- und Gartenpflege Beschäftigten sein sollen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) dagegen will nur Personen, die in der Landwirtschaft oder in der Hauswirtschaft der Landwirte oder im Wandererwerb beschäftigt sind, als Mitglieder der Landkrankenkassen zulassen.

Eine fernere Bestimmung des § 246, wonach der Bundesrat den Landkrankenkassen noch andere Gruppen von Versicherten zuweisen kann, die vor diesem Gesetz nicht gesetzlich versicherungspflichtig waren, beantragen die Abgg. Albrecht (Soz.) und Genossen zu streichen.

Abg. Hegler (Sp.) tritt gegen jede Benachteiligung der Landarbeiter ein.

Abg. Albrecht (Soz.):

Unser Antrag bezweckt, zu verhindern, daß in die Landkrankenkassen Kategorien hineingezogen werden, die, selbst wenn man sich auf den Boden der Landkrankenkassen stellt, nicht in sie hineingehören. In der Erkenntnis der Leistungsunfähigkeit der Landkrankenkassen und in gespornter Erfüllung agrarischer Wünsche will die Regierung alle möglichen Kategorien in diese Klassen packen. Man behauptet, daß die Hausgewerbetreibenden in die Landkrankenkassen gehören, weil sie meist auf dem Lande ihren Wohnsitz haben sollen. Die Behauptung ist falsch. Weit aus den meisten Hausgewerbetreibenden wohnen in den Städten. — Selbstredend wenden wir uns mit der allergrößten Entschiedenheit gegen die Bestimmung des § 246, welche dem Bundesrat die Vollmacht gibt, auf dem Wege der Verordnung noch weitere Kategorien in die Landkrankenkassen zu stecken. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt. Unter Ablehnung der Anträge Albrecht tritt das Haus den Kommissionsbeschläüssen bei.

Die Weiterberatung wird dann vertagt auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Berichtigung. Im gestrigen Bericht ist durch einen Schreibfehler die Rede des Genossen Runge-Stettin zu § 201 dem Genossen Dufold zugeschrieben.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Die Budgetkommission des Reichstages erörterte am Dienstag eine Reihe von Bergverträgen in den Kolonien und Fragen der Organisationsänderung in der deutschen Diamantenregie. Als Rechtsnachfolgerin des Herrn Lüderitz, der zuerst in Südwest Fuß faßte und angeblich Hoheitsrechte von den Häuptlingen erworben hat, behauptet die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, daß sie diese Hoheitsrechte ebenfalls besitze und niemals aufgeben habe. Abg. Erzberger stellte deshalb folgende Fragen an die Regierung: 1. Hat die Kolonialgesellschaft auf alle Hoheitsrechte verzichtet? 2. Kann der Fiskus im Gebiet der Kolonialgesellschaft auf eigene Rechnung Bergbau treiben? 3. Kann der Fiskus im Gebiet der Gesellschaft die Sperrverordnungen? 4. Kann der Fiskus im Gebiet der Kolonialverwaltung Gebühren für sich erheben? — Alle vier Fragen wurden mit ja beantwortet. Strittig ist nur die Frage, ob der Fiskus auch dann Gebühren erheben könne, wenn das Gebiet Eigentum der Kolonialgesellschaft sei. Staatssekretär v. Lindquist erklärte, daß sich das Reichsjustizamt zu Abgabe eines Gutachtens über die Bergwerksrechte in Südwestafrika, das Dernburg früher herbeiführen wollte, bereit erklärt habe, aber nur dann, wenn das Gutachten nicht außerhalb der Kreise des Kolonialamtes bekanntgegeben werde. Unter diesen Umständen habe er als Staatssekretär der Kolonien auf das Gutachten verzichtet. Zu der ersten Frage habe er zu erklären: Durch das Abkommen mit der Kolonialgesellschaft vom 1. Oktober 1908 seien die eventuellen Hoheitsrechte der Gesellschaft in Fortfall gekommen. Bergwerkeigentum habe die Gesellschaft niemals gehabt, sondern nur Bergrechte. Zur zweiten Frage sei zu bemerken, daß der Fiskus das Recht habe, Bergbau auch in Gebieten der Gesellschaft zu treiben, soweit allgemeine Schürfreibeit bestehe; zur dritten Frage, daß auf Grund des Berggesetzes der Fiskus die Sperrverordnungen könne; die Anwendung dürfe aber zu Treu und Glauben gegen die Gesellschaft nicht in Widerspruch stehen; zur letzten Frage: Der Fiskus könne eine Förderungsabgabe im Höchstbetrage von 2 Proz. erheben. Der Kommission werde bis Mittwoch das gesamte Material gestellt werden.

Darauf wurde die Diamantenregie erörtert. Alle Schürfer müssen die von ihnen aufgefundenen Steine an die Regie in Berlin abliefern, die den Verkauf leitet; dafür wird vom Preis ein Abzug von 5 Proz. gemacht. Abg. Erzberger betonte, daß sich die Regie gut bewährt habe, doch beständen Bedenken wegen der Organisation. Die Schürfer sollten Einfluß auf die Regie und ihren Betrieb erhalten. Die Budgetkommission habe schon im vorigen Jahre eine Änderung gewünscht. In Südwest sollte eine Minenkommission nach Art der Handelskammern errichtet werden. Gestagt wurde auch darüber, daß Deutschland die Steine billiger verkaufe, als es sonst üblich sei. Wenn es gelingen würde, den Preis für das Karat um etwa 3 M. zu steigern — im Durchschnitt werden heute 25 bis 30 M. für das Karat bezahlt — so würde sich bei einer Gesamtproduktion von rund 800 000 Karat, für das Reich

eine Mehreinnahme von rund 800 000 M. ergeben. Der Staatssekretär gab zu, daß Änderungen vorgenommen werden müßten. Eine Minenkommission als Vertreterin aller Minenbesitzer sei in Vorbereitung, der Gouverneur mit der Ausarbeitung der Statuten beauftragt. Die mit Sonderrechten ausgestatteten Berggesellschaften dürften in der geplanten Kammer nicht mehr als ein Drittel der Stimmen erhalten. Es seien in Deutschland einige Minenbesitzer mit dem Auftrage anwesend gewesen, sich alles genau anzusehen. Leider hätten, abgesehen von einem, die Besizer wenig Gebrauch von der ihnen erteilten Erlaubnis gemacht, den Regiebetrieb genau zu studieren, obwohl ihnen jede Auskunft gegeben worden wäre. Der eine, bisher der schärfste Gegner der Regie, habe sich nach eingehendem Studium sehr lobend geäußert.

Abg. Hoch (Soz.) bemängelte die Bewertung der Steine durch die Regie. Die deutsche Diamantenschleiferei in Hanau befinde sich in einer schwierigen Lage. Es sei ein Ueberangebot von Steinen, besonders von kleinen, vorhanden, die hauptsächlich in Deutschland geschliffen würden, während die großen Steine im Auslande bearbeitet würden. In welchem Verhältnis ständen die Regiepreise zu denen des Auslandes, besonders zu denen der De Beers-Compagnie, die mit den großen Steinen handle? Es werde behauptet, daß die Regie mit einem holländischen Syndikat ein Abkommen getroffen habe. Weiter werde behauptet, daß Deutschland mit seinen Diamanten Preisbrüdererei betreibe. Deutschland überschütete den Markt mit Diamanten, ohne auf den Bedarf Rücksicht zu nehmen. Die Regie habe deshalb mit dem Absatze auch schon Schwierigkeiten gehabt. Das Verfahren, unter allen Umständen alles loszuschlagen, müsse zum Krach führen, während die De Beers-Compagnie den Absatz nach dem Bedarf regelt. Das müsse auch die Berliner Regie tun.

Der Staatssekretär teilte mit, daß leider nur 8 Proz. der südwestafrikanischen Steine in Deutschland bearbeitet würden, Hanau sei nicht auf die Bearbeitung eingerichtet. Man habe dort die südwestafrikanischen Diamanten kein rechtliches Vertrauen entgegengebracht. Der „deutsche“ Stein sei sehr schwer zu schleifen; die Verarbeitung geschehe meistens in Belgien. Es solle aber alles versucht werden, für Hanau eine Vorsehung herbeizuführen. Die Qualität der in Südwestafrika gefundenen Steine habe sich nicht gehoben, sondern verschlechtert. Die Frage der Kontingentierung des Absatzes sei jetzt noch nicht spruchreif.

Es wurde ein Antrag angenommen, der der Erwartung Ausdruck gibt, daß die Vertretung der Minenbesitzer sehr schnell geregelt werde.

Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt werden.

Soziales.

Wohlfahrtswohnungen.

Die Schichau-Werft in Danzig hat jetzt die Eignungsfrage gegen alle die streikenden Arbeiter eingeleitet, die die Werkwohnungen trotz erfolgter Kündigung nicht geräumt haben. Von der Klage werden etwa 150 Arbeiter betroffen. Die übrigen der 200 Wohnungen bewohnen Meister usw. Die ersten Termine finden bereits am 12. Mai statt. Die ganze Sache ist für den modernen Kapitalismus überaus charakteristisch. Der 85fache Millionär läßt seine Wohnungen leerstehen, er kann auf das Einkommen aus den Mietverträgen verzichten. Er hat nach Gesetz und Recht auch keine Veranlassung, danach zu fragen, wo die Familien mit ihren Sachen bleiben. So wird den Danziger Arbeitern der Ruhen der „Wohlfahrtswohnungen“ so klar wie nur möglich vor Augen geführt. Dadurch wird aber auch erreicht, was das Unternehmertum stets verhindern will: Klarheit über die heutigen Sitten und Rechtszustände, Klarheit auch über die Brutalität der Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter. Und das alles bei einem Kampfe um so geringfügige Forderungen, die ohne die geringste Schädigung für den Betrieb durchzuführen wären.

Vom Segen der Sozialpolitik.

In Dortmund tagte lechthin die Generalversammlung der Sektion IX der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft. Aus dem dort erstatteten Jahresbericht ist namentlich von besonderem Interesse, was über den Rückgang der Renten-Nutzen gesagt wird. Der Bericht konstatiert zunächst mit einer gewissen Genugtuung, daß seit 1908 bei dem Hauptausgabenkonto (Verleihen-Renten) die früher beobachtete, ständige Erhöhung der Renten nicht nur durch Ausbleiben der in 23 Jahren beobachteten regelmäßigen Steigerung zu einem gewissen Stillstand gekommen, sondern sogar zu einem erheblichen (!) Rückgang gebracht (!) worden ist. — Der Sektionsvorstand kann sich allerdings rühmen, die Renten zu einem erheblichen Rückgang „gebracht“ zu haben. Denn im Jahre 1908 wurden an Verleihen insgesamt gezahlt 345 550 M., im Jahre 1909 nur 312 174 M. und im Jahre 1910 nur noch 278 145 M. Dabei ist die Unzulässigkeit aber keineswegs etwa im gleichen Maße gefallen, vielmehr stieg dieselbe von 1903 im Jahre 1909 auf 1971 im Jahre 1910. Die Steigerung gewinnt noch an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1910 weniger in dem Bezirk der Sektion IX beschäftigt waren. Die Zahlen beweisen deutlich das System der beabsichtigten Renteminderung. Trotz ihres geradezu „glänzenden“ Erfolges genügt der Rückgang der Renten dem Sektionsvorstand keineswegs, denn es heißt in dem Bericht weiter, daß der Vorstand sich veranlaßt gesehen habe, „besondere Maßnahmen anzuordnen, die ein weiteres Anschwellen der Rentenlast verhüten sollen.“ — Wie diese Maßnahmen aussehen werden, kann man sich angesichts der vorstehenden Zahlen wohl ausmalen, jedenfalls ist die Wendung, daß die Renten zum Rückgang „gebracht“ worden sind, außerordentlich verdächtig. Im übrigen dürften die nackten Zahlen allein unsere vielgepriesene Sozialpolitik grell beleuchten. — Aus dem Bericht des Sektionsvorstandes verdient übrigens noch hervorgehoben zu werden, daß „wegen offensichtlich unrichtiger Lohnangaben gegen mehrere (!) Betriebsunternehmer eine höhere Strafe zu beantragen war.“ Wie hoch die Strafe für die unaufrichtigen Manipulationen — die man im gewöhnlichen Leben als Betrug bezeichnet — ausgefallen sind, verschweigt der Bericht schamhafter Weise. Jedenfalls werden die betrügerischen Herren Unternehmer schon, trotz der Strafe, bei der Sache profitiert haben.

Eine juristische Klageleistung.

Vor einigen Wochen berichteten wir über einen Wohlfahrtsprozeß, den der in Hamburg wohnende Schlächtermeister Kottsch gegen den Fleischerverband und unser Hamburger Parteigänger angestrengt und der in erster Instanz — Zivilkammer II des Landgerichts Hamburg — zuungunsten der Beklagten verlaufen ist. In dem selben Vertriebe waren im April 1910 Differenzen ausgebrochen, die schließlich zur Gesamtaussperrung der organisierten Geleuten führten. In Flugblättern und Veröffentlichungen in der Presse wurde das Verhalten der aussperrungswütigen Kräfte gebührend charakterisiert. Die Beklagten wurden verurteilt, die Veröffentlichungen in Zeitungen und Verbreitung von Flugblättern zu unterlassen, durch die unter Verstoß gegen die guten Sitten durch Anwendung allgemeiner, auf das Solidaritätsgefühl berechneter aufreizender und verbeherender Schlagworte das konjunkturere Publikum aufgeföhrt wird, den geschäftlichen Verkehr mit dem Kläger einzustellen und keine weiteren Einkäufe bei ihm zu machen. Der Anspruch des Klägers gegen den Verband auf Ersatz des durch den Boykott entstandenen Ausfalls wird insoweit seinem Grunde nach für berechtigt erklärt, als es sich um den durch den Boykott nach dem 18. Juni 1910 verursachten Schaden handelt.

Die Urteilsbegründung liest sich wie eine Scharfmacherepisfel. Nicht weniger als achtmal kommt der Ausdruck „verbeherend“ oder „heberisch“ vor, womit das Gebaren des Verbandes der Fleischer charakterisiert werden soll. Daß die Sprache in wirtschaftlichen Kämpfen nicht immer abgezirkelt wird, daß in der Hitze des Gelechts etwas heftige, nur die Sache charakterisierende Ausdrücke

unterlaufen, ist menschlich erklärlich, psychologisch begründet. Da wird nicht so gedreht, wie an den Schreibtischen der Diplomaten, deren Sprache dazu dient, die Gedanken und wahren Absichten zu verbergen. Aber betrachten wir rein objektiv die in der Urteilsbegründung wiedergegebenen „berühmten“ und „aufregenden“ Schlagwörter, die „zugleich vom öffentlich-rechtlichen Standpunkte aus die öffentliche Ordnung zum Schaden des Gemeinwohles stören oder gefährden“. Meister Rottsch „konnte und durfte“ als Mitglied seiner Vereinigungen die Organisation der Gefellen — d. h. deren Gleichberechtigung — nicht anerkennen. Für dieses Gericht ist der Herrenstandpunkt der Unternehmer maßgebend. Und gerade die

Nichtanerkennung des gesetzlich gegebenen Koalitionsrechts ist doch geeignet, scharfe Repressivmaßnahmen auszulösen. Darüber setzt sich das Gericht mit großer Eleganz hinweg. Daß die Arbeiter zwecks Wahrung ihrer Rechte sich an die Klaffengenossen wenden, sie zur Unterstützung in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe wenden, ist selbstverständlich, leuchtet dem Gericht aber nicht ein. Die in den Flugblättern usw. enthaltenen „berühmten“, „gefäßigen“ und „aufregenden“ Ausdrücke sind nach Lage der Sache durchaus nicht in zu kräftigen Tönen gehalten. Wir könnten dem Gericht sofort ein ganzes Bündel von Scharfmacherpublikationen gegen die Arbeiter vorlegen, in denen die argsten Terrorisimen und verheerenden

Schlagwörter enthalten sind. Rein verurteilendes Wort findet die Urteilsbegründung für die Tatsache, daß die Schlichterinnung 39 organisierte Schlichtergruppen auf die schwarze Liste gesetzt, deren Namen im Innungsorgan veröffentlicht hat, um deren wirtschaftliche Existenz völlig zu untergraben, sie dauernd brotlos zu machen. Das ist nun einmal Herrenrecht im Klassenstaate, verstößt nicht gegen die guten Sitten.

Die juristische Konstruktion des Urteils, die sich lediglich auf § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs stützt, ist, wenn man nicht den Vorwurf erheben will, daß da „innere Einflüsse“ mitgewirkt hätten, unhaltbar.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 8. Mai verstarb unser Genosse, der Gastwirt
Robert Platz
Kolonnestr. 9.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauls-Kirchhofes, Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Montag früh 8 1/2 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau
Friederike Häder
geb. **Borchardt.**
Dies zeigt tiefbetäubt an
Hermann Häder
nebst Kindern und Enkeln.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 17065

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Rudolf Klein
am 3. d. Mts. im Alter von 39 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 10. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Zulusstraße, aus statt. 68/1 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Helene Bastian
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 10. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Magareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Berliner Straße aus statt. Rege Beteiligung erwartet
116/14 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die mir anlässlich des Todes meines unvergesslichen Vaters, des Buchdruckers
Wilhelm Sucker
zuteil geworden sind, sage ich allen Beteiligten, den Mitarbeitern der Batakländischen Kunst- und Verlagsanstalt, dem Wahlverein Niederbarnim, dem Gelanderein deselben, sowie dem Wäschhändlerverein Vorhagen-Hummelshagen und hauptsächlich Herrn Walder Manasse für die trostreichen Worte am Sarge des Verbliebenen meinen tiefgefühlten Dank. 17055
Lulise Sucker nebst Tochter.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Vaters, des Steinmetzes
Richard Wollweber
sagen wird allen unsern herzlichsten Dank. 42162
Witwe Wollweber nebst Sohn.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters und Schwiegervaters, sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem ganzen Personal der Firma D. Eisner und dem Verbands der Buch- und Stein-druckerei-Gesellschaften und Arbeiterinnen den besten Dank. 17065
Therese Prätel nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Nachruf.
Am 26. April verstarb unser Genosse, der Schlosser
Paul Giese
(Bingendorferstr. 6).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am 30. April in Alt-Dreßow bei Köstrin stattgefunden. 227/7
Der Vorstand.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Magdalene Swenn
geb. **Schwert**
nach schwerem Leiden verstorben ist. Um stille Beileid bitte
Friedrich Swenn,
Lichtenberg, Parzellstraße 47.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 11. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Friedhofes in Wargahn aus statt. 42112

Sozialdemokr. Kreiswahlverein
Nieder-Barnim.
Bezirk Lichtenberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin
Magdalene Swenn
(Wargahnstr. 47)
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Friedhofes in Wargahn aus statt. 14/4
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters und Schwiegervaters, sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem ganzen Personal der Firma D. Eisner und dem Verbands der Buch- und Stein-druckerei-Gesellschaften und Arbeiterinnen den besten Dank. 17065
Therese Prätel nebst Kindern.

Die Knochen u. Muskelgewebentwicklung der Säuglinge wird durch die Ernährung mit „Kajete“-Suppe und Kuhmilch am besten gefördert. Die aus „Kajete“ gekochte Suppe mischt sich sehr gut mit der Milch, verflüssigt im Magen deren großflüssige Gerinnung, so daß sie leichter verdaut wird, und erhöht durch den der Muttermilch entsprechenden Gehalt an Mineral- und Eiweißstoffen den Nährwert der Nahrung.

Möbel, Spiegel **Julius Krause** Kastanien-Allee
u. Polsterwaren Nr. 40
Komplette Wohnungseinrichtungen
zu anerkannt soliden Preisen. — Teilzahlung gestattet.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler, Weißbinder u. Stukkateure Deutschl.

Grundstein zur Einigkeit
Verwaltungsstelle Berlin.
Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 11:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom 1. Quartal. 2. Wahl von sechs Abgeordneten zur Generalversammlung (Stichwahl). 3. Kassenangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schmiede

Zahlfstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis: Lindenstr. 73. — Telefon: Amt III, 9714.
Donnerstag, den 11. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei Vocker, Weberstraße 17:

Ordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1911 und Bericht des Verwaltungsrats. 2. Wahl von zwei Beisitzern in den Vorstand. 3. Wahl eines Revisors. 4. Antrag der Verwaltung: Den Lokalbeitrag von 5 Pf. auf 10 Pf. pro Woche zu erhöhen. 5. Verbandsangelegenheiten.
Es ist Pflicht aller Kollegen, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 176/10
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 11. Mai, abends 8 Uhr:
Bezirksversammlung für Schöneberg
in den Neuen Rathausgäßen, Weininger Str. 8.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Neuwahl der Kommission und der Beitragsammler. 63/9
Die Kommission.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche-, Wäscherei-, Krawatten-, Korsett- u. Schürzenbranche Berlins.

Freitag, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
in den Königssälen, Neue Königstraße Nr. 26:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „20 Jahre Kulturarbeit der deutschen Gewerkschaften“. Referent: D. Bähler-Hannover. 2. Diskussion und Aufnahme neuer Mitglieder. Die Aufnahme kostet für Männer 50 Pf., für Frauen 25 Pf., Lehrlingsausnahmen sind frei.
Kollegen und Kolleginnen! Sorgt für guten Besuch der Versammlung. Ladet alle Heimarbeiterrinnen und bei Zustimmung eistern Beschäftigte ein.
Die Ortsverwaltung Berlin III.
J. A. B. Cue, Neue Königstr. 6.
252/4

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für St.-Wilmerödorf und Umgegend.

Die Vertreter der Arbeitgeber und Kassamitglieder werden hiermit zu der am Donnerstag, den 18. Mai 1911, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, stattfindenden
Ord. General-Versammlung
ergebenst eingeladen.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung.
2. Besprechung über den Jahresbericht.
3. Bericht der Rechnungsprüfungskommission.
4. Erziehung für die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Rendi und Witt.
5. Verschiedenes.
Am Anschluß hieran findet eine öffentliche
Mitglieder- u. Arbeitgeber-Versammlung
statt.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über die Reichsversicherungsordnung.
2. Freie Diskussion. 276/2
Sämtliche Interessenten, Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber werden hierzu eingeladen.
St.-Wilmerödorf, d. 9. Mai 1911.
Der Vorstand.
Riedel, Luder mann, Vorsitzender. Schriftführer.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose

Herkules
tragen.
„Unerreichte“ Leistungsfähigkeit. **Allein-Vorkauf.**
Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besonders Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte, stark gewaschen.
Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken unsonst.
Frots dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 30-32 — Brückenstr. 20
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 16.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Nachdr. verboten.
2 kl. billige Sommerhäuschen mit Brunnen und Garten in herrl. Buchwald fürs ganze Jahr oder Sommer billig zu vermieten; beagl. ein Holzhäuschen, 2 Stuben, Kammer, Küche, 150 [R. groß, viel Spargel, 10jähriger Obstland, Bewässerung, eigener Baum, Sträucher, billig zu verpachten. 71/9
Jocro, Schlichtermeister, W. 50, Regenstraße Str. 25a.
Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Drabg.
-Tor. Fleig. Grad. Gebrocl
1,50 Lose 1,00, Werte 50 Pf.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Lichtbilder-Vortrag

am Freitag, 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im groß. Saal d. Gewerkschaftshauses.
Thema: **Vorbildliche Arbeiterwohnungen.**
Vortragender: Herr Robert Bräuer. — Eintritt frei.

Westmann
Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalem Strasse)
Gr. Frankfurter Strasse 115 (nahe Andreasstr.)
1600 Leinen- und Stoff-Kostüme
Das Beste und Vornehmste auf dem Gebiete in überrreicher Auswahl
zu 10.- 12.- 15.- 18.- 24.- 30.- 35.- 55.- 72.-
regulär z. T. b. 18.- 30.- 35.- 45.- 50.- 70.- 80.- 120.- 150.- 200.-
1500 Staubmäntel
in reizenden Ausführungen
aus Leinen, Bast, Seide etc., das Neueste der Saison
zu 12.- 15.- 21.- 24.- 32.- 46.- 55.- usw.
regulär z. T. bis 24.- 25.- 30.- 40.- 45.- 55.- 65.- 70.- 80.- 100.-
200 Komo- und Gloria-Mäntel
feinstes Fabrikat, apart
zu 25.- 32.- 50.- bis 120.-
regulär z. T. 40.- 60.- 80.- 100.- bis 150.-
150 seldene Duchesse-Mäntel
auch in Tüll und Etamine, vornehme Ausstattung, schwarz-weiße Aufschnitte, Spachtelkragen, bis 130 cm lang, in verschiedenen Ausführungen
zu 25.- 34.- 50.-
regulär z. T. b. 30.- 50.- 60.- 70.- 80.- 100.- 120.-

Ortskrankenkasse für das Barbiergewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.
Die VI. Abänderung des Statuts ist genehmigt und tritt am Montag, den 15. Mai 1911, in Kraft. Abgeändert sind folgende Paragraphen:
§ 12 (durchschnittlicher Tageslohn), § 13 (Krankentageentlohn), § 19 (Sterbegeld), § 28 (Kassenbeiträge). Abänderungsreplare sind im Kassenlokal erhältlich. 275/3
Der Vorstand.
Paul Schroll, Vorsitzender.

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden

Dr. Popke, Rosenhainer Str. 70.
Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3
Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12-1
Sargmagazin
von J. Schumacher, Zwinnmünder
Straße 190.

Die kurze Kochzeit **MAGGI's Suppen**
mit dem Kreuzstern
kommt der Hausfrau an den heißen Sommertagen ganz besonders zu statten. Nur mit Wasser aufgelöst, gibt ein Würfel zu 10 Pf. in kürzester Zeit 2-3 Teller wohlschmeckender Suppe.
Man verlange ausdrücklich **MAGGI's** Suppen mit dem „Kreuzstern“.
Berantwortlicher Redakteur: Albert Wags, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch, den 10. Mai: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Heute abend 11 1/2 Uhr, bei Jul. Reher, Dramenstr. 108: Nacht für Buchdrucker, Stereotypen, Kino-Operatoren usw. Gute Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Friedenau-Steglich. Zum Besuch des Botanischen Gartens treffen sich die Mitglieder der Wahlvereine und Gewerkschaften am Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 3 Uhr, am Eingang des Gartens in Dahlem. Die Führung beginnt um 1/4 Uhr.

Der Bildungsausschuss. Zehlendorf (Wannseebahn). Heute, Mittwoch, in allen Bezirken: Zahlabend. Der Vorstand.

Adlershof. An Stelle des heute fälligen Zahlabends findet im Lokal des Genossen R. Kaul, Bismarckstr. 16, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen. Der Vorstand.

Kudow. Am Sonnabend, den 13. Mai, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Palm, Köpenicker Str. 31. Der Vorstand.

Kohlsdorf. Heute Mittwochabend in Villa Rahl: Zahlabend. Der Vorstand.

Erker-Woltersdorf. Heute Mittwoch: Mitgliederversammlung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Antibelegungsverein.

Wie schön sich doch dieses allerneueste Vereins Schlagwort auf dem geduldrigen Papier ausnimmt! Seit zehn Jahren geht, so heißt es in dem vereinsoffiziell verhängten Wahlscheitel, die Bewegung zur Bekämpfung der Schmiergelder. Heute aber erst habe man erkannt, daß neben den unzureichenden gesetzlichen Bestimmungen noch die Selbsthilfe eingreifen muß. So ist denn am vorigen Sonnabend in Berlin von Vertretern hervorragender wirtschaftlicher Vereinigungen und bedeutender Einzelfirmen der Verein gegen das Versteckungswesen gegründet worden. Schade bloß, daß die Moral von der Geschäftswelt eben keine Moral, sondern der Wunsch ist, so weit als möglich die eigene Tasche zu schonen. Große Firmen sind, das steht fest, seit Jahrzehnten in der unerhörtesten Weise geschöpft worden von amtlichen und halbamtlichen Stellen, die bei der Vergabe von Lieferungen ein Wort oder oft nur ein Wörtchen mitzureden haben. Es muß weit gekommen sein, wenn die Geschäftswelt ganz öffentlich dagegen Front macht.

Eine gewisse Entschuldigungsverantwortung haben diejenigen, welche für Schmiergelder empfänglich sind, durch die große Verschwendung und Verschwendung. Die Firmen setzen sich jetzt zur Wehr gegen die Schräpfung und doch haben sie selbst erst das Unwesen geschöpft, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Wir glauben daher auch nicht, daß der neue Verein über die Theorie hinauskommen und praktische Erfolge aufzuweisen haben wird. Zudem werden sehr viele und gerade die größten Bestellungen so fein angefertigt, daß sie meist nur durch Zufall am Tageslicht kommen. Brücken, Schiffe, Eisenbahnschwellen und tausend andere Dinge könnten viel davon erzählen. So wird's bleiben trotz aller Antibelegungsvereine, bis die Gesellschaft, die solche Durchstechereien möglich macht, nicht mehr am Ruder ist.

Soweit es sich um städtische Lieferanten handelt, hat kürzlich der Berliner Magistrat sich in einer Verfügung gegen das Schmiergeldunwesen gewendet. In einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ wird auf die heutige Art der Vergabe städtischer Arbeiten hingewiesen und u. a. ausgeführt:

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß der Berliner Magistrat, und zwar nur dieser von allen Gemeinden Groß-Berlins, den weitaus größten Teil der Arbeiten und Lieferungen so vergibt, daß der weitaus größte Teil der in Frage kommenden Unternehmer nichts davon erfährt, daß überhaupt dieser oder jener Bedarf vorhanden ist.

Bei dem Berliner Magistrat besteht der veraltete Brauch, eine sogenannte Unternehmerliste zu führen und es werden wohl schon viele Firmen die Erfahrung gemacht haben, daß schon die Aufnahme in diese Liste Schwierigkeiten macht, da hierbei ganz nach Gutdünken der betreffenden Stellen verfahren wird und Zurückweisungen ohne Angabe von Gründen erfolgen.

Ist nun die Aufnahme erfolgt, so will dies noch keineswegs sagen, daß die betreffende Firma bei Bedarf auch tatsächlich zur Abgabe von Angeboten aufgefordert wird, und es sind uns befreundete Fälle bekannt, daß eine oder die andere Firma trotz fortwährendem Bedarf, Jahre hindurch eine Aufforderung nicht erhielt. Ob die Aufforderungen direkt von den einzelnen Deputationen geschehen, oder ob diese im Ermessen einzelner Beamten liegen, entzieht sich unserer Kenntnis, wir neigen jedoch zur Annahme, daß Beamte ganz schematisch immer dieselben Firmen weiter auffordern. Abgesehen hiervon sollte man annehmen, daß es bei dem sehr großen Bedarf an Lieferungen für Arbeitsleistungen und Lieferungen in den vielen Artikeln, dem Magistrat nur erwünscht sein müßte, eine möglichst große Anzahl von Angeboten zu erhalten, wodurch zweifellos im Laufe eines Jahres nicht unbedeutende Summen erspart werden könnten, die dem Gemeindehaushaltplan zugute kommen würden.

Eine radikale Änderung ist nur im Interesse der Stadt gelegen, da dadurch nicht abzusehen ist, warum die ganzen Lieferungen mit Ausnahme einiger weniger Artikel seit Jahren immer in den Händen derselben Unternehmer sich befinden. Abgesehen davon, daß diese unter sich naturgemäß zu einer Verständigung kommen müssen, da ihnen der Geschäftsgang genau bekannt ist und von niemandem zu verlangen ist, sich selbst Konkurrenz zu machen. Hieran wird auch der Schmiergeldverpassus in den Verträgen nichts ändern. Der einzige Weg zu gesunden Verhältnissen ist Abschaffung der Heimlichkeit und möglichstste Veröffentlichung des jeweiligen Bedarfs, so daß jedermann Gelegenheit hat, seine Ware oder Arbeit anzubieten, wobei es der vergeltenden Bedenke unbenommen bleibt, sich über die Leistungsfähigkeit und Reueität des Anbietenden zu vergewissern.

Was die Vergabe städtischer Lieferungen und städtischer Arbeiten betrifft, so hat das sein Wern und Aber. Ueberdieses Kapitel könnten Eingeweihte viel erzählen.

Eine neue Straßenbahnlinie und neue Verbindungen eröffnet die Große Berliner Straßenbahn am 10. Mai. Neu in Betrieb geht eine Linie 44 Schönhauser Allee-Kreuzberg. Die Linie geht von der Ecke der Schönhauser Allee und der Kleinfriedrichstraße über das Schönhauser Tor, den Hackeschen Markt, den Opernplatz, die Französische, die Charlotten- und Friedrichstraße über den Belle-Alliance Platz, das Hallesche Tor und die Belle-Alliance

Straße bis zur Bergmannstraße am Kreuzberg. Der Tag geht der erste Wagen von der Schönhauser Allee 6.13, vom Kreuzberg 7.08, Uhr. An Sonn- und Feiertagen beginnt der Betrieb von der Schönhauser Allee 11.58, vom Kreuzberg 12.53 Uhr. Die Fahrzeit beträgt wochentags 42 Minuten, Sonntags 39 Minuten. Der Fahrpreis für die ganze Strecke beträgt 10 Pf. Eine neue Verbindung kommt dadurch zustande, daß die bisherige Linie G, Wilmersdorf-Kupfergraben, durch die neue Wilhelmstraße, die Luisen- und Invalidenstrasse bis zum Stettiner Bahnhof verlängert wird. Der erste Wagen geht von Wilmersdorf 5.59 Uhr, vom Stettiner Bahnhof 6.52 Uhr. Die Züge der Linien G, O und S ergänzen sich zwischen dem Augustavictoriaplatz und der Dortheimstraße Ecke der Neuen Wilhelmstraße bis zu einem 5-Minutenbetriebe, die Züge der Linien G, H und S in der Invalidenstrasse bis zu einem 3 1/2-Minutenbetriebe. Der Betrieb ist ein Anschlußbetrieb der westlichen Berliner Vorortbahn, der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn und der Berliner Straßenbahn. Eine Fahrt über die Strecken aller Gesellschaften kostet 15 Pf. Zehnminutenzüge sind Wilmersdorf-Corneliusbrücke und Invalidenstraße Ecke Ludwigstrasse-Stettiner Bahnhof. Die Fahrzeit beträgt 37 Minuten. Beide Betriebsänderungen gelten zunächst als Versuch für 1 Jahr.

Das Hippodrom im Berliner Tiergarten, das gegenwärtig durch den neuen Rustpavillon und die regelmäßigen Konzerte für die Tiergartenreiter wieder in Erinnerung gebracht worden ist, ist im Jahre 1845 auf dem Terrain der ehemaligen Kasernerie entstanden. In den Jahren 1841/42 war die Kasernerie aus dem Tiergarten nach Charlottenhof verlegt und ein Komplex von 87 Morgen ihres Terrains der Gesellschaft Zoologischer Garten zur Einrichtung des bekannten Etablissements überwiesen worden. Nachdem 1845 noch der Schiffahrtskanal durch das Kaserneriegelände gelegt worden war, wurden die restlichen Terraintelle unter Venno's Oberleitung durch den Inspektor Köben zu neuen Anlagen umgestaltet. Auf dem höher gelegenen südlichen Teile entstand das Hippodrom, auf dem nördlichen, einem ehemaligen Eisbruch, der Seepark mit dem „Neuen See“. Der praktische Zweck dieser Anlagen, die Beseitigung der üblen Ausdünstungen der Tiergartengewässer durch stärkeres Gefälle, wurde indessen nicht erreicht und auch eine Desinfizierung des Schiffahrtskanals mittels Kohlenfilter vor dem Eintritt in den Tiergarten hatte keinen Erfolg. Infolgedessen wurden die schädlichen Zustände des Kanals gänzlich abgesperrt und unter Leitung des Baurats Dr. Hübner ein Hippodrom Wasserwerk errichtet, die zur Speisung der Tiergartengewässer dienen sollten. Das Hippodrom mit den zwei Nebenbahnen umfaßt ursprünglich eine Fläche von 83 Morgen; seitdem ist der Platz durch den Bau der Stadtbahn und andere Anlagen etwas kleiner geworden.

Der Stadtvorstand hat sich zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Pensionsabänderung der Lehrer und Lehrerinnen an den Berliner Gemeindeschulen hat nach mehrstündiger Beratung beschlossen, mit Rücksicht auf die Bestimmungen des neuen Gesetzes über die Schulkosten usw. dem Plenum vorzuschlagen, den Magistrat um eine Erhöhung der Ortszulagen für Berlin zu ersuchen. Stimmt der Magistrat dieser Erhöhung der Ortszulagen für Lehrer zu, dann sollen weitere Beschlüsse bezüglich der Höhe der Ortszulagen gefaßt werden.

Wie wiederholt oft Steuerveranlagungen vorgenommen werden, lehrte eine uns vorliegende Steuerveranlagung eines in Steglitz wohnenden Lehrlings. Der junge Mann verdient jährlich 400 M., die Mutter bezieht Armenunterstützung. Nach der Einkommensteuer soll der arme Kerl nicht weniger denn 6 M. Einkommensteuer zahlen, wozu natürlich noch der Gemeindesteuerschlag kommt. Gesamtschuld müssen die Arbeitgeber nach dem § 23 des Einkommensteuergesetzes den Steuerbescheid über das Einkommen der bei ihnen beschäftigten Arbeiter geben. Mehr als der junge Mann verdient hat, kann der Arbeitgeber nicht angeben, auch nicht angegeben haben. Dann aber ist ganz unbegreiflich, wie der Lehrling überhaupt zur Zahlung von Steuern hat veranlagt werden können.

Eine Anstalt für hydrotherapeutische und physikalische Behandlung ist von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vorort-erlaubt worden. Die Anstalt befindet sich im Hause Alexanderstraße 39/40 am Alexanderplatz, zwischen Landberger Straße und Kaiserstraße. Die Einrichtung ist nur für Krankenbesuche bestimmt und sind die Kassendirektoren besonders informiert worden.

Ein Drama einer Zwergfamilie wird aus der Bernauer Straße 47c gemeldet. Dort wohnt seit fünf Monaten ein Wittwener Ehepaar, das knapp einen Meter mißt. Der junge Ehemann war auf seine kleine Frau sehr eifersüchtig und es gab öfter Szenen zwischen den Zwergen. Nach einem Streite sprang gestern der „Mann“ aus dem Fenster der ersten Etage auf den asphaltierten Hof hinab. Der Lebensmüde kam mit nicht erheblichen Verletzungen davon.

Ein guter Griff machte ein Taschendieb in der Kleiderablage des Rixus Wais. In dem Gedränge nach der Vorstellung entwendete er einem Gutsbesitzer aus Helsingfors eine Brieftasche, die gegen 600 M. in Banknoten enthielt.

Die Untersuchung in der Lichtenberger Mordsache hat noch zu keinem Ergebnis geführt. Die bisherigen Zeugenaussagen waren nicht geeignet, den Schlichtergersten Otto Försterling nach irgend einer Richtung hin zu belasten. Er bleibt nach wie vor dabei, daß er weder einen Einbruch bei Ridel geplant noch die Absicht gehabt habe, irgend eine Person zu dem Morde anzustiften. Es gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß F. als Anstifter nicht in Frage kommt.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich am gestrigen Dienstag morgen gegen 1/3 Uhr am Blücherplatz ereignet. Zur genannten Zeit verfuhr der achtjährige Schüler Hans Sasse vor einem in der Richtung nach der Danziger Straße fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 55 über über das Gleis zu laufen, um zur Schule zu gehen, obwohl der Führer des Bahnwagens, die Gefahr erkennend, sofort alle ihm zur Verfügung stehenden Bremsmittel anwandte, wurde der Kleine umgerissen und geriet unter den Schuttrahmen des Vorderperrens. Mittels mitgeführter Binden wurde der Wagon angehalten und der Verunglückte befreit. Der Knabe, der einen komplizierten Schädelbruch und eine schwere Verletzung am Hals davongetragen hatte, wurde nach der nahen Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht, verstarb jedoch schon auf dem Transporte dorthin.

Mazzia im Treptower Park. Durch die Treptower Polizei wurde gestern früh im Treptower Park und im Plänterwald eine große Mazzia vorgefunden, bei der über fünfzig Personen sifflirt wurden. Die Mehrzahl der Sifflierten konnte aber nach Feststellung der Personalien wieder entlassen werden, da nichts gegen sie vorliegt. Die übrigen, meist Wohnungslose, wurden dem Berliner Polizeipräsidium zugeführt.

Zwei Brunnenbauer verhaftet. Am Montag wurde die Berliner Feuerwehr in später Nachtstunde nach der Seeferse auf dem Wedding gerufen. Dort waren die beiden Arbeiter Otto Müller aus der Amsterdamer Straße 18 und der Möbelpolierer Max Schate aus der Malplaquetstr. 23 in der Laubentolonie „Eend“ beim Graben eines Brunnen von lockeren Sandmassen verhaftet worden. Die

Kolonisten bemerkten das Unglück erst, als die Sandmassen sich in Bewegung setzten und die beiden Arbeiter verschluckt waren. Der Automobilist schlug 21 aus der Ebnburger Straße war bald zur Stelle. Unter Leitung des Oberbrandinspektors ging die Feuerwehr an die Rettung der von losen Sandmassen bedeckten Arbeiter. Es gelang auch, den Möbelpolierer Schate lebend herauszuholen, der andere wurde auch bald geborgen, war aber schon erstickt. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß die Brunnenwände ganz ungenügend abgesteift waren und ohne Vorkehrung weiter gegraben wurde.

Das Opfer eines Unfalles ist der 20 Jahre alte Arbeiter Paul Weder gewesen, der in der Stargarder Str. 78 bei seiner Mutter wohnte. Der junge Mann verunglückte in den Vorjahren zu Tode so schwer, daß er schon auf dem Wege nach dem Paul-Gerhardshof im Krankenzug verstarb.

Selbst gesteht hat sich gestern morgen der 39 Jahre alte Buchhalter Erich von Selber, der am 1. vorigen Monats mit 12 000 M. durchbrannte. v. Selber entstammt einer Offiziersfamilie, ist aber auf die schiefe Ebene geraten und wegen Diebstahls, Unterschlagung und Betruges schon wiederholt bestraft. Trotz dieses Vorlebens gelang es ihm durch Fälschungen von Zeugnissen und Auskünften bei einer hiesigen großen Baugesellschaft Stellung zu finden. Er arbeitete auch sechs Jahre lang zur höchsten Zufriedenheit und genoh deshalb schon seit Jahren volles Vertrauen. Er lebte auch anscheinend bescheiden. v. Selber führte aber wie so mancher in der Großstadt ein Doppelleben. Durch Spielen erwarb er sich die Mittel, seinen sadistischen Neigungen frönen zu können. Als diese Mittel versagten, griff er in die Geschäftskasse. 12 000 Mark, die in mehreren Posten bei der Gesellschaft eingegangen waren, um an andere Baufirmen abgeführt zu werden, unterschlug der Buchhalter und buchte sie nicht. Man schöpfe Verdacht als er eines Sonntags sich krank meldete und am nächsten Montag nichts mehr von sich hören ließ. Eine Prüfung der Bücher und Kasse deckte jetzt die Unterschleife auf. Unterdessen war v. Selber schon abgedampft. Er ließ Frau und Kind im Stich, fuhr mit der Beute nach Köln und vergaß dort in Weiberkreisen, die seinen Neigungen entsprachen, einige tausend Mark. Dann fuhr er nach Paris, wo er es ebenso trieb. Was er nicht freiwillig gab, stahlen ihm die Weiber. Von Paris begab er sich nach London, wo er in derselben Weise den Rest des Geldes durchbrachte. Für seine eigene Person, kleine Anschaffungen und dergleichen verbrauchte er seiner Behauptung nach 3000 M. Das andere bekam die weibliche Gesellschaft, in der er sich aufhielt. Endlich besah er nach gerade soviel, um nach Berlin zurückzufahren zu können. Gestern morgen um 5 1/2 Uhr kam er auf dem Bahnhof Zoologischer Garten an. Von dort fuhr er gleich nach dem Polizeipräsidium und stellte sich der Kriminalpolizei zur Verfügung. Er hatte gerade noch 12,50 M., einen Füllfederhalter und andere Kleinigkeiten.

Ein schweres Automobilunfall hat sich wieder einmal gestern abend 1/3 Uhr an der verkehrsreichen Kurve in Sichelberge zugezogen. Ein Berliner Bankier hatte mit seiner Gattin in der Hoffjägerallee im Tiergarten ein Droschkenautomobil bestiegen, um noch einen Ausflug in das Kesselwand zu machen. In der erwähnten Kurve verfuhr plötzlich die Steuerung und das Automobil fuhr gegen einen Baum. Die Insassen wurden nach vorn geschleudert, wobei die Dame mit dem Kopf gegen die vordere Glasfläche schlug. Die Scherben der zertrümmerten Scheibe schürten die Dame in das Gesicht und den Hals und führten schwere Verletzungen herbei. Das Automobil konnte wieder flott gemacht werden und zur Ueberführung der Dame nach dem Krankenhaus Westend benutzt werden.

Von einem Automobil totgefahren wurde am Dienstagmorgen die in Friedenau, Kaiser-Allee 85, wohnhafte neunjährige Käthe Ehrlich. Beim Spielen vor dem elterlichen Hause lief die Kleine auf den Fahrband und geriet unter ein daherkommendes Geschäftsautomobil, dessen Räder über sie hinweggingen und den sofortigen Tod des Mädchens herbeiführten.

Einbrecher versuchten in der Nacht vom 8. zum 9. Mai im Bureau der Staktateure einzubrechen. Mit im Bureau vorgefundenen Werkzeugen wurden beide Kulte erbrochen. Gebunden und gestohlen wurden nur Briefmarken im Werte von zifra 85 Mark.

Auf dem Ausflug der Jugendheimbesucher nach Hellsingsee ist am Sonntag ein Rucksack mit Inhalt (Damenhandtasche, Handschuh, Luftpumpe und verschiedene andere Gegenstände) verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, den Rucksack im Jugendheim, Brunnenstraße 115, abzugeben.

Ein grünes Notizbuch mit vier Mitgliedskarten ist am Sonntag, den 7. Mai, auf der Spielwiese in Widelstwerder verloren worden. Der Finder wird gebeten, das Buch bei Welfrich, Deusselstr. 87, vorn III, abzugeben.

Mit einem Gewitter, verbunden mit wolkenbruchartigem Regen haben sich gestern die drei gestrengen Herren: Namertus, Pantratus und Servatius eingeführt. Der Wollenbruch war nur von kurzer Dauer.

Leistung. Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 40.- M. aus der Großkassette der im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter der Firma Dalmier-Motoren-Gesellschaft in Parisstraße. 7,05 M. Kranzüberzug von den Arbeitern der Pianofabrik Hilgärtner-Banlow. 24.- M. statt einer Kranzpende zum 18. März von den Arbeitern der Firma Otto Nachmann. 16,15 M. Kranzüberzug der organisierten Arbeiter des Wilmersdorfer Brauhaus durch den Vertrauensmann Genossen Webersadt. 29,35 M. von den Arbeitern der Firma Julius Wirth & Co., Berlin. 1,00 M. Streitoloff von Sparverein Carmen-Elisa. 25,02 M. von dem Vorstand der Firma Adert & Bauer, Großbuchbinder, Berlin. 50.- M. Ueberzug vom Märzkranz von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Bergmann, West-Gel., West Rosenthal. 18,65 M. Ueberzug vom Märzkranz von den Arbeitern und Handwerklern der städtischen Gasanstalt IV, Danziger Straße. 3,90 M. Kranzüberzug vom 18. März von den Metallarbeitern der Firma Ernst Jacob. 62,50 M. Ueberzug vom Märzkranz von den Arbeitern der Firma Topograph, Sehmalschneiderei. 3,65 M. von den Buchdruckern der Firma Emil Billig Nachf. 45.- M. Ueberzug vom Märzkranz von den Arbeitern der Bahngasse Brauerei. 44.- M. Ueberzug von der Kranzpende für den Genossen Bergmann von den Arbeitern der Hauptwerkstatt der Großen Berliner Straßenbahn. 221,65 M. Ueberzug vom März für Genossen Singer von den Arbeitern und Arbeiterinnen der U. S.-G., Aderstraße. 21,50 M. von den Deutschen Tagamatierwerken vom 18. März. 10.- M. von den Argusmotoren. 9,30 M. Ueberzug der Kranzpende der Arbeiter von Hofe. 4,60 M. Ueberzug der Kranzpende Bezirk 725 b. 1,05 M. Ueberzug der Kranzpende Bezirk 600/601. 8,30 M. von den Kollegen der Firma Gebr. Bolzani, Weisenstr. 7. Dr. Kurt Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1a.

Vorort-Nachrichten.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Aus der Gemeindevorstellung. Herr Thornton scheint schon jetzt das Bedürfnis zu haben, für die kommende Gemeindevahl bei der Beamtenschaft um gut Wetter zu bitten. Das geht aus seinem Eintreten für diese Kategorie von Gemeindevahlmitgliedern in der letzten Zeit recht deutlich hervor. Wenn aber gar einer der kommunalen Vereine der Gemeindevorstellung einige bittere Wahrheiten sagt, dann hat er das Bedürfnis, sich als der Verwaltung getreuesten Elfschord aufzuspielen. Kürzlich hatte ein Mitglied des Haus- und Grundbesitzervereins seinem Herzen etwas deutlich Luft gemacht. Flugs kam

Herr Thornton her und erhob in der Vertretung geharnischten Protest. Die Vertretung war aber klug genug, sich auf diese Privatangelegenheit nicht weiter einzulassen. Das kürzlich geänderte Ortsstatut muß nach Rücksprache mit dem Kreisinspektor einige Änderungen erfahren. Die Einwände des Syndikus gingen insbesondere dahin, daß in § 1 alle Straßen, Plätze und öffentlichen Gebäude namentlich aufzuführen seien, die durch das Ortsstatut geschützt werden sollten. Die zehnte Klasse der höheren Mädchenschule soll geteilt und eine Hilfslehrerin mit dem Gehaltsfuß von 1820 M. eingestellt werden. Das Ortsstatut betreffend die Beamtenbesoldung wurde dahin abgeändert, daß den im Laufe des Vierteljahres beförderbaren Beamten vom nächsten Kalendervierteljahr ab die entsprechende höheren Bezüge zuzustehen sollen. Durch besonderen Beschluß wurde festgelegt, daß diese Veränderung auch für die am 1. April beförderbaren Beamten gelten soll. Zwischen dem Kreis Teltow und der Gemeinde Pehndorf war im Jahre 1904 ein Vertrag über die Lieferung des im Gemeindegebiet zu verwendenden elektrischen Stromes abgeschlossen worden. Der Kreis hat seine Rechte aus dem Vertrage an die Berliner Vorort-Elektrizitätswerke übertragen und die Gemeinde um ihre Zustimmung ersucht. Die Zustimmung war von einer formellen Erklärung des Kreises abhängig gemacht worden, daß er nach wie vor für die Einhaltung der Vertragsbedingungen haftet. Auf Wunsch des Dezernenten des Kreisaußschusses soll von dieser Erklärung Abstand genommen werden, da nach den geltenden Rechtsregeln der Kreis an und für sich haftet. Unter dieser Voraussetzung stimmte die Vertretung zu. Es wurde beschlossen, in Schlachtensee eine Geschäftsstelle der Amts- und Gemeindeverwaltung zu errichten. Hier sollen für diesen Ortsteil die An- und Abmeldungen, die Kontrolle über die von zuziehenden vorzulegenden Legitimationen, Verschreibung von Dienst- und Arbeitsbüchern sowie der Unterchriften über Renten und Pensionsquittungen, Ausgabe der Invalidenkarten usw. erledigt werden. An Kosten entstehen dadurch dauernd 200 M., einmalig 300 M. Ein besonderer Beamter wird nicht vorläufig eingestellt. Dem Augenarzt Herrn Dr. Oppenheimer wurde die Errichtung einer Privat-Augenklinik mit fünf Betten genehmigt. Die Klinik wird an der Ecke der Neuen- und Königstraße erbaut. Eine Vorlage über die Verlegung des Schulgartens der höheren Mädchenschule wurde dem Parlamentsrat überreicht, mit dem Rechte, die darin vorgesehenen 1800 M. für diesen Zweck zu verwenden. In der Frage des seit langer Zeit schwebenden Straßenbahnbaues Pehndorf-Stahndorf gab der Bürgermeister ein Schreiben des Kreisaußschusses bekannt, wonach die Weiterführung der Verhandlungen durch die unklaren Verhältnisse in Klein-Rachnow zurzeit nicht möglich sei. Einsteilen ist also diese Angelegenheit und wahrscheinlich auf den Sanft Nimmerleinstag vertagt.

Steglitz.

Für die Umgestaltung der Straßenelektrodung in der Schloß-, Albrecht- und Schützenstraße wurden in der letzten Gemeindevorstellung nicht, wie es im gestrigen Bericht heißt, 4000 M., sondern 40000 M. bewilligt.

Mariendorf.

Gegen die reaktionäre Reichsversicherungsordnung protestierte eine im Lokal von Preuß tagende, auch von vielen Frauen besuchte öffentliche Versammlung. Das Refekt des Genossen Eugen Bräuner, der den Versammelten in eindringlicher Weise die Nachteile zeigte, die den Versicherten durch die neue Reichsversicherungsordnung erwachsen, wurde mit lebhaftem Interesse verfolgt. Insbesondere stimmten die Versammelten der Aufforderung des Referenten sowohl wie auch des Vorsitzenden zu, dafür zu sorgen, daß die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation mit größerer Energie gestärkt werde. Die bekannte Protestresolution gegen den Gesetzesentwurf fand einstimmige Annahme.

Weißensee.

Urlaub für die Gemeindefreier. Die Finanzkommission hat in ihrer letzten Sitzung sich mit dem von den Arbeitern gestellten Antrag auf Bewilligung von Ferien beschäftigt. Wie immer bei solchen Gelegenheiten werden erst die Umfragen in den Nachbarorten angestellt. Damit wird dann der Nachweis erbracht, daß sich unser Ort in bezug auf Wünsche der Gemeindefreier noch lange nicht am reichlichsten zeigt. Bisher war es üblich, daß Arbeiter, welche fünf Jahre bei der Gemeinde beschäftigt waren, auf ihren Antrag eine Woche Urlaub erhielten. Man ging jedoch diesmal etwas weiter; es soll den Arbeitern, welche ununterbrochen drei Jahre beschäftigt sind, drei Tage Urlaub gewährt werden, bei vierjähriger Beschäftigungsdauer fünf Tage und nach fünf Jahren eine Woche unter Fortzahlung des Lohnes. Wenn auch mit diesem Beschluß nicht ganz den gerechten Wünschen der Gemeindefreier nachgekommen ist, so bedeutet derselbe dennoch einen Fortschritt, der nur dem fortwährenden Drängen unserer Genossen im Gemeindepalast mit Unterstützung des Gemeindefreierverbandes zuzuschreiben ist. Es wurde auch weiter ausgesprochen, daß die Regelung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen der Gemeindefreier in Wäde erfolgen soll.

Bernau.

Eine Liebesstragdie, welche leider mit dem Tode eines jungen Mädchens ihren Abschluß fand, spielte sich am Montagabend auf der Chaussee von Bernau nach Müdnitz ab. Der 17-jährige Sohn Erich des Handwerksbrillanten Schröder, Kuffenstraße hier selbst wohnhaft, unterhielt mit der gleichaltrigen Franziska Schmidt von hier ein Liebesverhältnis. Weil die Eltern des jungen Mannes von dem Verhältnis jedoch nichts wissen wollten, beschloß er, mit seiner Braut gemeinsam in den Tod zu gehen. Am Montagmorgen trug Schröder ein auffälliges Wesen zur Schau und arbeitete auch nicht mehr. Am Nachmittag unternahm das Mädchen einen Ausflug, wo die Tat dann zur Ausführung kam. Am Abend fanden Passanten das Mädchen röhelnd auf der Müdnitzer Chaussee liegen. Neben dem Mädchen lag ein Leichnam, aus dem der junge Mann erst auf seine Braut und dann auf sich selbst eine Kugel abgefeuert hatte. Der herbeigerufene Arzt Dr. Schröder veranlaßte die sofortige Ueberführung beider nach dem städtischen Krankenhaus hier selbst. Während das junge Mädchen auf dem Transport nach dort hin an den Verletzungen starb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ist Schröder noch am Leben. Die Kugel muß auf operativem Wege entfernt werden. Schröder behauptet, das Mädchen habe sich selbst erschossen.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Gegen eine starke Minderheit wurde beschlossen, zur Vergrößerung des Schulhofes der Gemeindefreier Weisenstraße das Grundstück Heister zum Preise von 105 000 M. anzukaufen. Die Minderheit wollte die Vergrößerung des vom Staat früher zu Schulzwecken zur Verfügung gestellten Grundstückes durch angrenzendes Gartenland eines anderen Grundstückes zum Preise von 25 000 M. vornehmen. Das Grundstück Am heiligen See 1 ist zur Durchführung des Bebauungsplanes der Berliner Vorstadt zum Preise von 87 870 M. angeboten. Der Magistrat soll sich nur auf den Preis von 65 000 M. auf weitere Verhandlungen einlassen. Bei dieser Gelegenheit bemängelte Stadtv. Wenzler die ständig wachsenden Grundstückskäufe. Nach dem bisherigen Wachsen Potsdams auf Grund der Volkszählungen reichen die Anläufe der letzten Zeit für vierzig bis sechzig Jahre aus. Das Sonderbare sei, daß sich für die Grundstücke, welche die Stadt erwerbe, seit Jahren kein anderer Käufer gefunden habe. Dem Bau eines neuen Gewächshauses für die Stadtbibliothek mit 11 000 M. wurde zugestimmt. Der Magistrat, der die Ausführung an einen auswärtigen Spezialisten vergeben wollte, mußte deshalb harte Vorwürfe über sich ergehen lassen. Ein Stadtverordneter sah darin sogar die Beschädigung der Handwerker. Schließlich wurde selbst vom Oberbürgermeister eine Ausschreibung unter hiesigen Meistern in Aussicht gestellt. Zum Schluß wurde Rittmeister a. D. Wiganow als Armenvorsteher für den 13. Stadtbezirk gewählt, nach-

dem dort bereits 8-10 Herren abgelehnt haben. Unter diesen Befanden sich sowohl Private wie Beamte. Der Wahlspruch drohte, wenn ihm auch ferner die Arbeit so erschwert werde, eventuell den gesetzlichen Zwang auf die Vorgesetzten auszuüben.

Dem Potsdamer Männergesangsverein wurde für die Errichtung einer Stiftung für Erholungsreisen seiner Mitglieder und zur musikalischen Ausbildung, anlässlich seines 25-jährigen Stiftungsfestes 1000 M. bewilligt. (Der Magistrat hatte 500 M. beantragt.)

Gerichts-Zeitung.

Graf Hans von Pfeil als Kläger.

Unter recht eigenartigen und auch nicht ungefährlichen Begleiterscheinungen ging gestern ein Beleidigungsprozess von statten, den der Hauptmann a. D. Graf Hans von Pfeil gegen den Fabrikbesitzer Alfred Wulff aus Dornsdorf anstrengt hatte. Den Vorsitz im Gerichtshofe führte Amtsdirektor Voigt, Graf Pfeil wurde vom Rechtsanwalt Dr. Barnau vertreten, während der Angeklagte vom Rechtsanwalt Dr. Wilm verteidigt wurde. — Der Beleidigungsfall liegt im einzelnen folgendes zugrunde: Der Beklagte Wulff ist Besitzer eines Grundstücks in der Landberger Straße zu Berlin, auf welches Graf Pfeil eine Hypothek von 50 000 M. hatte eingetragen lassen. Diese Hypothek sollte am 1. Oktober 1908 fällig sein. Im Juli 1908 erschien Graf Pfeil in der Wohnung des damals in Friedenau wohnhaften Beklagten, um die längst fälligen Hypothekenzinsen in Empfang zu nehmen. Die allein anwesende Frau Wulff erklärte ihm hierbei, daß die Hypothek, da sie am 1. April nicht fällig worden sei, noch stehen bleiben müsse. Graf Pfeil erklärte hierauf, daß er so genau mit der Kündigung nicht Bescheid wisse, wenn die Hypothek nicht ordnungsmäßig gekündigt sei, so müsse sie eben stehen bleiben. Als Graf Pfeil bald darauf nach seiner Garnison Graudenz zurückkehrte, empfing er hier aus dem Hypothekenbrief, daß eine Kündigung gar nicht notwendig war und die Hypothek auf jeden Fall am 1. Oktober 1908 fällig war. Er richtete deshalb an Wulff eine Depesche und später einen Brief, in welchem er dies mitteilte und gleichzeitig die Zurückzahlung verlangte. Wulff trat nun plötzlich mit der Behauptung auf, daß Graf Pfeil seiner Ehefrau das Versprechen gegeben habe, die Hypothek stehen zu lassen. Außerdem habe ihm Graf Pfeil bei einem Spaziergang unter den Linden die haarsträubendsten Geschichten über seine Frau und die heimlichen Eheleute erzählt und ihm mitgeteilt, daß er sich nächstens wieder verloben wolle und schon eine Braut habe. Der Graf habe ihm dann das Versprechen abgenommen, über diese Unterredung zu schweigen und ihm auch ferner versprochen, die Hypothek stehen zu lassen. — Von Graf Pfeil wurde vor Gericht dieses letztere Versprechen auf das entschiedenste bestritten. — Nachdem Wulff im gerichtlichen Wege gezwungen war, die Hypothekensumme zurückzugeben und dies auch im Juli 1908 getan hatte, glaubte er an dem Grafen Pfeil noch sein Mütchen füttern zu müssen, denn er richtete 14 Tage später an den Grafen einen von den schwersten Beleidigungen strotzenden Brief, in welchem er ihm unehrenhafte Gefinnung und zweifelhaftes Ehrenhaftigkeit vorwarf. Graf Pfeil leitete auf diesen Brief hin die jetzige Beleidigungssache ein. — Während der gestrigen Sitzung war inzwischen ein schweres Gewitter heraufgezogen, bei welchem Wulff auf Wulff folgte. Während des Plaidoyers des Rechtsanwalts Barnau erschütterte plötzlich ein Blitzstrahl das Gerichtsgebäude bis in seine Grundfesten. Zu gleicher Zeit sprang in dem Kronleuchter ein hellleuchtender Funke zwischen den Metallteilen unter lautem Knistern und Knallen über. Nachdem sich die Anwesenden von dem ersten Schrecken erholt hatten, setzte der Anwalt sein Plaidoyer fort. Wie sich herausstellte, hatte der Blitz in den einen Turm des Gerichtsgebäudes eingeschlagen. Von dem Blitzableiter war dann ein Teil der Blitzenergie in das Lichtrohr des Kriminalgerichts übergesprungen und hatte sich dann in dem weitverzweigten Netz verteilt, ohne irgendwelchen Schaden anzurichten. — In der Verhandlung selbst wurde der Angeklagte mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigungen zu 100 M. Geldstrafe ev. 30 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Keckheit einer Frau.

durch welche der Verletzte ein Auge verloren hatte, lag einer Anklage wegen schwerer und mittels eines gefährlichen Werkzeuges ausgeführter Körperverletzung zugrunde, welche die Fuhrunternehmerfrau Anna Wanzl aus Oberschöneweide vor die 3. Strafkammer des Landgerichts II führte. Wegen Beleidigung war außerdem der Holzhändler Otto Kühn mitangeklagt. — Am 24. November vorigen Jahres sah der Ehemann der Angeklagten Wanzl, welcher in Oberschöneweide ein großes Fuhrgeschäft betreibt, mit mehreren Bekannten, darunter der Angeklagte Kühn, in der Schankwirtschaft von Cuabe in Oberschöneweide. Frau W., die anscheinend keine große Freundin der Wirtin war, besuchte ihres Ehemannes war, hatte deshalb schon mehrere Male in dem Lokal telephonisch angerufen und energisch verlangt, daß ihr Mann sofort nach Hause komme. Da W. hierdurch in den Verdacht eines „Pantoffelhenslers“ geriet, blieb er erst recht beim Biere sitzen. Nach einiger Zeit öffnete sich die Lokaltür und es erschien die Angeklagte in eigener Person, um den säumigen Gatten zu holen. Aus ihrem Munde sprudelte ein ganzes Schimpfwörterlexikon hervor. Als die Besatzung eintrat, daß es in dem Lokal zu einem ehe-lichen Gemitter mit verschiedenen „Einschlägen“ kommen würde, legte sich Kühn ins Mittel und bat die Frau W., doch nicht so aufgeregt zu sein, sondern lieber in aller Ruhe ein Glas Bier mitzutrinken. Die anscheinend etwas sehr schlaftrübe Frau fühlte sich hierdurch angeekelt und verfehlte dem Friedensstifter eine schallende Ohrfeige, die von diesem sofort mit gleicher Münze zurückgekehrt wurde. Die Angeklagte ergriff hierauf ein Bierglas und schlug mit diesem den Kühn mit solcher Wucht in das Gesicht, daß das Glas in Scherben ging. Dieser Schlag hatte sehr schwere Folgen, da er gerade das linke Auge des Kühn getroffen und erheblich verletzt hatte. Kühn mußte sich auf Anraten seines Hausarztes in die Augenklinik des Professors Hirschberg in Berlin begeben, wo das verletzte Auge entfernt werden mußte, da eine Entzündung und Vereiterung hinzugezogen war. Kühn muß jetzt ein Glasauge tragen. — Bei jener Szene war es auch zu gegenseitigen Schimpfereien gekommen; Kühn hatte, als der verhängnisvolle Schlag gegen ihn geführt war, die Scherben aufgehoben und sie der Angeklagten ins Gesicht geworfen, wodurch sie eine Wunde an der Stirn davontrug. — Vor Gericht behauptete Kühn in der Rotwehre gehandelt zu haben, da er weitere Angriffe von seiten der Frau habe befürchten müssen. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die überaus schweren Folgen, welche die rohe Tat der Frau Wanzl zur Folge gehabt hatten, gegen diese eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Tagen und gegen Kühn 30 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte gegen Kühn auf Freisprechung, da er sich in der Rotwehre befunden habe. Gegen die Frau Wanzl lautete das Urteil auf 4 Monate Gefängnis und 30 M. Geldstrafe.

Eigenes Verschulden (§ 254 B. G. B.) und Klageanspruch.

Der § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der die menschliche Einsicht bei unerlaubten Handlungen vom sechsten Lebensjahre ab als möglich voraussetzt, bestimmt unter anderem, daß derjenige, der das Siedende, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, für einen Schaden, den er einem anderen zufügt, nicht verantwortlich ist, wenn er bei der Begehung der schädigenden Handlung nicht die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht besessen hat. Diese Bezeichnung ist nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts auch im umgekehrten Sinne auf den Fall des eigenen Verschuldens (§ 254 B. G. B.) anzuwenden. Das heißt, daß der Kläger, der bei einem Anfall noch nicht achtzehn Jahre alt gewesen ist, sich gleichfalls auf den Mangel der Einsicht berufen kann, um so sein Mitschuldigen zu widerlegen. In einer solchen Klage hat das Oberlandesgericht Hamburg den Kläger abgewiesen, weil schon der geringe Grad eigenen Verschuldens genüge, den Kläger mit seinen Ansprüchen vollständig abzuweisen. Das Reichsgericht dagegen hat bisher die Ansprüche des Klägers nur bei grobem Ver-

schulden völlig abgewiesen, sonst aber den Schaden im Sinne des § 254 B. G. B. nach der Größe des Verschuldens geteilt.

Der jetzt vor dem Reichsgericht verhandelte Fall liegt wie folgt: Der 15½-jährige Lehrling H. in Bremen begab sich eines Abends auf dem Nachhausewege von der Fortbildungsschule mit anderen Schülern auf der Straße herum. Als er vor einem anderen Jungen davonlaufen wollte, hörte man aus einer Entfernung von etwa drei bis vier Metern das Glockensignal eines Straßenbahnwagens. H. wollte zurückspringen, kam dabei aber zu Fall; als er sich erheben wollte, wurde ihm das Quer über einer schrägen liegenden linken Bein überfahren. Seine gegen die Bremer Straßenbahn erhobenen Erbschaftsprüche sind vom Landgericht Bremen und vom Oberlandesgericht Hamburg abgelehnt worden. In den Entscheidungsgründen erklärt das Oberlandesgericht, daß der Kläger den Unfall durch eigenes Verschulden herbeigeführt habe. Und zwar habe er dadurch, daß er auf die Straße gelaufen ist, ohne die Fahrbahn zu beachten, die im Verkehr erforderliche Sorgfalt verletzt, die jedermann beim Ueberschreiten von Straßenbahngleisen angeschlossen werden müsse. Daß er die im § 254 B. G. B. für sein Verschulden maßgebende Einsicht besessen hat, behauptet das Oberlandesgericht. Es verkennt nicht, daß der Spieltrieb etwas Naturgemäßes sei. Jedoch meint es, daß diese Tatsache nur Knaben in ganz jugendlichem Alter zur Entschuldigung gereichen könne. Der 15½-jährige Kläger hätte die Gefahr erkennen müssen. Das Gesetz gestatte es dem Richter nicht, zwischen grobem und geringem Verschulden zu unterscheiden. Auch das geringe Verschulden genüge, um die Haftpflicht des Betriebsunternehmers nach § 1 des Haftpflichtgesetzes auszuschießen.

Befonders gegen die beiden letzten Sätze des oberlandesgerichtlichen Urteils waren die Angriffe der vom Kläger geltend gemachten Revision gerichtet. Die Revision hatte den Erfolg, daß das Urteil des Oberlandesgerichts vom Reichsgericht aufgehoben und die Ansprüche des Klägers zu einem Drittel als gerechtfertigt anerkannt worden sind. Das Reichsgericht kann sich offenbar der Ansicht des Oberlandesgerichts Hamburg nicht anschließen, daß schon das geringe Verschulden des Verletzten genüge, um die Haftpflicht des Betriebsunternehmers völlig auszuschließen.

Aus aller Welt.

Absturz eines deutschen Fliegers.

In der Nähe von Merseburg ist der Referendar Casper mit seinem Flugapparat bei einer verunglückten Landung abgestürzt und hat sich einen Bruch des Beckens und einen Beinbruch zugezogen. Casper, der sich seit einiger Zeit dem Flugsport zugewandt hat, war am Montag nachmittag auf dem Flugplatz in Johannisthal zu einem Fernfluge nach Kassel aufgestiegen. Nachdem er gegen 1/2 11 Uhr Halle und später Merseburg überflogen hatte, geriet er in der siebenten Abendstunde bei Frankleben in eine Reibschicht. Um sich zu orientieren, näherte der Flieger sich dem Erdboden, dabei flog er in eine Telegraphenleitung, in der sich sein Apparat verfang. Casper stürzte mit dem Flugzeuge zur Erde nieder, wobei er die angegebenen Verletzungen erlitt. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert.

Revolte der Chinesen gegen Wucherpreise.

In Hangtschau in der Provinz Tscheljang ist es am 6. d. Mts. infolge der Weigerung der Reichshändler, die hohen Preise herabzusetzen, zu Unruhen gekommen. Zwanzig Reiseläden, eine Drogerhandlung, mehrere Häuser von Mandarinen wurden zerstört und verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Als sich die Polizei weigerte, die Verhafteten freizulassen, griff die Menge das Gerichtsgebäude und die Polizeistation an, wobei diese Gebäude erheblich beschädigt wurden. Mehrere Polizeibeamte wurden schwer verletzt. Zur Wiederherstellung der Ordnung mußten Truppen aufgeboden werden.

Kleine Notizen.

Bergmanns Ende. Auf der Rehe Gläuf-Tiefbau in Westfalen wurden gestern morgen durch frühzeitiges Losgehen eines Sprengschusses zwei Vergleute getötet. Zwei andere — ein Brüderpaar — und ein Aufseher erlitten schwere Verletzungen. — Im Kohlenbergwerk von Lupeny im ungarischen Komitat Hunyad entstand infolge von Unachtsamkeit eines Arbeiters ein schlagendes Wetter, durch das vier Vergleute getötet wurden.

Feuerbrand in Japan. Die Stadt Yamagata steht in Flammen. Mehr als tausend Häuser, darunter die Prefektur, mehrere Banken und Schulen sowie das Gerichtsgebäude sind vernichtet.

Eine Primaballerina als Schwindlerin. In Agram wurde die Primaballerina Gensa vom kroatischen Nationaltheater wegen umfangreicher Schwindelereien verhaftet. Ein Teil der gegen 200 000 Mark betragenden Betrügereien soll die Theaterkasse in Frankfurt a. M. verübt haben.

Im Wurfesfel verdrückt. In Jarze stürzte beim Kletterspiel ein zwölfjähriger Knabe, Sohn eines Fleischermeisters, in den Wurfesfel und wurde tödlich verdrückt.

Eingegangene Druckschriften.

Charakter — eine Nacht. Von D. Ewelt Rarden. Uebersetzt von Emma Bate. Stuttgart, B. Kohlhammer, 1 M.
Licht und Schatten. Wochenchrift für Schwarzweißkunst und Dichtung. Nr. 30. München und Berlin, 20 Pf.
Bericht für das Geschäftsjahr 1910 der Allgemeinen Orts-Krankenkasse zu Berlin. 78 S. Selbstverlag.
G. Herwegh von Victor Fleury (französisch). E. Cornély u. Co., Paris, 10 ff.
Jahresbericht 1909/10 des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. 282 S. H. Hansmann u. Co., Bochum.

Witterungsübersicht vom 9. Mai 1911.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Wetter	W. u. N. Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Wetter	W. u. N. Temp. in Grad C.
Emmenbe.	766	SD	4	wolklos	17	Laparanda	765	SSW	2	wolklos	8
Bernburg	764	ONO	2	halb bb.	11	Belgrad	771	WS	1	wolklos	11
Dormitz	764	SD	3	wolklos	16	Cetta	762	D	4	heiter	11
Frankfurt a. M.	760	SD	2	wolklos	14	Herborn	768	SH	1	Regen	9
München	759	D	2	heiter	10	Paris	760	WWD	2	wolklos	14
Wien	764	DSO	1	Regen	12						

Wetterprognose für Mittwoh, den 10. Mai 1911.

Hiermit warnen, vielfach heiter, aber veränderlich, bei mäßigen südlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 8. 5.	am 7. 5.	Wasserstand	am 8. 5.	am 7. 5.
Remel, Mühl	238	-11	Saale, Großh.	92	+9
Bregel, Jüterburg	-24	-8	Saale, Spandau	84	+4
Beichel, Horn	114	-6	Havel, Rathenow	140	0
Oder, Rathen	200	+20	Spree, Spremberg	78	0
„Kroffen	148	-1	„Beckton	106	-2
„Frankfurt	—	—	„Witten	-61	-11
„Sörum	48	-2	„Witten	18	-4
„Landsberg	64	-6	Rhein, Wismarschen	402	-4
„Sorbau	40	-2	„Rhein	201	-3
„Eibe, Peitzberg	45	+15	„Rhein	200	-8
„Frieden	-101	-1	„Redar, Jüdisch	75	+9
„Darg	169	-11	„Rhein, Wertheim	131	-5
„Ragdeburg	148	-2	„Rhein, Litz	—	—

+) bedeutet Hoch, —) Senk. —) Unterpegel.

Zum Küssen schön ist ein Mund mit



Zähne

180 M.

Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen in örtlicher Betäubung pro Zahn 1 M.

Reform Zahn-Praxis

Carl Rudolph.
Deutschlands größtes zahntechnisches Unternehmen.
20 Filialen.

1. Praxis: Elsassstr. 17/18
2. Praxis: Oranienstr. 61
3. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.
4. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
5. Praxis: Spandau, Neuendorfer Straße 106.
6. Praxis: Potsdam, Charlottenstr. 86 I.

Fürstenwalde, Friedrichstr. 2 I., nur Mittwoch und Sonnabend von 9-5 Uhr.

Teilzahlung! Elsassstr. 17-18, wöchentliche und monatliche Teilzahlungen zugelassen. — Verlangen Sie kostenlosen Besuch eines Vertreters!



Salem Gold Cigaretten

Etwas für Sie!

№ 4, 5, 6, 8, 10
Preis 4, 5, 6, 8, 10 Pfg. d. St.

Orient. Tab. u. Cigaretten-Fabr. „Yenidze“
Inh. Hugo Zietz, Dresden

Spezialmarke: Salem Aleikum
Erbältlich in den Cigarrengeschäften wo dieses Plakat sichtbar ist!



Persil

Wissen Sie schon, daß Persil Ihnen die Wäsche nicht nur von selbst wäscht, sondern daß es Ihnen die Wäsche auch schon und erhält? Wenn nicht, dann überzeugen Sie sich durch einen Versuch.

Erbältlich nur in Original-Paketen.
Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.

Henkels Bleich-Soda

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Wichtig für Hausfrauen

Um die Rasenbleiche zu ersetzen, kaufen Sie sich für 15 Pfg. ein Paket „SEIFIX“ Die Wäsche wird schneeweiß u. leidet nicht im Geringsten. Ein Versuch überzeugt.



Sicherheits-Zündhölzer

anerkannt bestes deutsches Fabrikat
Schutzmarke
Union Augsburg

Niederlage und Vertretung für Berlin:
G.F. Müller, Berlin SW. 68, Markgrafentor 91, Telefon IV 10302.

Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Vom 7. bis 13. Mai 1911

Hotel Mainzer Hof, Ecke Dorotheenstraße 3 (Ecke Dorotheenstraße) hier selbst anwesend sein, um

künstliche Augen

direkt n. d. Natur f. Patient anzufert. u. einzupassen.
F. Ad. Müller, Augenkünstler a. Wiesbaden.

Mieter!

Wer gesund, modern und billig wohnen will, der bestimme die Wohnungen an der

Schloß-Allee am kgl. Schloßpark Pankow-Niederschönhausen

4 Zimmer v. 750 M., 3 Zimmer v. 620 M., 2 Zimmer v. 400 M. an. Für 10 Pfennig direkt zu erreichen mit der Stettiner Vorortbahn (Stal. Pankow-Heinersdorf), mit der Siemensbahn von der Mittelstraße sowie der Linie 49. In die Nähe führen noch mit Zugang durch den Schloßpark Linie 47, 47a und 57. Näheres Niederschönhausen, Schloß-Allee 40. Fernspr. Amt Pankow Nr. 200. 69/10*

Theater und Vergnügungen

Theater.

Mittwoch, den 10. Mai
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Tristan und Isolde. Anf. 7 Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Der Söldnerfriede.

Deutsches. Faust 2. Teil. (Anfang 6 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Kammerpiele. Die Königin. Komische Oper. Don Juan. Neues Königl. Operntheater. Geschlossen.

Neues Schauspielhaus. Wienerinnen.

Leistung. Glaube und Heimat. Kleines. Der Leibgarde. Berliner. Sammelstudenten. Adelen. Die lustigen Ribbelungen. Neues. Wein erlauchter Klüber. Lustspielhaus. Der Registrator auf Reisen.

Trianon. Das Bräutigam. Thalia. Polnische Wirtshaus. Schiller O. (Ballner-Theater.) Der große Name.

Schiller-Charlottenburg. König Helmut.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Jungfrau von Orléans.

Herrnsfeld. Scheidungs-Souper. Die Original-Clubpartie.

Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.

Volksooper. Der Freischütz. Lützen. Eine Mutter.

Wodanis. Großstadtluft. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Hobeit amüsiert sich! Kasino. Jemel Wappen. Voigt. Das Glück im Winkel. Apollo. Spezialitäten. Waffner. Spezialitäten. Wand. Geschlossen.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Wintergarten. Spezialitäten. Walhalla. Prinz und Bettlerin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Kaiser-Panorama. Wanderung durch den Herz. Hochgebirge in der Schweiz.

Quintess. Die neue Geliebte. Van und Dapnis. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Karl Haberland. Spezialitäten. Wedding. Lichtspiele.

Urania. Tandemstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Bummelstudenten. Morgen: Sammelstudenten.

Neues Theater. Täglich: Mein erlauchter Ahnherr. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater O. Ballner-Theater.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Der große Name.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Im Klubsessel.

Freitag, abends 8 Uhr: Der große Name.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: König Heinrich.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Liebelel. Hierauf: Literatur.

Freitag, abends 8 Uhr: König Heinrich.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr: Die lustigen Ribbelungen.

Sonntag 3 1/2 Uhr: Der Söldnerfriede.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Mittwoch, den 10. Mai, 8 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Reforenst.

Sonntag zum 1. Male: Der Hüttenbesitzer.

Luisen-Theater.

Täglich 8 Uhr: Ohne Mutter.

Preisgekröntes Sensations-Schauspiel in 5 Akten von Benjamin Depaire.

Sonntag, den 14. Mai, nach 3 Uhr: Aus erster Ehe.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Der Registrator auf Reisen.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: Auf nach New York.

Vollständigt mit Bezug und Tanz in 5 Akten von Philip und Richard. Morg. u. folg. Tage: Auf nach New York.

Metropol-Theater.

Hobeit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Freund. Musik von Rudolf Nelson. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Herrnsfeld Theater

Original-Clubpartie. Ein Verlobungs-Geschaft. Das Scheidungs-Souper. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.



„CLOU“

BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Täglich! nachmittags und abends

Große Konzerte

ausgeführt von Garde-Regiments-Kapellen bei freiem Eintritt.

Vorzügliche Küche. Spezialauschank von Mönchener Mathäser Bräu.

Neue Welt.

Große Spezialitäten-Vorstellung

Auftreten der spanisch. Nationaltänzerin Sennorita Dolina und der indischen Schönheit Miß Lala-lea. Im Kinoma ausgewähltes Programm.

Täglich 4 Uhr nachmittags

Großes Promenaden-Konzert.

Wasserrutschbahn — Liebesmühle — Lachkabinett. Heute Eintrittspreis 10 Pf.



Apollo Theater

8 1/2 Uhr: Das neue Programm der Attraktionen.

9 1/2 Uhr: Berlin's Sensation: Am ein Weib. Großes amerikanisches Auskultungs-Sensationsstück in acht Bildern. Die gezeichnete Effette.



WINTERGARTEN

Neues Programm!
LA TORTAJADA.
The surf bathers eine Idylle am Meeresgestade.
De Dio in ihren neuesten Schöpfungen von Phantasietänzen und der von Publikum und Presse glänzend beurteilte Mai-Spielplan. — Rauchen gestattet. —

Noacks Theater.
Direktion: Robert Hill. Berlin N., Brunnentstraße 16.
Heute geschlossen!
Nächste Vorstellung: Sonnabend, den 13. Mai 1911.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.



ZOO

LOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Jahres-Abonnement an allen drei Schalterkäffen.



Montreal

Die Stadt auf Schlittschuhen
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassenpreise. Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr: Wertheim wird plätzen! Bunter Solo-Teil. III. Klasse.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Britton als Mieke im Hosenträger.

Zirkus Busch

Heute abends 8 Uhr: Großer Gala-Abend! General Jacharee Umaloo, der Weister tartarischer Kriegswaffen (Lanze, Bajonett, Gewehr, Säbel, Kette). Der utomische Randsch-Jansen mit seinen dreifachen Tieren. Hr. Martha Mohnte, Säuleleiterin. Herr Ernst Schumann, Original-Dress, ufo. Um 9 1/2 Uhr zum 13. Male: Die neue große Frühjahrs-Pantomime Ein Jagd auf Hofe König Ludwig XIV. Vorher das große Galaprogramm.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 11. Mai 1911:
Die Anna-Lise.
Anf. 8 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

Königstadt-Kasino.

Solymarktstr. 79.
Sensationeller Erfolg: Flachshaar als Erzieher.
The 3 Luissots, Otto Bayer, Overt Hengrich, Antio Ravera ufm. Anfang 1 1/2 Uhr, Sonntag 1 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.

Gastspiel des Neuen Schauspielhauses. Täglich abends 8 Uhr: Das Prinzenchen. Liebeschwanz in 3 Akten v. R. Witsch.

Casino-Theater

Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr. Letzter Spielmonat vor den Ferien. Gastsp. d. berühmten Fischerfesten: Leben und Treiben im Kaufhaus. Dazu d. gr. Lacherfolg in dieser Saison „Zwei Wappen“.
Sonntag 3 1/2 Uhr: „Marianne“.

Humor-Quartett

Ant III, Berliner No. 9599
Gg. Treuer Kastanienallee 60

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Extra wohlfeil!



Sport-Höschen
Oestreicher Washstoff, mit hübschen Borten besetzt

95 Pf.

Sport-Hemden
in vielen schönen Mustern.....

1.75

Sport-Hose
Blau Satin, wasch-echt.....

1.75

Falten-Anzug
glatte und gemusterte Washstoffe,

für das Alter von 9-14 Jahren
von 4.50 an

Wash-Blusen
für Alter 5-8 Jahre
1.85, 95 Pf. 50 Pf.

Bayr. Loden-Pelerinen
mit abknöpfbarer Kapuze, Tragbändern und Taschen, für Knaben und Mädchen
70 bis 90 cm 4.50 | 100 bis 110 cm 6.00

Washblusen-Anzüge
für Alter 3 bis 8 Jahre
Einheitspreis... 2.50

Knaben-Stroh-Hüte
von 50 Pf. an

Knaben-Sport-Mützen
Neueste Muster 60 Pf.

BaerSohn

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenfrei.

400 wenig gebrauchte,

elegante Anzüge, Paletots und Hosen etc. gelangen in dieser Woche zum Verkauf. Ueberrascht werden Sie durch das tadellose Aussehen und den modernen Schnitt. Der Anschaffungswert beträgt teilweise bis zu 125 M. Zumeist hergestellt in ersten Schneiderwerkstätten, vielfach feinste Abarbeitung (auf Seide), sind sie in Stoffen und Dauerhaftigkeit der sog. billigen fertigen Konfektion entschieden vorzuziehen. Anzüge von 7.00 bis 17.50 M., Paletots von 6.00 bis 16.00 M., Hosen von 1.50 bis 3.00 M. und besser. Verleihhaus feiner Herren-Moden, Leipziger Str. 50, am Spittelmarkt. Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate. Sonntags geöffnet von 7^{1/2}-10, 12-2 Uhr. Stets großes Lager von Gelegenheitskäufen in Anzügen u. Paletots von 9.50 M. an.



Gummi-Absätze Continental

Angenehm, weich und elastisch!
Dauerhafter als Leder!
Eine Wohltat für Jeden!

Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher
Continental-Gummi-Absätze,
es sind die besten!

Alleinige Lieferanten:
Schwelm Gummiwaren-Industrie, G. m. b. H.,
Schwelm i. Westf.

Wanzen

Idiot unfehlbar mit Brut
Reichels Wanzenfluid „Radikal“
Fl. 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, Literfl. 5.-,
Wohlgeschmeckt, nicht feuergefährlich,
Kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung

Schwaben

bespricht mit Brut radikal und sicher
Reichels Spezial-Schwaben-Poudre
„Martial“, Fl. 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, 4.-

Motten

werden ganz sicher getötet und voll-
kommen ausgekotet durch Reichels
Spezial-Mottenspulver „Total“
Fl. 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, 4.-,
Sprühdose von 50 Pf. an.

Einzig echt u. garantiert wirk-
sam nur i. Original-
packungen **Tod u. Teufel**
mit **Reichels**
in den Drogerien und bei
Otto Reichel, Berlin 43,
Bernstr.-Königsplatz IV 4751, 4752, 4753.

Stoffe

Damenstiche, Damen- & Stoffumstoffe,
prima Qualitäten, Str. 2,50, 3,50 u.
Zuchliger Koch & Seeland, G. m. b. H.,
Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis
Königsplatz.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge u. Paletot
nach Mass, schnell, dauerhaft, Zeiteten
von 25 Mark an. **Moritz Laband**,
Neue Promenade 8, (Stadth. Bldg.)

3. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. Mai 1911, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigelegt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
131 85 230 74 401 22 [500] 48 [500] 323 600 55 72 761
924 1115 21 81 227 204 [5000] 455 576 [500] 43 [500] 69
470 28 2025 65 301 31 78 93 293 [500] 337 78 580 60
[5000] 627 28 803 3017 137 63 421 32 323 44 [500] 771 919
18 57 4 82 287 203 19 [5000] 603 603 5145 48 241 518 861
88 6128 [500] 76 215 400 23 60 [1000] 353 683 7075 101
305 483 904 74 8260 521 48 48 858 85 915 50 9023 50 236
35 206 [5000] 48 50 481 504 [5000] 812 23 629 599
10005 89 225 85 419 815 27 86 963 40 11059 216 70
319 405 381 715 96 845 [500] 12070 149 306 63 862 85
78 13083 188 [500] 250 91 235 478 49 00 300 517 29 43
14004 447 51 70 15171 325 32 54 70 482 737 67 62 823
091 [500] 16127 [500] 306 24 280 489 822 17023 256 420
86 513 45 021 32 35 727 28 912 18178 [5000] 450 561 717
19 427 38 63 328 77 600 729 27 981 79 50
20094 120 647 81 762 814 22 800 2195 168 603 743
55 901 45 2204 [500] 84 95 110 44 [500] 58 54 85 253
[1000] 74 429 393 618 62 [500] 23011 58 382 84 [500] 98
451 321 35 692 708 326 955 24693 136 213 63 788 894
25 012 289 381 499 99 683 749 65 70 73 88 883 923 49
26003 [500] 264 292 [1000] 484 487 708 [5000] 949 90 [1000]
27 094 297 298 417 132 910 36 28048 71 239 [500] 71
308 34 [5000] 489 345 807 907 20294 371 623 40 [500]
803 73
30005 409 25 324 87 801 [1000] 30 47 825 31063
243 444 829 97 760 836 [5000] 971 92000 114 43 216 41
500 [500] 806 29 [500] 30 609 33334 79 97 765 602 525
898 [5000] 766 85 34119 286 340 98 400 26 38 506 62 806
518 35083 81 224 701 7 9 363 533 80 671 63 64 734 916 85
[500] 36180 221 481 358 [1000] 603 38 48 [500] 63 93
37003 801 19 23 64 95 38065 233 90 973 39054 108 212
[1000] 270 702
40078 408 547 98 619 735 971 [1000] 41191 202 411
23 [1000] 301 35 68 810 48 800 967 42070 885 43177
80 [1000] 372 444 345 615 84 150 96 834 54 96 977 44097
281 221 35 37 [5000] 919 748 [1000] 805 924 [5000] 45004
272 708 422 804 40000 62 315 466 266 805 [500] 10 974
47041 192 313 [500] 18 407 818 854 45 928 [5000] 48013
143 279 347 585 795 844 40817 484 866 85 774 884
50054 85 289 201 401 755 856 084 72 51072 221 414
48 91 [500] 805 718 [1000] 323 90 52153 296 405 12 21 98
723 [500] 86 842 212 53035 387 208 18 318 82 [500] 437
208 [1000] 807 401 797 861 78 621 54047 [500] 88 151 214
18 272 901 847 803 61 912 [500] 55140 249 71 [5000] 240
401 50 [1000] 319 618 732 34 [5000] 50 50237 85 93 225
498 [5000] 369 819 80 87 88 702 49 845 47 57131 54 296
620 274 378 81 654 32 128 828 915 58069 93 107 40 89 284
620 811 41 24 [500] 915 80 50 391 90 7 82
60087 82 [500] 417 64 02 817 63 617 [5000] 82 66
779 88 804 61181 244 75 525 34 653 738 871 [500] 009
02202 448 [50000] 81 [500] 612 59 [500] 710 [500] 009
82 855 63 916 61 63087 97 106 33 419 44 382 750 87 857
64032 40 64 150 642 960 810 70 714 48 80833 24088 63300
31 611 716 828 [5000] 66080 61 189 214 402 027 900 75
018 67235 88 54 404 67 643 [5000] 61 819 32 68294 47 287
[1000] 287 811 813 22 777 853 69170 214 85 470 [500] 880
611 723 40 84 893
70089 278 485 530 32 87 770 [500] 823 914 71077 86
[1000] 291 442 511 28 732 802 63 72045 49 227 372 427 02
18 843 61 44 736 985 [500] 73 206 85 300 502 67 [500]
627 17 87 300 997 74119 81 220 887 75500 109 41 283
303 508 867 77 225 76210 377 478 514 05 680 715 77048
108 81 271 362 97 423 [1000] 550 076 749 92 97 804 9 803
78016 21 82 128 35 638 736 96 79172 [500] 202 325 30
463 [500] 97 346 636 740 [1000]
80199 278 225 501 75 855 927 40 87 81284 452 807
628 830 [1000] 82199 392 19 41 774 89 978 83021 161 00
220 40 233 [5000] 92 431 558 73 206 85 300 502 67 [500]
901 8401 121 247 341 808 96 717 950 85411 85 734 60
803 [500] 86107 32 241 90 388 [1000] 611 771 843 301
87079 29 138 28 247 432 283 [5000] 910 87 80 870
944 88245 218 [500] 544 638 187 840 908 89012 75 132
34 205 41 63 365 61 309 617 578 094
90901 09 416 21 022 18 821 953 67 91119 69 316 36
787 801 49 872 92011 29 [500] 110 71 237 85 [500] 650
829 728 46 847 911 93180 529 94000 404 50 388 800 241

95005 65 [500] 311 626 [500] 62 821 96088 100 95 [1000]
215 324 443 554 679 701 79 [1000] 833 [1000] 97041 149
392 567 69 609 [500] 23 [5000] 126 72 [500] 60 [500] 838
94 918 30 44 79 [1000] 98045 [1000] 181 231 300 48 882
781 977 259 79 92 99730 49 59 221 400 8 26 73 [1000]
371 977 632 759 73 83 974
100022 024 743 906 9 101044 170 284 822 61 [1000]
63 902 102003 57 145 [1000] 90 200 600 738 45 [500] 93
103081 123 386 77 78 [1000] 412 69 [1000] 925 [500]
104099 249 92 632 68 124 825 105089 99 127 261 812 404
84 106819 707 77 78 107154 59 412 38 77 558 810 53
730 218 68 90 108163 233 63 82 80 408 69 820 [500] 213
109073 130 256 245 411 802 708 830 45
110003 [500] 30 214 47 468 [500] 531 821 221 64
111097 100 70 200 200 [10000] 458 203 390 112025 45
83 158 283 312 88 474 322 38 45 704 36 [1000] 887 [500]
073 113104 276 348 71 636 [10000] 676 114009 102 27
308 417 [500] 333 83 227 115188 228 [500] 73 481 564
709 977 57 116118 [1000] 210 117002 15 107 10 267
442 90 660 968 118088 178 296 315 28 487 283 686 843
119312 487 687 40 43 387
120119 28 [500] 311 400 48 538 90 86 812 66 944
121119 21 53 219 63 452 62 833 994 122120 474 [500]
814 900 123017 [500] 64 111 84 98 538 559 30 713 28
124407 65 88 128 229 414 609 864 996 [500] 123060 173 215
85 814 212 126019 323 476 854 744 904 [500] 86 941 127037
96 212 77 408 35 850 802 128024 41 85 169 269 347 61
682 [1000] 71 838 47 900 23 80 129104 85 234 261 422
41 98 313 75 687 707 8 22 26 97 813
130002 133 97 269 811 [500] 79 460 639 717 827
131157 248 387 82 600 612 890 132186 206 313 54 69
637 49 133023 806 328 473 602 45 134102 312 411
135014 106 20 91 269 215 493 647 70 511 48 85 909
136124 23 225 59 600 100 500 137112 223 444
371 89 639 [1000] 868 916 [500] 19 138887 204 30 32
472 773 825 26 139164 85 [1000] 200 23 264 424 967 73
705 41 95 921 277
140003 20 85 154 61 241 308 483 590 812 976 141000
[1000] 244 84 90 541 022 709 [1000] 907 88 869 96 142151
467 91 [1000] 709 17 846 143182 [500] 484 647 734 820 77
[500] 144048 68 478 890 145001 25 117 201 706 81 810
146086 204 57 329 326 [5000] 871 147048 183 241 42 89
382 506 614 73 81 849 918 148717 286 844 85 149174
[5000] 618 70 [500] 519 664 81 957 65 73
150117 33 231 263 [500] 82 439 50 826 37 42 969
151034 30 275 289 [1000] 428 78 94 687 [500] 78 152001
3 86 200 29 701 83 840 [500] 153128 [500] 425 51 306 90
718 997 154009 44 180 240 429 88 90 960 155006 231 435
80 320 78 681 725 80 832 528 156092 103 287 91 400 8
525 617 777 818 78 85 157111 33 283 78 381 734 828 852
90 158292 884 729 863 159015 62 158 224 489 99 604 9
703 92 01 96 73
160072 80 113 319 63 452 684 929 161333 [500]
88 90 492 358 842 846 162028 111 283 506 701 [500]
20 898 807 [500] 163096 130 261 449 703 [500] 999
164008 20 52 116 290 [1000] 84 537 61 671 [500] 703 11
165029 104 29 59 270 304 164738 64 484 782 166041 250 [1000]
90 415 65 603 745 52 954 167138 60 290 471 63 508 58
687 90 718 854 168037 122 25 30 387 242 93 112 58 845
974 81 169018 155 259 587
170981 111 17 01 56 [500] 281 408 569 98 606 83
171076 202 403 85 325 793 801 172061 2 86 [500] 318
803 81 921 74 [500] 173013 128 507 67 524 621 [500]
167 174018 90 279 483 [1000] 67 [500] 817 86 175841
247 243 310 [500] 400 11 880 843 84 [1000] 176000 17
80 92 713 24 41 909 503 701 965 71 177023 118 25 44 43
279 217 63 430 89 882 829 178201 289 509 18 885 179099
20 253 62 [500] 86 462 907 652 723 962 84 [1000]
180083 172 454 532 647 [10000] 181118 201 419 53
567 31 717 384 182014 80 85 267 481 612 19 34 44 43
816 212 [500] 400 183207 [500] 541 54 430 [500] 89 70
311 911 184027 53 296 368 448 606 44 679 [500] 818
185000 143 215 49 55 88 96 310 39 485 688 [1000] 48
788 800 [1000] 186015 844 400 23 235 788 854 856
187203 82 224 449 85 870 82 [500] 782 913 63 85 861
188144 223 222 861 748 837 983 189042 279 208 416 64
525 [1000] 843 294 [1000]
Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 300 000
3 Gewinne zu 200 000, 2 zu 100 000, 2 zu 50 000, 2 zu
20 000, 2 zu 10 000, 4 zu 5 000, 4 zu 4 000, 30 zu 3 000,
39 zu 2 000, 74 zu 1 000, 189 zu 500, 2294 zu 200, 3215
zu 1000, 4068 zu 500

3. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. Mai 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigelegt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
97 113 434 523 645 1281 381 444 62 517 799 85 2139
61 [500] 308 303 412 [1000] 650 796 3110 92 [5000] 410
608 44 768 49 32 [1000] 813 948 44 90 478 236 469 500
88 5085 [500] 167 276 [5000] 261 37 497 77 929 6135
245 436 40 75 504 974 7417 43 97 501 [500] 63 321 47
685 812 945 8100 84 [5000] 632 78 321 33 9012
[500] 172 89 398 444 682 929 59
100000 280 648 875 86 11744 337 441 84 12117 83
321 420 64 618 789 852 968 13271 82 [500] 332 63
[1000] 425 351 65 888 [500] 14210 508 35 638 [5000]
833 [500] 15227 588 606 26 69 16088 [500] 275 507 23
87 81 643 643 17322 431 604 69 80 65 793 890 18000
[500] 143 72 234 61 441 600 19000 [500] 438 500 837
743 605
20188 365 670 [500] 908 18 37 [500] 21047 175 277
82 270 82 421 666 644 55 612 [5000] 51 78 22002 47 106
12 283 217 30 65 427 94 653 44 50 58 [1000] 69 215 800
78 23084 219 75 [500] 547 901 20 24032 111 31 232 911
745 861 26012 248 78 284 419 912 [500] 26011 208 59
60 480 500 15 80 600 27048 34 130 300 504 27 741 854
97 82 28211 150 667 904 [5000] 49 [1000] 64 63 29184
[500] 269 [1000] 81 [500] 300 908 [500]
30017 199 [1000] 264 67 350 329 58 98 637 60 756
805 41 96 31040 210 71 241 484 641 782 92 860 985 82
32005 236 310 449 641 91 714 806 8 90 917 42 84 90
33083 355 63 222 982 96 754 886 34004 57 91 260 847
60 483 685 807 785 878 35014 115 [500] 29 206 56 75
280 36085 127 56 2

Internationale Malerkonferenz.

München, 7. Mai 1911.

Am Haderbräuhaus trafen heute die Vertreter der Maler- und Malerinnenvereine von Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänemark, Schweiz, Holland und Schweden zu einer internationalen Konferenz zusammen.

In der Diskussion waren die sämtlichen Vertreter mit den Ausführungen Toblers im Prinzip einverstanden.

Der Schweizer Vertreter wünscht, daß sich die Beziehungen auch auf Italien erstrecken sollen und hob die Notwendigkeit einer internationalen Verbindung in bezug auf tarifliche Fragen hervor.

Der Konferenz lag bereits ein formulierter Antrag vor, der die Schaffung eines internationalen Unterstützungsfonds erstreckte, doch sind leider die Verbindungen für so weitgehende Maßnahmen heute noch nicht geschaffen.

Der Einberufer wurde beauftragt, an die Organisationen ein Rundschreiben ergehen zu lassen, um das Einverständnis zu einem internationalen Kongress zu erzielen.

Mit der Hoffnung, daß durch die Aussprache die guten internationalen Beziehungen auch in Zukunft befestigt und erweitert werden möchten, schloß Tobler die Konferenz.

13. Generalversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

München, 8. Mai 1911.

Die Verhandlungen wurden heute vormittags 10 Uhr im festlich geschmückten Saale der Schwabinger Brauerei mit den üblichen Begrüßungen eröffnet.

Verbandsvorsitzender Tobler-Hamburg bezeichnete in seiner Eröffnungsrede als den wichtigsten Punkt der Generalversammlung die Einführung der Erwerbslosenunterstützung.

Rach-Abteilung des Bureau wurden auf Vorschlag der Randatsprüfungskommission sämtliche Mandate für gültig erklärt.

Siehe erstattete Tobler-Hamburg den Geschäftsbericht.

In seiner mündlichen Berichterstattung über den Geschäftsbericht, der von uns auszugeweiht bereits mitgeteilt wurde, sprach der Redner die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lackierer ermittelt, von denen 4045 im Malerverbande, 882 im Metallarbeiterverbande, 48 im Holzarbeiterverbande, 717 in sonstigen freien Verbänden, 163 bei den Christlichen, 140 bei den kirchlichen Dankschön und 277 bei den Gelsen sind.

Die Debatte über diese Punkte war eine sehr lebhaft. Einen breiten Raum in der Diskussion nahm die Hamburger Angelegenheit ein, wobei auch das Verhalten des Vorstandes kritisiert wurde.

Die 12. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer Deutschlands

Dritter Tag.

Die Diskussion über die Frage der Verschmelzung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer mit einer größeren Organisation ist in den einzelnen Zahlstellen schon viel erörtert worden.

Eine längere Beratung über Differenzen zwischen der Zahlstelle Hamburg und dem Hauptverband endigte mit Ueberweisung des Materials an eine Kommission.

Aus Industrie und Handel.

Fiskalischer Schatz der nationalen Arbeit.

Das Umlageverfahren des Kohlenyndikats bedeutet eine unglückliche Ausbeutung der deutschen Kohlenverbraucher. Damit die rheinisch-westfälischen Kohlen auf dem Auslandsmarkt zu Preisen verkauft werden können, die direkte Verluste darstellen, werden die entstehenden Kosten durch ein Umlageverfahren von den inländischen Syndikatsmitgliedern erhoben.

Der preussische Fiskus macht es aber, wie die durch einen Zufall bekannt gewordenen neuesten Preisfestsetzungen für obererschlesische Fiskalkohlen beweisen, durchaus nicht anders.

Grüße: König Königin Luise Rheinbaben v. Belsen

Table with 4 columns: Region, Price per ton, and other details for various coal types like Steinkohlen, Braunkohlen, and Erbskohlen.

Dennoch werden durch den preussischen Fiskus alle wichtigen Kohlenarten nach dem Auslande viel billiger verkauft als im Inlande.

Vorbereitung für Handelsverträge. Auf Veranlassung des Handelsvertragsvereins beschäftigte sich eine von vielen wirtschaftlichen Körperschaften besetzte Konferenz mit der Frage der Vor-

bereitung von Handelsverträgen. Bisher wird dabei der Zentralverband der Industriellen von der Regierung ganz einseitig bevorzugt.

Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich mit dem Vorschlage einer Verständigung der industriellen und handelswirtschaftlichen Körperschaften untereinander zum Zwecke einer gemeinsamen Mitarbeit bei der Vorbereitung eines neuen Zolltarifs und neuer Handelsverträge einverstanden.

Sie wählt einen vorläufigen Ausschuss, der die Bereitwilligkeit der in Betracht kommenden wirtschaftlichen Organisationen zur Mitwirkung feststellen und dann zur Veranlassung des weiteren der Versammlung der ihre Teilnahme zuzugewandten Körperschaften und Verbände vorbereiten und einberufen soll.

Der Ausschuss soll das Recht der Zuwahl haben.

Geplante Milchpreiserhöhung. Mit der Berufung auf das häufige Auftreten der Maul- und Klauenseuche, die die Milchproduktion ganz erheblich beeinträchtigt, beabsichtigen die Landwirte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine Erhöhung der Milchpreise um 2 Pf. pro Liter durchzuführen.

Aus der Frauenbewegung.

Einiges über die Dienstbotennot.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch das häusliche Arbeitsverhältnis grundsätzlichen Veränderungen unterliegt. Die Klassen-gegenstände zwischen Dienstboten und Herrschaften verschärfen sich zusehends, das „alte gute“ patriarchalische Verhältnis muß immer mehr vor dem nächsten, für die häuslichen Arbeiter aber um so gerechteren und vorteilhafteren Lohnsystem zurückweichen.

Heute aber, wo eine Umwandlung aller Werte und Begriffe vor sich geht, wo der Drang nach Ausbreitung der Persönlichkeit alle Schichten des Volkes erfasst, ist es ein Zeichen des Fortschritts, wenn auch die unterdrückten und mißhandelten Dienstboten sich ihrer Klassenzugehörigkeit bewußt werden.

Die Hausangestellte hatte ebenfalls ein lustiges Intermezzo mit ihrer Hausdame. Sie fand auf den „Vorwärts“ abonniert, auf den „Vorwärts“ rief diese Frau entsetzt aus.

Die Hausangestellte hatte ebenfalls ein lustiges Intermezzo mit ihrer Hausdame. Sie fand auf den „Vorwärts“ abonniert, auf den „Vorwärts“ rief diese Frau entsetzt aus.

Die Hausangestellte hatte ebenfalls ein lustiges Intermezzo mit ihrer Hausdame. Sie fand auf den „Vorwärts“ abonniert, auf den „Vorwärts“ rief diese Frau entsetzt aus.

Die Hausangestellte hatte ebenfalls ein lustiges Intermezzo mit ihrer Hausdame. Sie fand auf den „Vorwärts“ abonniert, auf den „Vorwärts“ rief diese Frau entsetzt aus.

Die Hausangestellte hatte ebenfalls ein lustiges Intermezzo mit ihrer Hausdame. Sie fand auf den „Vorwärts“ abonniert, auf den „Vorwärts“ rief diese Frau entsetzt aus.

Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die am Montag abgehaltene Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin hatte die Wahl eines besondern Bezirksleiters für Spandau zu vollziehen.

Marktpreise von Berlin am 8. Mai 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Markthallenpreise (Rheinland): 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom 30.00-50.00.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance, Berliner Credit-Haus, Credit-Haus Moabit

Lubascher, S. Spandau

Alkoholfreie Getränke Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick, Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk, Si-Si

Arbeiter-Bekleidung, F. Falk

Bäckereien, Konditor, Blottners Großbäckerei

Arnold Beuzers Landbrotfabrik

Großbäckerei Max Boche

Brotfabrik, Buehl & Sohn

Engel's Landbrot, Brotdabrik

Witb. Engel, Fieronia

O. Fritsche, Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotdabrik

Herberg, Paul, Amertod, Carl Kappler

Kaempfer, Bäckerei, Kropnick

Landbrot-Großbäckerei, O. Senf

Alfred Lier, Lichtenberger Brotdabrik

Er erscheint 2 mal wöchentlich

Gustav Mühlstedt, Paul Müller, Marienburgerstr. 51

Bäckerei Nordstern, Peter's Großbäckerei

Conrad Richter, Otto Scillat

Schütt, G., P. Springer

Heinrich Wittler

Badenanstalten, Bad

Bürger-Bad, Canitz

Erstes Lohtannin-Bad, Bad Frankfurt

Bad Friedrichshain, Badenanstalt

Hohenstaufen-Bad, Hohenstaufen-Bad

Kuranstalt, Köhn's Samariter-Bad

Bad Nord-Ost, Bad Ostend

Passage-Bad, Reform-Bad

Römer-Bad, Schiller-Bad

Silesia-Bad, Spandauer-Bad

Viktoria-Bad, Bade-Einrichtungen

J. Zaruba & Comp. Hamburg

Bandagen, Gummiv., R. Banke

Lange, A. E., Meyer, F. R.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Oskar Beck, Buntrock, W., A. Däweritz

Carl Franke, Fried. Göseke, F. Hagen 22

August Holz, Carl Jacobczyk Spandau

Butterhandlung Fritz Muth, Maeding, J.

Nordstern, Pomorski, Paul, W. Piesner

Ernst Schneider Spandau, Schroter, R.

A. Talman, Uhly & Wolfram

Vereingte Pommersche Meiereien, Georg Wunder

Cacao, Chocoladen, Cyliax, G.

Die Fabrikate der Sarotti, Choccoladen- u. Cacao-Industrie

Groterjans, Hase-Brauerei, C. Habels Brauerei

Brauerei Königstadt, Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli, Branerei Weißensee, G. Enders

Caramel-Weißbier, Groterjans

Malzbier, Hase-Brauerei, C. Habels Brauerei

Brauerei Engelhardt A.-G., Lagerbier

Unser Goldbier, Kuranstalt

Köhn's Samariter-Bad, Bad Nord-Ost

Bad Ostend, Passage-Bad

Franz Fischer, Fortuna-Drogerie, Föhse, O. Fruchtstr. 62

Friedrich, G. Günther, Hanisch, Rob., Haubertin

Krone-Drogerie, Lemcke, Lerch, Ph.

Lochmann, Max Liecke, Luise-Drog.

Alfr. Götting, Greiner, H., Günther, H.

Hanisch, Rob., Haubertin, Hans-Drogerie

F. Hopf, Klahn, H., Kneesebeck-Drog.

Krone-Drogerie, Lemcke, Lerch, Ph.

Lochmann, Max Liecke, Luise-Drog.

Alfr. Götting, Greiner, H., Günther, H.

Hanisch, Rob., Haubertin, Hans-Drogerie

F. Hopf, Klahn, H., Kneesebeck-Drog.

Krone-Drogerie, Lemcke, Lerch, Ph.

Lochmann, Max Liecke, Luise-Drog.

Alfr. Götting, Greiner, H., Günther, H.

Hanisch, Rob., Haubertin, Hans-Drogerie

F. Hopf, Klahn, H., Kneesebeck-Drog.

Krone-Drogerie, Lemcke, Lerch, Ph.

Lochmann, Max Liecke, Luise-Drog.

Alfr. Götting, Greiner, H., Günther, H.

Hanisch, Rob., Haubertin, Hans-Drogerie

F. Hopf, Klahn, H., Kneesebeck-Drog.

Krone-Drogerie, Lemcke, Lerch, Ph.

Lochmann, Max Liecke, Luise-Drog.

Alfr. Götting, Greiner, H., Günther, H.

Hanisch, Rob., Haubertin, Hans-Drogerie

F. Hopf, Klahn, H., Kneesebeck-Drog.

Krone-Drogerie, Lemcke, Lerch, Ph.

Lochmann, Max Liecke, Luise-Drog.

Alfr. Götting, Greiner, H., Günther, H.

Hanisch, Rob., Haubertin, Hans-Drogerie

F. Hopf, Klahn, H., Kneesebeck-Drog.

Krone-Drogerie, Lemcke, Lerch, Ph.

Lochmann, Max Liecke, Luise-Drog.

Alfr. Götting, Greiner, H., Günther, H.

Hanisch, Rob., Haubertin, Hans-Drogerie

F. Hopf, Klahn, H., Kneesebeck-Drog.

Krone-Drogerie, Lemcke, Lerch, Ph.

Unterstehende Geschäfte empfohlen sich bei Einkäufen

Färbereien, Wäscher, Berliner Dampf-Wäscher

Dampf-Wäscher, Dampf-Wäscher, Dampf-Wäscher

Lebensmittel-Großhandlung

Ernst Höhn, H. Hofenfelder, W. Hoppe

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Heron, Janke

Josef Jenseberger, Franz Jorj, L. Langer

Linke's Fleischzentrale, H. Langer, Wilhelm Lens

H. Langer, K. Langer, K. Langer

Wilhelm Lieberr, Max Lieske, W. Lindner

Fr. Lindemann, Fr. Lindemann, Fr. Lindemann

